

Beteiligungsbericht

2008



Vogelsbergkreis

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisausschuss des Vogelsbergkreises
Goldhelg 20
36341 Lauterbach
Telefon 06641 / 977-0

Ansprechpartner: Landrat Rudolf Marx

Redaktion: Dr. Eckhard Köhler-Hälbig, Hannelore Greb
(Amt für Beteiligungscontrolling, Kommunale Finanzaufsicht,
Wirtschaftsförderung und Naturschutz)

Druck: Vogelsbergkreis

Stand: 31. Dezember 2007

Vorwort



Der Vogelsbergkreis hat zu Beginn des Jahres 2007 den ersten Beteiligungsbericht nach Änderung der Hessischen Gemeindeordnung im Jahr 2005 erstellt. Entsprechend der gesetzlichen Verpflichtung zur jährlich aktualisierten Vorlage legen wir mit dem dritten Beteiligungsbericht gegenüber den politischen Gremien und der Bevölkerung Rechenschaft über die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Beteiligungen zum Stichtag 31.12.2007 ab.

Der Bericht geht dabei wiederum deutlich über den gesetzlich vorgegebenen Umfang hinaus. Es sind alle Beteiligungen aufgenommen und abgebildet worden.

Der politische Steuerungsanspruch gründet letztlich auf umfassenden und zeitnahen Informationsfluss. Deswegen war es unser Ziel, erstmals mit der Vorlage des dritten Beteiligungsberichtes, die Jahreskennzahlen unserer Beteiligungen zum 31.12.2007 noch im Jahr 2008 im Bericht abzubilden und den Kreisgremien vorzulegen.

Ich hoffe, dass auch dieser Beteiligungsbericht großes Interesse findet und als Informationsgrundlage in Sachen Beteiligungen des Kreises genutzt wird.

Erstmalig wird der Beteiligungsbericht 2008 den Mitgliedern der politischen Gremien des Kreises (auch aus Kostengründen) auf CD-Rom zur Verfügung gestellt. Wie bisher ist er als PDF-Datei im Internet abrufbar unter www.vogelsbergkreis.de → Themen → Beteiligungsbericht.

Für etwaige Rückfragen oder weitergehende Erläuterungen stehen in der Kreisverwaltung Herr Dr. Köhler-Hälbig, Tel.: 06641/977-271 oder Frau Greb, Tel.: 06641/977-270 zur Verfügung. Bei Frau Greb sind ggf. gewünschte Druckversionen abholbar.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'R. Marx'.

(R. Marx)
Landrat

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Herrn Landrat Marx

Seite

1. Allgemeines (Grundsätzliche Informationen)

1.1	Kommunalrechtliche Voraussetzung einer Beteiligung	1
1.2	Beteiligungsbegriff	4
1.3	Erläuterung der Rechts- und Organisationsformen	5
1.4	Aufbau eines Beteiligungscontrollings	7
1.5	Erklärungen zur Rechnungslegung	8

	Übersicht über die Beteiligungen des Vogelsbergkreises	11
--	---	-----------

Verkehr und Versorgung

➤	Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	14
➤	Wasserverband Nidda	28
➤	Wasserverband Schwalm	32
➤	Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (plus Beteiligungen)	37
➤	Gas- und Wasserversorgung Osthessen (GWV) GmbH	50

Entsorgung

➤	Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis	59
---	---	----

Soziale Angelegenheiten und Gesundheit

- NEUE ARBEIT Vogelsberg gGmbH 63
- Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH 70

Freizeit, Sport, Erholung, Natur

- Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg 85

Kultur, Bildung, Ausbildung

- Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V. 93

Wirtschaftsförderung, Tourismus, Kreditinstitute

- Vogelsberg Consult - Gesellschaft für Regionalentwicklung und
Wirtschaftsförderung mbH 98
- Region Vogelsberg Touristik GmbH 108
- Sparkasse Oberhessen 118

Sonstige Beteiligungen und Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden 135

Urheberrechte

1. Allgemeines (Grundsätzliche Informationen)

1.1 Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung

Das Grundgesetz sichert im Artikel 28 Abs. 2 den Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht zu, im Rahmen der Gesetze alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung zu regeln. Diese verfassungsrechtlich normierte Garantie der **kommunalen Selbstverwaltung** räumt den Kommunen eigenständige Hoheitsrechte in den Bereichen Personal, Finanzen und Vermögen sowie Organisation ein. Damit haben die Kommunen das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise sie die Erfüllung der Aufgaben sicherstellen wollen.

Mit dem Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) vom 31. Januar 2005 hat der hessische Landtag wichtige Neuregelungen im Bereich der wirtschaftlichen Betätigung beschlossen.

Wesentlich verändert wurden insbesondere die §§ 121/122 HGO.

Weil mit der Novellierung die Grenzen der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen enger gezogen werden, sind beide Paragraphen nachfolgend aufgeführt:

§ 121 Wirtschaftliche Betätigung

(1)¹Die Gemeinde darf sich wirtschaftlich betätigen, wenn

1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

²Soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden, sind sie ohne die in Satz 1 Nr. 3 genannten Einschränkungen zulässig.

(2)¹Als wirtschaftliche Betätigung gelten nicht Tätigkeiten

1. zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie
3. zur Deckung des Eigenbedarfs.

²Auch diese Unternehmen und Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

- (3) Die für das Kommunalrecht zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Unternehmen und Einrichtungen, die Tätigkeiten nach Abs. 2 wahrnehmen und die nach Art und Umfang eine selbständige Verwaltung und Wirtschaftsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.
- (4) Ist eine Betätigung zulässig, sind verbundene Tätigkeiten, die üblicherweise im Wettbewerb zusammen mit der Haupttätigkeit erbracht werden, ebenfalls zulässig; mit der Ausführung dieser Tätigkeiten sollen private Dritte beauftragt werden, soweit das nicht unwirtschaftlich ist.
- (5) ¹Die Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes ist zulässig, wenn
1. bei wirtschaftlicher Betätigung die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen und
 2. die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei gesetzlich liberalisierten Tätigkeiten gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den maßgeblichen Vorschriften eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen.
- (6) ¹Vor der Entscheidung über die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung von wirtschaftlichen Unternehmen sowie über eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung ist die Gemeindevertretung auf der Grundlage einer Markterkundung umfassend über die Chancen und Risiken der beabsichtigten unternehmerischen Betätigung sowie über deren zu erwartende Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten.
- ²Vor der Befassung in der Gemeindevertretung ist den örtlichen Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern sowie Verbänden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit ihr Geschäftsbereich betroffen ist.
- ³Die Stellungnahmen sind der Gemeindevertretung zur Kenntnis zu geben.
- (7) Die Gemeinden haben mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.
- (8) ¹Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu bringen ist. ²Die Erträge jedes Unternehmens sollen mindestens so hoch sein, dass
1. alle Aufwendungen und kalkulatorischen Kosten gedeckt werden,
 2. die Zuführungen zum Eigenkapital (Rücklagen) ermöglicht werden, die zur Erhaltung des Vermögens des Unternehmens sowie zu seiner technischen und wirtschaftlichen Fortentwicklung notwendig sind und

3. eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erzielt wird.

³Lieferungen und Leistungen von anderen Unternehmen und Verwaltungszweigen der Gemeinde an das Unternehmen sowie Lieferungen und Leistungen des Unternehmens an andere Unternehmen und Verwaltungszweige der Gemeinde sind kostendeckend zu vergüten.

(9) ¹Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

²Für das öffentliche Sparkassenwesen verbleibt es bei den besonderen Vorschriften.

§ 122 Beteiligung an Gesellschaften

(1) ¹Eine Gemeinde darf eine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 vorliegen,
2. die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist,
3. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält,
4. gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

²Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nr. 2 bis 4 in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.

(2) ¹Abs. 1 gilt mit Ausnahme der Vorschriften der Nr. 1 auch für die Gründung einer Gesellschaft, die nicht auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, und für die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft.

²Darüber hinaus ist die Gründung einer solchen Gesellschaft oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft nur zulässig, wenn ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder Beteiligung vorliegt.

(3) Eine Aktiengesellschaft soll die Gemeinde nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt werden kann.

- (4) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einer Gesellschaft, so hat sie darauf hinzuwirken, dass
1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften
 - a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,
 - b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,
 2. nach den Wirtschaftsgrundsätzen § 121 Abs. 8) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein wirtschaftliches Unternehmen betreibt.
- (5) Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will.
- (6) Die Gemeinde kann einen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftsumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

Nach § 123a HGO besteht nunmehr seitens der Kommune die Verpflichtung jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen vorzulegen zur Unterrichtung der Gemeindevertretung/ des Kreistages und der Öffentlichkeit.

Entgegen den in § 123a Abs. 2 HGO definierten Mindestanforderungen an den Beteiligungsbericht hat der Vogelsbergkreis sich entschlossen, ein bewusst weiten Beteiligungsbegriff zu wählen und einen umfassenden Überblick über alle Beteiligungen zu erarbeiten und vorzulegen.

Der Beteiligungsbericht wird dem Kreisausschuss vorgelegt, in öffentlicher Sitzung des Kreistages erörtert und öffentlich ausgelegt.

1.2 Beteiligungsbegriff

Der rechtliche Beteiligungsbegriff nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften definiert diesen als *„Anteile an anderen Unternehmen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen“*.

Die Hessische Gemeindeordnung (HGO) spricht im § 121 von „Beteiligungen an Unternehmen“. In § 126 HGO sind allerdings bereits Formulierungen zu finden, die den Begriff auf „Beteiligungen an anderen privatwirtschaftlichen Vereinigungen“ ausweitet.

Eine Beschränkung des Beteiligungsbegriffes auf „Unternehmen“ als Grundlage für diesen Bereich hätte u.E. die tatsächliche Dimension des möglichen Steuerungs- und Handlungseinflusses des Kreises nur unzureichend dokumentiert.

In diesem Bericht haben wir deshalb den Beteiligungsbegriff bewusst weit gefasst. Wir haben alle maßgeblichen Unternehmen, Eigenbetriebe, Verbände und Vereine aufgenommen, die außerhalb des Kreishaushaltes eine eigene Buchführung haben und an denen der Kreis

beteiligt ist, ohne dass dies zugleich eine abschließende Aussage zur kreispolitischen Verantwortung oder Einflussnahme zulässt. Das wäre zumeist nur sehr schwierig und im Einzelfall zu beschreiben.

Währenddessen einzelne Beteiligungen durch Gewinnausschüttungen oder Defizitausgleich auf den ersten Blick erkennbar finanzielle Auswirkungen auf den Kreishaushalt haben, basieren andere Beteiligungen mehr auf einer gesellschaftspolitischen Einflussnahme als auf einem vordergründigen tatsächlichen (betriebs-)wirtschaftlichen Nutzen.

Wir wollen mit unserer weit gefassten Darstellung einen ersten umfassenden Überblick über das Spektrum der Beteiligungen des Vogelsbergkreises ermöglichen.

Dieser Bericht richtet sich in erster Linie an die Zielgruppe der Parlamentarier/innen. Wir haben ihn daher bewusst nicht nach Betriebsformen (GmbH, AG, Eigenbetriebe etc.), sondern nach Politikfeldern gegliedert.

Wir hoffen, hiermit einen besseren Zugang zu ermöglichen.

1.3 Rechts- und Organisationsformen

Die Rechtsordnung stellt den Unternehmungen eine große Anzahl von Rechtsformen (Unternehmensformen) zur Verfügung und überlässt es in der Regel den Eigentümern oder Gründern, die Entscheidung für eine bestimmte Rechtsform nach betriebswirtschaftlichen, steuerlichen oder anderen Gesichtspunkten zu treffen.

Durch den in § 122 HGO geregelten weitgehenden Ausschluss der öffentlichen Hand als **Vollhafter** reduzieren sich die Möglichkeiten auf die Rechts- und Organisationsformen Eigenbetrieb, GmbH, AG, rechtlich selbständige Anstalt, Zweckverband (ZV), Genossenschaft, eingetragener Verein (e.V.).

Eigenbetrieb:

Der Eigenbetrieb ist ein wirtschaftliches Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Grundlage Eigenbetriebsgesetz). Hinsichtlich seiner Organisation und Wirtschaftsführung ist dieses Unternehmen verselbstständigt, d.h. von der übrigen Kreisverwaltung getrennt. Organe des Eigenbetriebs sind Betriebsleitung und Betriebskommission. Finanzwirtschaftlich ist es aus dem Gesamtvermögen des Kreises heraus genommen. Der Kreistag entscheidet über die Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden soll. Ihm obliegt vor allem die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan und die Feststellung des Jahresabschlusses (§ 5 Eigenbetriebsgesetz).

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH):

Die GmbH gehört zur Gruppe der Kapitalgesellschaften. Sie ist eine juristische Person mit einem Stammkapital, das der Summe der Stammeinlagen der Mitglieder (Gesellschafter) entspricht. Die Gesellschafter haften nicht mit ihrem Gesamtvermögen, sondern nur in

Höhe ihres Stammkapitalanteils. Es besteht somit eine auf das Geschäft „beschränkte Haftung“. Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Bildung eines Aufsichtsrates ist fakultativ, bei Gesellschaften mit kommunaler Beteiligung wegen § 122 Abs. 1 Nr. 3 HGO jedoch die Regel.

Im Zuge sog. Outsourcingprozesse (Ausgliederung kommunaler Aufgaben aus der Kernverwaltung) kommt diese Rechtsform im kommunalen Beteiligungsbereich mittlerweile häufig vor, u.a. auch deswegen, weil das GmbH-Recht den Gesellschaftern große Gestaltungsspielräume eröffnet (z.B. Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages).

Aktiengesellschaft (AG):

Die AG ist eine Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit, die ein in Aktien (Anteilscheine) zerlegtes Grundkapital aufweist. Gesellschafter (Aktionär) wird man durch Erwerb eines Aktienstückes (Mitgliedschaftsurkunde). Aktionäre sind also an einem Teil des Grundkapitals beteiligt, ohne persönlich für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften. Organe der AG sind der Vorstand, der Aufsichtsrat (als Repräsentanten der Anteilseigner) und die Hauptversammlung.

Seit dem Inkrafttreten des Bilanzrichtliniengesetzes bestehen keine Unterschiede mehr in den Rechnungslegungs-, Prüfungs- und Publizitätsvorschriften für Kapitalgesellschaften (GmbH, AG). Dies führt u.a. dazu, dass die AG (im Vergleich zur GmbH) sich wachsender „Beliebtheit“ auch bei Betrieben mittlerer Größenordnung erfreut.

Rechtlich selbstständige Anstalt:

Die rechtlich selbstständige Anstalt kann von Kommunen nur auf der Grundlage eines besonderen Gesetzes gebildet werden. Auf kommunaler Ebene hervorzuheben sind Sparkassen, für die neben dem Kreditwesengesetz eine Reihe von Sonderbestimmungen gelten. Organe sind der Vorstand, der die laufenden Geschäfte führt, und der Verwaltungsrat als Kontrollorgan, dessen Vorsitzender der Spitzenbeamte der kommunalen Gebietskörperschaft (Landrat) ist. Die kommunale Gebietskörperschaft haftete in der Vergangenheit als Gewährträger unbeschränkt für alle Verbindlichkeiten der ihr zugehörigen Sparkasse (§ 3 Sparkassengesetz). Dementsprechend wurde die Selbstständigkeit des Vorstandes durch den Verwaltungsrat und die Aufsicht bzw. Einflussnahme des Gewährträgers eingeschränkt.

Durch die von der EU-Kommission ausgelösten Veränderungen (Brüsseler Verständigung über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für Landesbanken und Sparkassen vom 17. Juli 2001) wurde der Vogelsbergkreis von seiner Gewährträgerhaftung befreit; die Sparkasse haftet zukünftig für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen, der Vogelsbergkreis wird sukzessive aus seiner Gewährträgerhaftung entlassen. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 20.12.2002 die Änderung der Satzung beschlossen (KT VIII/145). Sie ist gemäß § 5 Abs. 3 der Hess. Landkreisordnung am 29.12.2002 in Kraft getreten.

Zweckverband:

Der Zweckverband ist ein Zusammenschluss von *Gemeinden* und *Gemeindeverbänden*, der der gemeinsamen Wahrnehmung einzelner/bestimmter kommunaler Aufgaben dient. Er ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts und verwaltet seine Angelegenheit in eigener Verantwortung auf der Basis des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit. Organe sind der Vorstand und die Versammlung.

Wasser- und Bodenverbände:

Wasser- und Bodenverbände sind den Zweckverbänden ähnliche Körperschaften des öffentlichen Rechts auf spezialgesetzlicher Grundlage. Im Gegensatz zu den Zweckverbänden, bei denen nur Gebietskörperschaften Mitglieder sind, können bei den Wasser- und Bodenverbänden auch natürliche oder juristische Personen des privaten Rechts dazu gehören.

Genossenschaft:

Die Genossenschaft ist eine Gesellschaft, welche die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs bezweckt. Im Statut der Genossenschaft wird geregelt, ob und in welcher Höhe Genossen im

Insolvenzfall zur Leistung von Nachschüssen verpflichtet sind. Charakteristisch für die Genossenschaft ist, dass sie keinen eigenen wirtschaftlichen Zweck verfolgt, sondern den sonstigen Wirtschaftsbetrieb ihrer Mitglieder unmittelbar fördern will.

Eingetragener Verein (e.V.):

Der Verein ist ein auf Dauer angelegter freiwilliger Zusammenschluss von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes. Organe sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung. Die Rechtsfähigkeit wird durch Eintragung in das Vereinsregister beim zuständigen Amtsgericht erlangt.

1.4 Aufbau eines Beteiligungscontrollings

Vor allem ausgelöst durch die Finanzprobleme der öffentlichen Hand hat bundesweit eine allgemeine Diskussion über die Privatisierung öffentlicher Aufgaben eingesetzt. Ebenso ist im Zuge der Verwaltungsmodernisierung ein Trend zur Ausgliederung öffentlicher Aufgaben in selbstständige Betriebs- und Rechtsformen zu verzeichnen, um öffentliche Aufgaben effektiver und effizienter wahrzunehmen. Darüber hinaus gibt es eine lang anhaltende Diskussion, welche Aufgaben „öffentlichen Charakter“ haben, welche „freiwilliger Art“ sind und aus welchen Bereichen sich der Staat zurückziehen und sie dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen sollte.

Auch der Vogelsbergkreis hat zahlreiche Beteiligungen, z.T. historisch gewachsen als Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge (Wasser, Energie, Krankenhaus) oder z.T. jüngeren

Datums auf der Basis gewollter Einflussnahme in wichtigen Feldern (Touristik, Regionalentwicklung).

Aufgrund seiner Eigentümerstellung und der erheblichen finanziellen Auswirkungen auf den Kreishaushalt ergibt sich für den Vogelsbergkreis die Notwendigkeit zur Steuerung und Kontrolle seiner Beteiligungen sowie der kritischen Reflexion, welche Einzelbeteiligungen dauerhaft als „quasi öffentliche Aufgabe“ anzusehen sind.

Gemäß § 121(7) HGO haben die Gemeinden (der Kreis) mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Aufgaben des § 121(1) HGO erfüllt.

Mit der Vorlage dieses Beteiligungsberichtes als Tagesordnungspunkt der Kreistagssitzung am 12.12.2008 soll der Kreistag gleichzeitig diese Prüfung vornehmen.

Der Vogelsbergkreis wurde als Pilotkommune im Rahmen der 108. vergleichenden Prüfung „Betätigung von Landkreisen“ durch den Hessischen Rechnungshof geprüft.

Als Ergebnis bleibt festzuhalten, dass der Vogelsbergkreis ein den Kriterien des Rechnungshofes adäquates „Beteiligungscontrolling“ aufzubauen hat.

Mit der vom Kreisausschuss am 02.10.2008 beschlossenen „Beteiligungsrichtlinie“ wurden die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen.

Der Aufbau eines Beteiligungscontrollings besteht neben der „Politikberatung“ insbesondere in der interdisziplinären Zusammenarbeit beteiligungsrelevanter Querschnittsämter (Hauptamt, Amt für Finanzen, Amt für Beteiligungscontrolling).

Eine Bündelungsfunktion und damit die Zuständigkeiten für

- Grundsatzfragen der Beteiligungspolitik,
- finanz- und haushaltswirtschaftliche Querschnittsaufgaben,
- Grundsatzangelegenheiten im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Gesellschafterrechten (Beratungsfunktion),
- Grundsatzfragen der Organisation und Struktur der Beteiligungen
- Beratung und Unterstützung der Fachämter bei der Verwaltung von Beteiligungen

sind im Amt für CFWN (Beteiligungscontrolling, Kommunale Finanzaufsicht, Wirtschaftsförderung und Naturschutz) gebündelt.

1.5 Erklärungen zur Rechnungslegung

Die Zweckverbände und Wasser- und Bodenverbände bedienen sich in der Regel der kammeralen Buchführung (einfache Buchführung) nach den Vorschriften der alten HGO, der bisherigen Gemeindehaushalts- und der Gemeindekassenverordnung. Bei der einfachen Buchführung steht primär nur die Bestandsfortschreibung im Vordergrund. Der Periodenerfolg wird ausschließlich durch Vermögensvergleich ermittelt.

Nach Ablauf des Haushaltsjahres hat der (Zweck-)Verband die **Jahresrechnung** nach den Vorschriften des Gemeindefinanzrechts aufzustellen. In ihr ist das Ergebnis der Haushaltswirtschaft und der Stand des Vermögens und der Schulden zu Beginn und am

Ende des Haushaltsjahres nachzuweisen. Im Zuge der Einführung des Neuen Kaufmännischen Rechnungswesens bis 2009 wird sich dies ändern und einer kaufmännischen Buchführung Platz machen.

Die Eigenbetriebe, Gesellschaften und Sparkassen bedienen sich hingegen der kaufmännischen Buchführung (doppelte Buchführung) und erstellen ihren **Jahresabschluss** unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches. Durch die Erfolgs- und Bestandsermittlung soll damit ein Einblick in die wirtschaftliche Lage und vor allem in die Vermögensverhältnisse eines Unternehmens gegeben werden.

Nachfolgend werden einige damit zusammenhängende Begriffe erklärt:

Bilanz:

Die Bilanz ist die Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva). Sie ist zum Schluss des Geschäftsjahres zu erstellen und ist neben der Gewinn- und Verlustrechnung Teil des Jahresabschlusses. Die Bilanz hat eine Gegenüberstellung der aktiven und der passiven Vermögensgegenstände zu liefern. **Aktiva** sind danach die der Leistungserstellung dienenden Wirtschaftsgüter („Wofür wurden die Mittel verwendet?“), **Passiva** sind die hierfür verwendeten Finanzmittel („Woher kamen die Mittel?“).

In dem vorliegenden Beteiligungsbericht ist die Bilanz auf die wichtigsten Bilanzpositionen reduziert. Auf der Aktivseite - Mittelverwendung - befinden sich das Anlage- und Umlaufvermögen. Das **Anlagevermögen** stellt die Vermögensgegenstände eines Unternehmens dar, die diesem langfristig dienen sollen wie beispielsweise Gebäude, Fuhrpark usw. Zum **Umlaufvermögen** zählen alle Vermögensposten, die nur kurzfristig im Unternehmen verbleiben, weil sie ständig umgesetzt werden wie z.B. Bargeld, Postgiro- und Bankguthaben etc. Auf der Passivseite - Mittelherkunft - werden die Bilanzpositionen Eigenkapital, Rückstellungen, Verbindlichkeiten dargestellt. Unter der Position **Eigenkapital** sind alle eigenen Mittel eines Unternehmens zusammengefasst wie z.B. das eingebrachte Kapital der Eigentümer bzw. Gesellschafter einer Unternehmung oder der Jahresgewinn oder -verlust des Vorjahres. **Rückstellungen** sind Verbindlichkeiten für Aufwendungen, die am Bilanzstichtag zwar ihrem Grunde nach feststehen, aber nicht in ihrer Höhe und dem Zeitpunkt der Fälligkeit, z.B. Prozesskosten, Pensionsrückstellungen. Sie dienen der periodengerechten Ermittlung des Jahresergebnisses. Unter dem eigentlichen Begriff der **Verbindlichkeiten** werden alle bestehenden Zahlungsverpflichtungen zusammengefasst, deren Grund, Höhe und Fälligkeit bereits bekannt sind, beispielsweise Zahlungsverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten aus Darlehen, aus Lieferung und Leistungen etc.

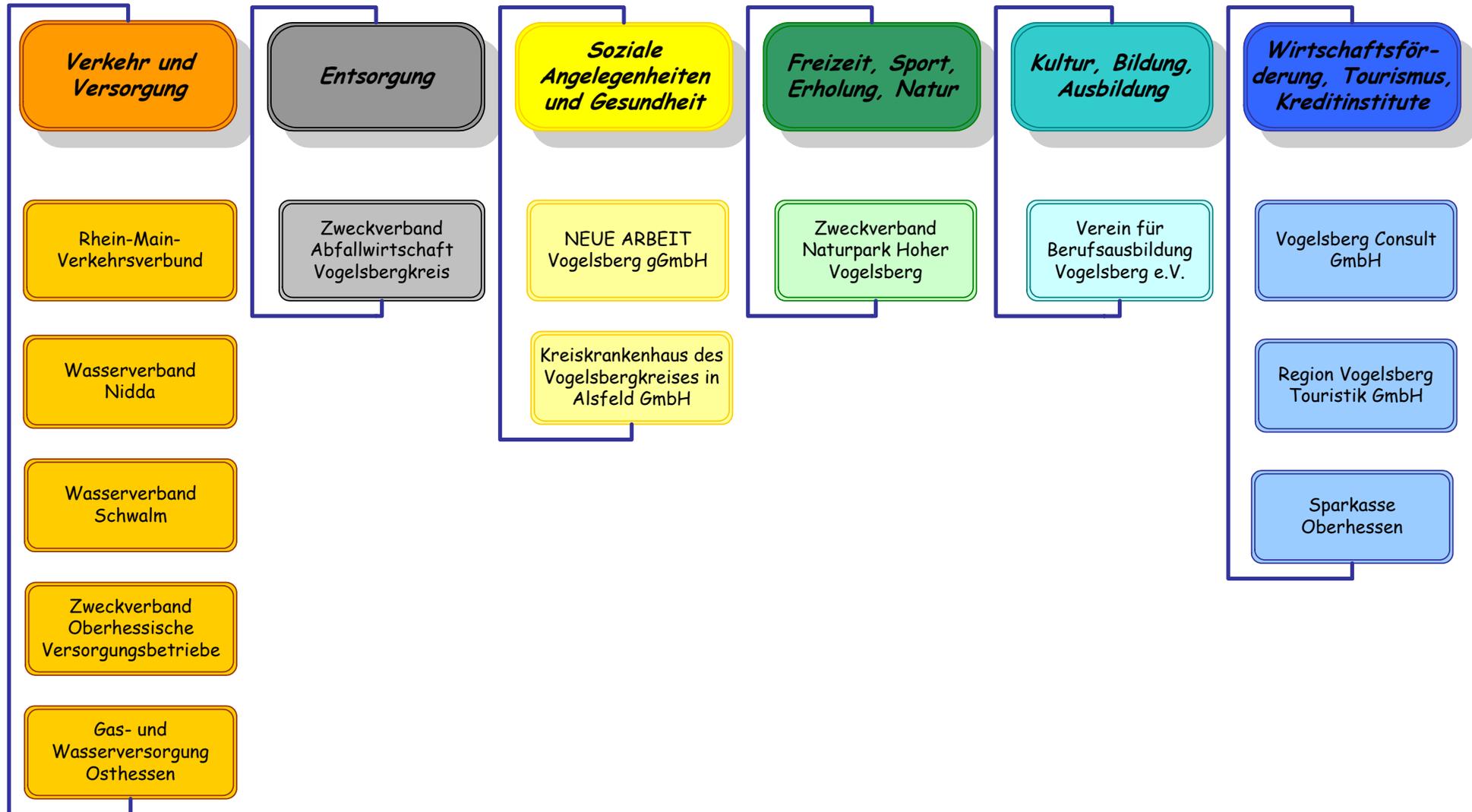
Gewinn- und Verlustrechnung (GuV):

Die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) ermittelt den Unternehmenserfolg. Aus ihr sind alle Aufwendungen und Erträge, die aus der Buchführung gewonnen werden, und damit Ursachen und Zusammensetzung des Erfolgs ersichtlich. Während bei der Bilanz der vollständige Vermögensnachweis - besonders der Schuldennachweis - im Vordergrund steht, stellt der Ausweis des Periodenerfolgs und dessen Zustandekommen das Hauptmotiv der GuV - auch Erfolgsrechnung genannt - dar.

Die Darstellung der GuV erfolgt im vorliegenden Beteiligungsbericht reduziert auf wesentliche Positionen.

Das **Betriebsergebnis** liefert eine Gegenüberstellung der Kosten und Erlöse und gibt somit an, ob das Unternehmen auf seinem Leistungsgebiet erfolgreich war oder nicht. Im **Finanzergebnis** sind die Salden der Beteiligungs-, Zins- oder sonstigen Finanzanlagevermögen eines Unternehmens erfasst. Das **gewöhnliche Geschäftsergebnis** ergibt sich aus dem Betriebs- und Finanzergebnis, während das **außerordentliche Ergebnis** den Saldo von außerordentlichen Erträgen und außerordentlichen Aufwendungen darstellt. Diese stehen zwar im Zusammenhang mit dem Betriebszweck, dürfen aber bei der Betriebsergebnisermittlung nicht berücksichtigt werden, da sie zufällig, einmalig und i.d.R. ungewöhnlich hoch sind, wie z.B. Schadensfälle durch Hochwasser, Verluste und Gewinne aus dem Verkauf von Anlagen. Das **Jahresergebnis** - Jahresüberschuss oder -fehlbetrag - ergibt sich aus dem Saldo des gewöhnlichen Geschäftsergebnisses und dem außerordentlichen Ergebnis nach Berücksichtigung von Steuern.

Beteiligungen des Vogelsbergkreises



Einrichtung	Straße	PLZ / Ort	Telefon / Fax	Mail/Homepage	Anrede	Vorname	Nachname
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	Alte Bleiche 5	65719 Hofheim am Taunus	06192 / 294-0 06192 / 294-900	rmv@rmv.de www.rmv.de	Herr	Volker	Sparmann
Wasserverband Nidda	Leonhardstr. 7	61169 Friedberg	06031 / 83 7100 06031 / 83-7104	wv-nidda@wetteraukreis.de	Herr	Stefan	Schulz
Wasserverband Schwalm	Parkstr. 6	34576 Homberg / Efze	05681 / 775-206 05681 / 775-207	info@wasserverband-schwalm.de www.wasserverband-schwalm.de	Herr	Peter	Kugler
Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe	Hanauer Str. 9-13	61169 Friedberg	06031 / 82-0 06031 / 82-1306	info@zov.de www.zov.de	Herr	Hans-Ulrich	Lipphardt
Gas- und Wasserversorgung Osthessen (GWV) GmbH	Rangstr. 10	36043 Fulda	0661 / 299-0 0661 / 299-119	post@gwv-fulda.de www.gwv-osthessen.de	Herr	Dr. Peter	Szepanek
Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis	Eselswörth 23	36341 Lauterbach	06641 / 9671-0 06641 / 9671-20	info@zav-online.de www.zav-online.de	Herr	Dr. Hansjörg	Fuchs
NEUE ARBEIT Vogelsberg gGmbH	Altenburger Str. 40	36304 Alsfeld	06631 / 9641-0 06631 / 9641-41	info@neue-arbeit-vb.de www.neue-arbeit-vb.de	Herr	Christoph	Geist
Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH	Schwabenröder Str. 81	36304 Alsfeld	06631 / 98-0 06631 / 98-1118	info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de	Herr	Henner	Häfner

Einrichtung	Straße	PLZ / Ort	Telefon / Fax	Mail/Homepage	Anrede	Vorname	Nachname
Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg	Am Hohenwiesenweg 1	63679 Schotten	06044 / 2631 06044 / 987465	naturpark@freenet.de www.natpa.de	Herr	Rudolf	Heuchert- Frischmuth
Verein Berufsausbildung Vogelsberg e.V.	Goldhelg 20	36341 Lauterbach	06641 / 977-331 06641 / 977-5317	vfb@vogelsbergkreis.de	Herr	Erich	Bloch
Vogelsberg Consult GmbH	Fulder Tor 30 ab 01.01.2008: Am Schlossberg 32	36304 Alsfeld	06631 / 9616-0 06631 / 96 16-16	info@vogelsberg-consult.de www.vogelsberg-consult.de	Herr	Thomas	Schaumberg
Region Vogelsberg Touristik GmbH	Vogelsbergstr. 137a	63679 Schotten	06044 / 964848 06044 / 964849	info@vogelsberg-touristik.de www.vogelsberg-touristik.de	Frau	Uta	Nebe
Sparkasse Oberhessen	Kaiserstr. 155	61169 Friedberg	06031 / 86-0 06031 / 86-128	info@sparkasse-oberhessen.de www.sparkasse-oberhessen.de	Herr	Günter	Sedlak

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH

Alte Bleiche 5, 65719 Hofheim am Taunus

Tel.: 06192 / 294-0 - Fax: 06192 / 294-900

E-Mail: rmv@rmv.de

Internet: www.rmv.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft dient dem Zwecke der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie der Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV) und nimmt im Verbundgebiet folgende Aufgaben wahr:

- regionaler Schienenpersonennahverkehr (SPNV),
- regionaler Buspersonennahverkehr (BPNV),
- Verkehrsplanung, Verkehrskonzeption und technische Standards,
- Rahmenplanung für Produkte,
- Verbundtarif und Beförderungsbedingungen,
- Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgastinformation,
- Vertriebssystem,
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen,
- integriertes Plandatensystem.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

öffentlicher Personennahverkehr

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1994

Anteile in %: 3,7 %

§ 121 (2) 1 Wirtschaftliche Betätigung:

öffentlicher Personennahverkehr

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Petra Roth - Vorsitzende	Alfred Jakoubek
Rolf Gnagl - stellv. Vorsitzender	Bernd Woide
Bernd Abeln (bis 25.04.2007) Klaus-Peter Güttler (ab 26.04.2007)	Siegfried Fricke
Dr. Walter Arnold	Enno Siehr
Klaus Feuchtinger	Ulrich Krebs
Birgit Simon	Wolfgang Schuster
Prof. Dr.-Ing. Joachim Pös	Manfred Michel
Dr. Ursula Jungherr	André Kavai
Gerhard Möller	Berthold R. Gall
Thomas Rausch	Dr. Karsten McGovern
Ulrich Müller (bis 20.09.2007) Axel Weiss-Thiel (ab 21.09.2007)	Horst Schnur
Egon Vaupel	Peter Walter
Ernst Peter Layer	Burkhard Albers
Wolfram Dette	Rudolf Marx

Beirat:

Dr. Thomas Kortenhaus	Michael Takatsch
Wolfgang Holzhausen	Norbert Schüren
Dr. Klaus Vornhusen	Werner Siebert
Jens Scheller	Klaus Gürsch
Peter Berking	Karlheinz Betz
Verena diPasquale	Reinhold Bickelhaupt
Josef Hoormann (bis 31.05.2007) Peter Kynast (ab 01.06.2007)	Matthias Altenhein
Dr. Hans-Peter Debling	Dipl.-Verw. Thomas Fiedler
Markus Gilbert (bis 31.05.2007) Dr. Frank Wendziski (ab 01.06.2007)	Michael Holla
Bernhard Mundschenk	Armin Klein
Dr. Georg Friedrich	Christian Sommer
Michael Ackermann	Norbert Fischer (bis 30.09.2007) Wolfgang Fechter (ab 01.10.2007)
Peter Bickel	Dieter Mohn
Karl-Heinz Holub	Reinhold Hasselbächer
Doris Weiland	Volker Rahm
Hans-Jörg von Berlepsch	Ralf Scholz
Gunther Rebahl	Heinz-Konrad Debus
Volker Lampmann	Peter Krämer
Dipl.-Ing. Hans-Joachim Bier-Kruse	Jürgen Hoffmann
Dipl.-Ing. Uwe Cramer	Eckhard Bernstorff
Horst Freund	Armin Klein
Norbert Witzel	Gerd Mehler - Vorsitz
Reinhard Bayer	Ministerium für Wirtschaft und Verkehr

Geschäftsführung: Volker Sparmann (Sprecher der Geschäftsführung)
Hansjörg Röhrich (Geschäftsführer seit 1.04.2005)

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH
Gründungsdatum: 30.06.1994
Gesellschaftsvertrag: 04.07.1991, geändert am 30.06.1994
Handelsregister: Frankfurt, HRB 34128
Stammkapital: 690.244,04 €
Beteiligungen: Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft GmbH (rms) 100 %
 Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH, 100 %
 Zentrum f. integrierte Verkehrssysteme GmbH (ZIV), 32,52 %
 VDV-Kernapplikations GmbH & Co. KG, Köln, 11,11 %
 cosmobil Projektmanagementgesellschaft mbH i.L., 22,50 %
 Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH, Köln, 0,65 %

Gesellschafter:

Land Hessen	Stadt Marburg	Landkreis Limburg-Weilburg
Stadt Darmstadt	Stadt Rüsselsheim	Main-Kinzig-Kreis
Stadt Frankfurt am Main	Stadt Wetzlar	Main-Taunus-Kreis
Stadt Offenbach am Main	Landkreis Darmstadt-Dieburg	Landkreis Marburg-Biedenkopf
Stadt Wiesbaden	Landkreis Fulda	Odenwaldkreis
Stadt Bad Homburg v.d.H.	Landkreis Gießen	Landkreis Offenbach
Stadt Fulda	Landkreis Groß-Gerau	Rheingau-Taunus-Kreis
Stadt Gießen	Hochtaunuskreis	Vogelsbergkreis
Stadt Hanau	Lahn-Dill-Kreis	Wetteraukreis

Stammeinlagen:

Die Geschäftsanteile werden mit jeweils 25.564,59 € je Gesellschafter zum Bilanzstichtag gehalten.

Bilanz des Unternehmens

AKTIVA	2007	2006	PASSIVA	2007	2006
	€	€		€	€
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immat. Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	690.244,04	690.244,04
1. EDV-Software	1.545.951,00	1.765.788,00	II. Andere Gewinnrücklagen	1.481.385,80	1.481.385,80
2. Geleistete Anzahlungen	474.512,00	136.760,00	Summe Eigenkapital	2.171.629,84	2.171.629,84
	2.020.463,00	1.902.548,00	B. Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	3.118.556,91	2.925.388,89
II. Sachanlagen			C. Rückstellungen		
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	403.736,00	521.091,00	1. Rückstellungen für Pensionen	3.636.445,00	3.365.967,00
III. Finanzanlagen			2. Sonstige Rückstellungen	5.030.827,13	4.764.907,97
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	637.718,90	432.839,01	Summe Rückstellungen	8.667.272,13	8.130.874,97
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	6.639,01	18.910,88	D. Verbindlichkeiten		
3. Beteiligungen	50.000,00	50.000,00	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.598.157,51	3.241.845,71
	694.357,91	501.749,89	2. Verbindlichkeiten aus Projektfinanzierungen	1.922.944,26	1.067.357,38
Summe Anlagevermögen	3.118.556,91	2.925.388,89	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	346.174,28	155.179,01
B. Umlaufvermögen			4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	72.054,50	56.364,40
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			5. Sonstige Verbindlichkeiten	316.506,39	274.404,54
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	757.041,09	878.662,85	Summe Verbindlichkeiten	6.255.836,94	4.795.151,04
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	787.404,80	E. Rechnungsabgrenzungsposten	24.534,94	3.254,72
3. Sonstige Vermögensgegenstände	11.106.739,62	8.684.849,90	Summe Passiva	20.237.830,76	18.026.299,46
	11.863.780,71	10.350.917,55			
II. Sonstige Wertpapiere	1.604.217,90	1.889.652,48			
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.267.553,23	2.607.664,48			
Summe Umlaufvermögen	16.735.551,84	14.848.234,51			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	383.722,01	252.676,06			
Summe Aktiva	20.237.830,76	18.026.299,46			

Gewinn- und Verlustrechnung

	2007	2006
	€	€
1. Erträge aus Beiträgen der kommunalen Aufgabenträger	2.442.631,57	2.103.958,80
2. Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	<u>24.327.013,82</u>	<u>25.384.732,20</u>
3. Zur Aufwandsdeckung verfügbare Zuwendungen	26.769.645,39	27.488.691,00
4. Erträge aus Projektzuwendungen	2.419.656,32	3.689.975,98
5. Sonstige betriebliche Erträge	816.751,56	1.497.236,83
6. Zuführung zu Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	-1.484.307,38	-1.621.526,54
7. Materialaufwand Aufwendungen für projektbezogene Leistungen	-16.011.938,87	-17.423.241,64
8. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-6.782.184,22	-6.885.184,15
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen f. Altersversorgung	-1.814.555,81	-1.762.804,75
	<u>-8.596.740,03</u>	<u>-8.647.988,90</u>
9. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.291.139,36	-1.098.128,83
10. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen	1.291.139,36	1.098.128,83
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.226.467,85	-5.763.926,01
12. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	746.411,88	380.779,76
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	593.128,99	438.655,24
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-19.440,56	-29.380,72
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-4.576,45</u>	<u>-8.230,00</u>
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.123,00	1.045,00
17. Sonstige Steuern	<u>-2.123,00</u>	<u>-1.045,00</u>
19. Jahresüberschuss	<u><u>0,00</u></u>	<u><u>0,00</u></u>

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: (Jahresdurchschnitt)	<u>2007</u> 129	<u>2006</u> 124
---	--------------------	--------------------

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresüberschuss 0,00 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft</i>	keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Aufgabenwahrnehmung öffentlicher Personennahverkehr

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

1. Geschäftstätigkeit

Nach rund 13 Jahren am Markt hat sich die Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV) über ihre, aus dem Gesellschaftsvertrag erwachsenen Aufgaben mit weiter gehenden Anforderungen und Aufgaben, durch das intensive Engagement der Aufgabenträger etabliert und in Richtung Mobilitätsdienstleister für die Region weiter entwickelt.

Eine wichtige Zielrichtung des RMV ist es, den bargeldlosen bzw. elektronischen Verkauf der Tickets flächendeckend zu etablieren und sich so die Position zu einem der größten Mobilitätsdienstleister im Verbundraum zu sichern.

Die Basis der Geschäftstätigkeit findet ihren Ursprung im Gesellschaftsvertrag mit dem Gesellschaftszweck der primären Aufgaben zur Organisation und gemeinsamen Aufgabenerfüllung des ÖPNV im Verbundgebiet. Weitere Aufgaben und Kompetenzen sind im hessischen ÖPNV-Gesetz geregelt. Die Zuwendungen, die die RMV GmbH vom Land Hessen erhält, fließen in den Treuhandbereich, in dem die Regionalverkehre koordiniert und die Mittel treuhänderisch verwaltet werden. Grundlage hierfür bildet das Verbundvertragswerk.

Die Finanzierung der RMV GmbH für Verwaltung sowie die Fremdleistungen für Untersuchungen laut Wirtschaftsplan erfolgt nach Abzug von eigenen Erträgen durch Zuwendungen des Landes Hessen und aus der Umlage der Komplementärfinanzierung der kommunalen Gesellschafter. Der Regiebereich wickelt die Projekte im Rahmen des für ein Kalenderjahr genehmigten Wirtschaftsplanes ab und stellt die personelle und technische Infrastruktur bereit.

2. Beteiligungen

2.1 Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms)

Im Geschäftsjahr 2007 wurde die Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms) wieder eine 100%ige Tochter der RMV GmbH. Sie hat Ihre Aufgabengebiete weiter ausbauen können, sich über das Verbundgebiet hinaus etabliert und die durch die RMV GmbH übertragenen Aufgaben ebenso erfolgreich erfüllen können. Die Rückführung zur 100%igen Tochter stellt keine Abhängigkeit der Aufgaben zur RMV GmbH dar.

Die sich negativ verändernden finanziellen Rahmenbedingungen wirken sich auf das Auftragsvolumen für Serviceleistungen im Planungs- u. Beratungsbereich der rms aus. Vor dem sich ändernden Hintergrund im ÖPNV stellen sich auch für die rms neue Aufgabenfelder. Die rms hat hier bereits im letzten Jahr eine Strategie für die nächsten Geschäftsjahre entwickelt. Die rms wird sich Zukunftsthemen widmen, wie es zum Thema innovativer Vertrieb bereits umgesetzt werden konnte. Weiterhin werden die Themen Outbound-Telefonie sowie konzeptionelles Marketing und Marktforschung Schwerpunkte sein. Mit der Anpassung an die Marktveränderungen agiert die rms am umkämpften Beratungs- und Dienstleistungsmarkt, um das bereits gewonnene Vertriebs-KnowHow zielgerichtet einsetzen zu können.

In den Geschäftsbereichen „Informationssysteme“ und „Datenmanagement“ (der rms) zeichnen sich bereits erste Erfolge der neuen Unternehmensstrategie ab. Die Ausschreibung der DELFI-Servicestelle konnte gewonnen werden und das Forschungsprojekt BAIM wurde erfolgreich weitergeführt. Ein Anschlussprojekt BAIMplus steht in Vorbereitung. Um das erworbene KnowHow und eine finanzielle Stabilität der rms zu sichern, wird es weiterhin von Bedeutung sein, dass die RMV GmbH Dienstleistungen im Kommunikations- und Datenmanagement von der rms erbringen lässt.

Zur Stärkung des Eigenkapitals der rms hat die RMV GmbH die für das Geschäftsjahr 2006 vereinnahmte Gewinnabführung in Höhe von TEUR 150 als Einlage an die rms zurückgeführt. Die rms schließt das Geschäftsjahr 2007 mit einem positiven Ergebnis ab. Vor Gewinnabführung weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von TEUR 132 (i. Vj. TEUR 150) aus.

2.2 Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma)

Schwerpunktmäßig lagen die Tätigkeiten im Geschäftsjahr 2007 im Bereich von Managementaufgaben bezüglich der Bestandsfahrzeuge der Odenwaldbahn und der Taunusbahn. Die Aufgaben lagen in der Projekt- und Vertragsabwicklung, der Bearbeitung der aufgetretenen Fahrzeugmängel und in weiteren Vereinbarungen von Bauartänderungen zur Optimierung der Fahrzeuge.

Die fahma hat für die Odenwaldbahn und die Anbindung Pfungstadt vier weitere Fahrzeuge ITINO gekauft und erste vereinbarungsgemäße Anzahlungen geleistet. Dieser Auftrag erfolgte durch die Gesellschafterversammlung der fahma bzw. den Aufsichtsrat der RMV GmbH. Die Finanzierung erfolgt aus Zuschüssen der RMV GmbH sowie einer Fremdfinanzierung durch die Deutsche Verkehrsbank.

Der Jahresüberschuss betrug TEUR 615 (i.Vj. TEUR 231). Dieser wurde im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages an die RMV GmbH abgeführt.

2.3 Zentrum für integrierte Verkehrssysteme GmbH (ZIV)

Die Gesellschaft bietet Beratungsleistungen in planerischer und konzeptioneller Art im gesamten Individualverkehr sowie im Flughafen-, Bahn- und öffentlichen Personennahverkehr an. Weiterhin werden Leistungen im Verkehrs-, Projekt- und Qualitätsmanagement erbracht.

Die im Geschäftsjahr 2007 erfolgten Tätigkeiten waren primär abzuschließende Projekte aus dem Geschäftsjahr 2006. Nennenswert sind hier die Potentialanalyse Montabaur, imv Umweltprojekt, Brötchentaste Darmstadt, Intermodaler Knoten FRAPORT. Es konnte somit für das Geschäftsjahr 2007 ein ausreichendes Auftragsvolumen sichergestellt werden. Die Gesellschafter RMV GmbH und Fraport AG gehen konform, die ZIV mit dem Geschäftsjahr 2008 in eine neue Formation zu überführen. Einigung darüber besteht bereits mit einem LOI.

Die positive Geschäftslage hat sich auch in dem Geschäftsjahr 2007 weiter fortgesetzt. Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2007 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 25 (i. Vj. in Höhe von TEUR 35) ab.

2.4 VDV-Kernapplikations GmbH & Co. Kommanditgesellschaft (VDV KG)

Seit 2004 ist die RMV GmbH als Kommanditist mit TEUR 23 an der VDV KG beteiligt. Durch diese Beteiligung erwachsen der RMV GmbH im Rahmen der Einlage keine finanziellen Risiken.

Ein neues Slogan für das eTicket Deutschland „Grenzenlos einfach - einfach grenzenlos“ auf Basis der VDV-Kernapplikation wurde entworfen. Den Verkehrsverbänden und Verkehrsunternehmen steht das interoperable System der VDV-Kernapplikation für die Projekte des eTicket zur Verfügung.

Ein weiterer Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2007 war die Auslieferung des ersten Teils von über drei Millionen Chipkarten mit der VDV-Kernapplikation an die Verkehrsunternehmen der Verbände.

Eine Arbeitsgruppe, in der Vertreter der Verkehrsverbände und Verkehrsunternehmen mitarbeiten, begleitet die Aktivitäten der weiteren Standardisierung der VDV-Kernapplikation. Hier werden neue Techniken evaluiert und die Zertifizierung von Komponenten vorbereitet.

Weiterhin konnten der Abschluss von Forschungsprojekten wie „Einheitliche Kundenschnittstelle“, „Rules & Regulations“ sowie „Zertifizierung“ berichtet werden.

Die VDV KG konnte im Geschäftsjahr 2007 einen Jahresüberschuss von TEUR 74 (i.Vj. TEUR 20) erwirtschaften.

2.5 Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH

Die RMV GmbH erwarb im Geschäftsjahr 2006 Anteile an der beka in Höhe von TEUR 3. Gegenstand des Unternehmens ist u.a. die Förderung des ÖPNV und der öffentlichen Nahverkehrsunternehmen durch Geschäfte und Maßnahmen aller Art. Die beka ist in den Geschäftsbereichen Handel, Bildung, und Verlag tätig. Das Interesse der RMV GmbH, als Gesellschafter in die beka einzutreten, liegt in einer einheitlichen Weiterbildungspolitik im Sinne der Gesellschafter von Verkehrsunternehmen und Verbände in der beka. Die beka schließt im Geschäftsjahr 2007 mit einem Gewinn in Höhe von TEUR 58 (i.Vj. TEUR 71) ab. Nach dem Gewinnverwendungsvorschlag sollen TEUR 37,8 an die Gesellschafter ausgeschüttet werden und der Restbetrag in Höhe von TEUR 20,2 in die Gewinnrücklage eingestellt werden. Gemäß Gesellschaftsvertrag nimmt die RMV GmbH ab 2007 an der Ergebnisverwendung teil.

3. Geschäftsentwicklung 2007

Wie bereits in 2006 und 2005 wirken sich die Änderungen in Bezug auf die Kürzungen der Regionalisierungsmittel in Artikel 13 des Regionalisierungsgesetzes auch auf die Regiekosten der RMV GmbH aus, was einen weiteren stringenten Umgang mit den Mittel erfordert. Die Aufgabenerfüllung der RMV GmbH wird primär an den Zielen aus der Finanzierungsvereinbarung des Landes Hessen, die zum Jahr 2009 endet, gemessen.

Diese Ziele gilt es zu erreichen :

Steigerung der Marktreichweite:	Steigerung der Fahrgeldeinnahmen
Steigerung der Kundenzufriedenheit:	Pünktlichkeit, Service und Sauberkeit
Effizienzsteigerung:	Anteil der ausgeschriebenen regionalen Leistungen

Weitere Aufgabenschwerpunkte im Geschäftsjahr waren:

1. Erstellung des neuen Fahrplanes 2007/2008
2. Weiterentwicklung der Internet-Services
3. Konzept und Modellierung Nutzerfinanzierter Tarif
4. Innovativer Vertrieb im Wettbewerb
5. Electronic-Ticketing
6. Mobile-Ticketing
7. Weitere Vergabe von SPNV- und RBNV-Verkehrsdienstleistungen im Wettbewerb
8. Aufbau und Erprobung eines Sicherheitskonzeptes im S-Bahn-Bereich
9. Vorbereitung der Realisierung der Übernahme des regionalen Schienennetzes "Wetterau"
10. Unterstützung des Landes Hessen bei der Gründung einer Schieneninfrastruktur-Agentur

4. Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr 2007

4.1 Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2007 sind die Betriebsaufwendungen im Vergleich zu 2006 auf TEUR 31.113 leicht gesunken (i.Vj. TEUR 33.395). Zum Vorjahr lag der Rückgang bei TEUR 2.282 oder 6,83%. Primär ist der Rückgang bei den Aufwendungen für bezogene Leistungen, bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sowie der Zuführung zum Sonderposten des Anlagevermögens zu sehen.

Der Personalaufwand kann mit seinen genehmigten befristeten Stellen geringfügig gesenkt werden. Hierbei erfolgt die Deckung aus der Effizienzdividende und dem Forschungsprojekt BAIM.

Der betriebliche Mehraufwand sank um TEUR 876 auf TEUR 28.293 (i. Vj. TEUR 29.169). Parallel dazu sind die Betriebserträge um TEUR 1.406 auf TEUR 2.820 (i. Vj. TEUR 4.226) gesunken. Der hohe Betriebsertrag in 2006 basiert auf der Abrechnung der Cosmobil, deren restliche Mittel in die RMV GmbH zurückgeführt wurden.

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen sind im Vergleich zum Vorjahr um T€ 365 gestiegen. Dies resultiert aus dem gegenüber 2006 gestiegenen Ertrag aus der Gewinnabführung der fahma.

Die Aufwendungen wurden durch die Zuwendungen des Landes Hessen im Rahmen der bestehenden Finanzierungsvereinbarung mit TEUR 24.327 (i.Vj. TEUR 25.385) und durch die Beiträge der kommunalen Aufgabenträger mit TEUR 2.443 (i.Vj. TEUR 2.104) ausgeglichen.

4.2 Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich um TEUR 2.212 (12,3 %) auf TEUR 20.238.

Das Anlagevermögen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 193.

Die geleisteten Anzahlungen bei den immateriellen Vermögensgegenständen stiegen durch die in Entwicklung befindlicher Software primär für das Projekt eTicketing um TEUR 338 gegenüber dem Vorjahr.

Aufgrund des Rückkaufs der Anteile an rms, der Gewinnrückführung der rms und des gezahlten Disagios sind die Anteile an verbundenen Unternehmen weiter gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.888 erhöht, was sich insbesondere bei der Umsatzsteuer, einer Forderung gegenüber der Finanzbehörde, darstellt.

Im Geschäftsjahr sind die Aufwendungen für bezogene Leistungen rückläufig, somit fallen die Forderungen aus Drittmitteln geringer aus.

Die Vermögensstruktur hat sich zum Vorjahr geringfügig verändert. Das Anlagevermögen macht 15,4 % (i. Vj. 16,2 %) der Bilanzsumme aus. Entsprechend entfallen 84,6 % (i. Vj. 83,8 %) auf das Umlaufvermögen und den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Durch höhere Nettoinvestitionen ist der Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen auf der Passivseite gestiegen. Die Erhöhung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind stichtagsbezogen bedingt. Die Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultiert aus nicht beglichenen Rechnungen der rms zum Stichtag. Diese wurden zwischenzeitlich im Geschäftsjahr 2008 ausgeglichen.

Anteilig an der Bilanzsumme macht das insgesamt langfristig zur Verfügung stehende Kapital 44,1 % aus (i. Vj. 46,9 %).

Die Finanzierung der langfristig gebundenen Vermögensgegenstände durch langfristiges Kapital ist jederzeit sichergestellt, da in Höhe des Anlagevermögens ein Sonderposten für die entsprechenden Zuschüsse passiviert wird.

4.3 Finanzlage

Im Geschäftsjahr haben sich die flüssigen Mittel gegenüber dem Vorjahr um TEUR 660 auf TEUR 3.268 erhöht. Im Rahmen der Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen sind Mittel des nicht verbrauchten Finanzierungszuschusses an den Treuhandbereich zu transferieren. Sie dienen als Liquiditätshilfe und der genehmigte Kreditrahmen muss nicht ausgeschöpft werden. Die Zahlungsfähigkeit der RMV GmbH war im Geschäftsjahr 2007 jederzeit gewährleistet.

4.4 Personal- und Sozialbereich

Im Personalbereich des Geschäftsjahres waren 8 Zugänge und 3 Abgänge zu verzeichnen. Die personelle Zunahme liegt zum einen an der Ausschöpfung der genehmigten Stellen aus der Effizienzdividende und zum anderen daran, dass nach Vorgabe des Landes Hessen mehr Auszubildende einzustellen sind. Diese Maßnahme wirkt sich erstmalig in diesem Geschäftsjahr mit 3 Auszubildenden aus.

Ausblick:

1. ÖPNV-Gesetz

Das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNV-G) löste das Gesetz zur Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in Hessen (Hess. ÖPNV-G) in der Fassung vom 19. Januar 1996 (GVBl. I S. 50) ab. Es trat mit Wirkung zum 1. Dezember 2005 (GVBl. I S. 786) in Kraft und ist zunächst bis zum 31. Dezember 2009 befristet. Auf Grund der Veränderungen und Neuerungen im ÖPNV - resultierend aus der Umsetzung der Vorgaben aus EU- und Bundesrecht - entsprach das hessische ÖPNV-G nicht mehr in allen Punkten den heutigen Anforderungen. Aus diesem Grund wurde seitens des Landes die Novellierung als notwendig erachtet. Bei der Novellierung wurde das Gesetz übersichtlicher strukturiert, überholte Regelungen entfernt, die Aufgabenträgerorganisationen gestärkt und deren Aufgaben klarer definiert. Besonders wichtig bei der Novellierung war die Umsetzung des Wettbewerbs in der Leistungserstellung. Dies erfordert eine Verankerung des Besteller-Ersteller-Prinzips, um einen diskriminierungsfreien Wettbewerb zu ermöglichen. Weiterhin wurde eine Stärkung der ÖPNV-Aufgabenträgerorganisationen und eine weitere Bündelung der Fördermittel umgesetzt. Die Vorgaben des ÖPNV-G werden seitens des Verbundes wie in den Vorjahren stringent umgesetzt.

2. Finanzierungsvereinbarung 2005 bis 2009

Mit Abschluss der am 20. Dezember 2004 unterzeichneten Finanzierungsvereinbarung für den Zeitraum 2005 bis 2009, erfolgt nach den Vorgaben des Landes seitens der RMV GmbH die Umsetzung des ÖPNV-G. Mit der Finanzierungsvereinbarung wird vom Land insbesondere der Weg der einheitlichen Mittelzuweisung unterstützt, um das Finanzmanagement sowohl des Landes als auch der Verbünde zu vereinfachen. Da sich die Finanzierungsinstrumente des Verbundes in ihrer bisherigen Zielsetzung bewährt, sich aber in ihrer praktischen Umsetzung als zu eng angelegt erwiesen haben, bilden diese zwar weiterhin die Grundlage der Finanzierungsvereinbarung aber der Verbundgesellschaft werden weitere Handlungsspielräume eröffnet. Dies bedeutet nicht, dass die Zuwendungen des Landes frei verhandelbar sind, sondern weiterhin in Anlehnung mit der sonst gängigen Zuwendungspraxis stehen müssen. Die bereits in den Jahren 2000 bis 2004 praktizierte einheitliche pauschale Mittelzuweisung hat sich als eine Finanzierungsform in der Praxis bewährt. Auf diesen positiven Erfahrungen aufbauend wurde daher mit der Vereinbarung für 2005 bis 2009 die Finanzierungsvereinbarung vom 19. April 2000 zur Sicherung und Weiterentwicklung des ÖPNV in Hessen bzw. im Gebiet des RMV, in der bestehenden Qualität und Quantität, im Sinne der Erfahrungen geeignet modifiziert.

In der Finanzierungsvereinbarung zwischen der RMV GmbH und dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung wurde für die Jahre 2008 und 2009 eine Planfondierung auf Basis der Werte von 2007 vereinbart.

Im Jahr 2006 hat der Gesetzgeber auf Initiative des Bundes im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2006 (HHBeglG 2006) die Regionalisierungsmittel erheblich gekürzt. Die Kürzungen betragen für das Jahr 2007 7,7% und ab dem Jahre 2008 9,5%. Basis ist hierbei der jährlich mit 1,5% dynamisierte Betrag nach dem Regionalisierungsgesetz in der Fassung von Art. 25 Haushaltsbegleitgesetz 2004 vom 29.12.2003 gültig ab 01.01.2004. Trotz eines Kompromisses in Folge der Verhandlungen von Bundesrat und Bundesregierung (vgl. Drucksache 16/6310), der eine teilweise Kompensation ab 2008 beinhaltet, beträgt die Reduzierung der Regionalisierungsmittel allein in den Jahren 2006 bis 2010 rund 2,8 Mrd. Euro bundesweit. Für den RMV bedeutet dies ab 2007 eine Mittelreduzierung von bis zu 33,4 Mio. Euro jährlich. Diese Mittelkürzungen wurden im Rahmen von Nachträgen im Rahmen der gültigen Finanzierungsvereinbarung gemildert.

Übergeordnet hat die Konzeption des RMV zur Kompensation dieses Kürzungsanteils als obersten Grundsatz die solidarische Umgehensweise mit den erforderlichen Maßnahmen. Konkret bedeutet dies, dass es keine Streckenstilllegungen geben wird und jeder Aufgabenträger im Verbundgebiet einen Teil der Last tragen muss. Dieser Ansatz berücksichtigt auch das Gefälle zwischen Ballungsraum und Region.

Der RMV selbst wird mit 50 % die Hauptlast tragen. Dies bedeutet im Einzelnen, die fehlenden Mittel u.a. aus einer außerordentlichen Tarifierhöhung, Leistungskürzung bei der Regionalbahn sowie aus Reduzierung der Regiekosten zu kompensieren.

Oberstes Ziel des Verbundes ist neben dem Erhalt der Funktionsfähigkeit des RMV grundsätzlich auch die Reduzierung der Risiken der Aufgabenträger durch die sich ergebenden regionalen Umlagen. Hierfür steht der RMV mit dem Land in Verhandlung um für den Zeitraum 2008 bis 2011, in dem die Effekte aus dem Wettbewerb im SPNV noch nicht voll greifen, überproportionale Preissteigerungen zu verkraften sind und dies erhebliche

Risiken birgt, eine so genannte Übergangshilfe zu erreichen. Das Land hat in den Verhandlungen positiv reagiert.

3. EU-weite Ausschreibungen von Verkehrsdienstleistungen im SPNV und RBNV

Die wettbewerblichen Vorlaufphasen, in denen zur Bildung von Linienbündeln mit harmonisierten Laufzeiten Verkehrsverträge ohne vorangegangene wettbewerbliche Verfahren mit Verkehrsunternehmen geschlossen werden mussten, ist im Rhein-Main-Verkehrsverbund beendet. Die wettbewerbliche Übergangsphase, d.h. die sukzessive Ausschreibung der in den Verkehrsverträgen und im regionalen Nahverkehrsplan festgelegten Linienbündel im regionalen Buspersonennahverkehr (BPNV) und Teilnetze im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) ist im Berichtsjahr weiter umgesetzt worden, wobei den unterschiedlichen Verkehrsmärkten im BPNV und SPNV Rechnung getragen wurde.

Der Verkehrsmarkt des Buspersonennahverkehrs (BPNV) befindet sich in einer fortgeschrittenen, wettbewerblichen Übergangsphase. Zum Stand 31.12.2007 wurden bisher 34 von 60 regionalen bzw. regional/lokal gemischte Linienbündel mit 22,6 Millionen Nutzwagenkilometer (davon im Regionalverkehr des RMV enthalten 16,5 Millionen Nutzwagenkilometer) im Wettbewerb vergeben. Weitere 11 regionale Linienbündel bzw. Teile daraus mit ca. 3,0 Millionen Nutzwagenkilometer wurden in lokale Verantwortung übertragen und im Wettbewerb vergeben. Die Vergabequote beträgt im regionalen BPNV einschließlich der übertragenen Verkehre 61,9 % gemessen am Umfang der Bestandsverkehre in 2003.

Der Verkehrsmarkt im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) befindet sich ebenfalls in der wettbewerblichen Übergangsphase. Zum Stand 31.12.2007 wurden bisher 9 Teilnetze mit 5,8 Millionen Zugkilometern im Regionalverkehr des RMV im Wettbewerb vergeben. Das entspricht einer Vergabequote von 15,9 % gemessen am Umfang der Bestandsverkehre in 2003.

Im Berichtsjahr wurden im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) die Ausschreibungsverfahren für das Teilnetz 7 „Rheingau“ und das Teilnetz 10 „Main-Lahn-Sieg“ veröffentlicht, die in 2008 abgeschlossen werden. Im Buspersonennahverkehr (BPNV) konnten im Berichtsjahr insgesamt sieben Linienbündel in den Verkehrsräumen Frankfurt am Main, Offenbach am Main, Landkreis Offenbach, Darmstadt-Dieburg, Main-Taunus-Kreis sowie im Lahn-Dill-Kreis erfolgreich im Wettbewerb vergeben werden. In 2008 steht im SPNV die Ausschreibung von 3 Teilnetzen: „Mittelhessen“ mit „Wetterau Nord-Süd“ sowie „Lahntal, Vogelsberg, Rhönbahn“ und im BPNV die Ausschreibung von 11 Linienbündeln in den Verkehrsräumen Hochtaunuskreis, Landkreis Marburg-Biedenkopf, Rheingau-Taunus-Kreis, Landkreis Groß-Gerau, Wetteraukreis, Landkreis Gießen sowie im Landkreis Limburg-Weilburg an.

Zur Erzielung von Synergieeffekten wurden auch im Berichtsjahr möglichst Ausschreibungspakete mit zwei oder mehreren Linienbündeln im Buspersonennahverkehr gebildet. Dies hat den Vorteil wirtschaftlicherer Organisation und Bearbeitung von Ausschreibungsverfahren einhergehend mit einer signifikanten Reduktion der Transaktionskosten. Die Struktur der Ausschreibungsgewinner nach wettbewerblichen Verfahren im BPNV ist, auch durch Unternehmensverkäufe, geprägt von Konzerngesellschaften mit 57 % Anteil, privaten Busunternehmen mit 34 % Anteil und sonstigen mit 9 % Anteil an den gesamten Fahrleistungen.

4. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Der Wirtschaftsplan der RMV GmbH für das Jahr 2008 hat folgende wesentlichen Eckdaten:

Erfolgsplan

	2008 TEUR (Plan)	2007 TEUR (Plan)	Veränderung %
Regiekosten	10.975	10.780	+ 1,8
Gutachten/Untersuchungen S	2.916	2.910	+ 0,2
Gutachten/Untersuchungen O	7.304	7.360	- 0,8
Gutachten/Untersuchungen C/D*	0	0	-
Aufwand	21.195	21.050	+ 0,7
Umlage **	2.768	2.726	+ 1,5
Landeszuschüsse	18.427	18.324	+ 0,6
Ertrag	21.195	21.050	+ 0,7

Finanzplan

	2008	2007 TEUR (Plan)	Veränderung %
Investitionen	2.035	2.040	- 0,3
Ausgaben	2.035	2040	- 0,3
Umlage*	266	150	+ 77,3
Landeszuschüsse	1.769	1.890	- 6,5
Einnahmen	2.035	2.040	- 0,3

* Diese werden außerhalb des Wirtschaftsplanes des RMV finanziert.

** Die Steigerung der Umlage erfolgt durch die teilweise Auflösung der Verbindlichkeiten gegenüber den Aufgabenträgern.

Im Geschäftsjahr 2008 steigen die Bruttoansätze des Erfolgsplanes geringfügig um TEUR 145 (+ 0,7 %) gegenüber dem Vorjahr. Um einen echten Verbrauch nachweisen zu können, wurde eine neue Darstellungsform im Wirtschaftsplan gewählt. Es wird dabei von einem Brutto- und Nettoplanansatz ausgegangen und das tatsächliche zur Verfügung stehende Budget ausgewiesen. Es wird von einem Budgetansatz ausgegangen, der sich - gemessen an den Aufgaben - als ausreichend darstellt.

Der Wirtschaftsplan 2008 schließt systembedingt mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Gegenwärtig sind für die RMV GmbH keine Risiken für den Fortbestand erkennbar.

Sonstige Angaben

Die Aufsichtsgremien der RMV GmbH - Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung - tagten turnusmäßig. Die entsprechenden Beschlussfassungen zum Leistungsangebot, zum Jahresabschluss und zur zweckentsprechenden Verwendung der Landesmittel mit der Einnahmenaufteilung/Abrechnung (EAV/ABR) sowie zum Tarif erfolgten mit den erforderlichen Mehrheiten.

Wasserverband Nidda

Leonhardstr. 7, 61169 Friedberg/H.

Tel.: 06031 / 83-7100 - Fax: 06031 / 83-7104

E-Mail: wv-nidda@wetteraukreis.de

Unternehmenszweck

Verbandszweck:

Ausbau und Unterhaltung der **Nidda** vom Wehr Eschersheim-Heddernheim (Stadtgebiet Frankfurt/Main) bis einschließlich Ortslage Rudingshain (Vogelsbergkreis) mit den beiden Niddaquellbächen Hundsborn- und Graswiesenbach, des Flutgrabens in Nidda, der Ulfa von der Mündung in die Nidda bis zur Hochwasserrückhalteanlage Ulfa und der Wetter von der Mündung in Niddatal/Assenheim bis zur Gemarkungsgrenze Laubach (OT Münster), Lich (OT Ober-Bessingen), jeweils einschließlich der Uferrandstreifen, soweit sie im Eigentum des Verbandes oder einer Gemeinde stehen, und Unterhaltung oder Wiederherstellung des naturnahen Gewässerzustandes; Erstellung, Betrieb und Unterhaltung der Hochwasserrückhalteanlagen und Talsperren; Errichtung und Unterhaltung der Bauwerke in und an den genannten Gewässern, sofern dies nicht Aufgabe der Triebwerksbesitzer oder sonstiger Verpflichteter ist.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Hochwasserschutz und Gewässerunterhaltung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1966

Anteile in %: 5,55 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Hochwasserschutz und Gewässerunterhaltung

Organe des Unternehmens

Verbandsvorstand:

Oswin Veith - Vorsitzender (Bardo Bayer)	Herbert Unger (Manfred Wetz)	Dr. Bernhard Hertel (Kurt Meisinger)
Siegfried Fricke - stellv. Vors. (Andrea Kaup)	Peter Ziebarth (Michael Keller)	Erhard Landmann (Helmut Krailing)
Werner Kristeller (Dr. Holger Krier)	Roland Schulz (Adolf Koch)	Bernd Klein (Barbara Kröger)
Armin Häuser (Michael Merle)	Lucia Puttrich (Reimund Becker)	S. Schaab-Madeisky (Heide Förschner)
Dr. Thomas Stöhr (Jörg Frank)	Ulrich Madeisky (Uwe Mayer)	

Verbandsversammlung:

Heinz Becker (Christel Gontrum)	Manfred Schütz (Karl Heinrich Schmidt)	Michael Hahn (Dieter Eisenberg)
Hans-Helmut Günther (Kurt Stiehler)	Hans-Peter Lang (Klaus-Werner Deis)	Ottmar Herche (Rosel Schleicher)
Hubertus Ellerhusen (Rudolf Henrich)	Günther Lampert (Reiner Kulb)	Katharina Jung (Bernhard Widmuchi)
Dr. Ulrich Heidemann (Roland Kammerer)	Dr. Gerd Rippen (Jürgen Hintz)	Alfons Götz (Heinz Arnold)
Jürgen Patscha (Rainer Wengorsch)	Hans Jürgen Zeiß (Manfred Müller)	Michael Reinemer (Günther Block)
Albrecht Kliem (Christian Brück)	Walter Pöllmann (Hans Gotthard Lorch)	Joachim Haas (Barbara Steffani-Velden)

Betriebsleitung: Stefan Schulz, Technik

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts
Gründungsdatum: 1961
Verbandssatzung : 29.11.1999
Beteiligungen: keine

Mitglieder und Anteile: (je 5,55 %)

Landkreis Gießen	Gemeinde Florstadt	Stadt Nidda
Vogelsbergkreis	Stadt Frankfurt am Main	Stadt Niddatal
Wetteraukreis	Stadt Friedberg (Hessen)	Gemeinde Ranstadt
Stadt Bad Nauheim	Stadt Karben	Gemeinde Rockenberg
Stadt Bad Vilbel	Stadt Lich	Stadt Schotten
Stadt Butzbach	Stadt Münzenberg	Gemeinde Wöllstadt

Hauswirtschaftliche Eckdaten:

Ergebnis der Haushaltsrechnung 2007

Bezeichnung	Ergebnis	
	2007	2006
	€	€
Soll-Einnahmen Verwaltungshaushalt	1.380.528,56	1.362.243,53
Soll-Einnahmen Vermögenshaushalt	237.929,85	614.684,89
Summe Soll-Einnahmen	1.618.458,41	1.976.928,42
+ neue Haushaltseinnahmereste	477.415,00	90.056,00
./. Abgang alter Haushaltseinnahmereste	57.000,00	12.000,00
./. Abgang alter Kasseneinnahmereste	0,00	263.738,07
Summe bereinigte Soll-Einnahmen	2.038.873,41	1.791.246,35
Soll-Ausgaben Verwaltungshaushalt	1.380.528,56	1.295.243,53
+ Soll-Ausgaben Vermögenshaushalt	140.491,28	300.524,42
Summe Soll-Ausgaben	1.521.019,84	1.595.767,95
+ neue Haushaltsausgabereiste Verwaltungshaushalt	0,00	55.000,00
+ neue Haushaltsausgabereiste Vermögenshaushalt	612.361,06	262.170,87
./. Abgang alter Haushaltsausgabereiste Verwaltungshaushalt	0,00	0,00
./. Abgang alter Haushaltsausgabereiste Vermögenshaushalt	94.507,49	121.692,47
./. Abgang alter Kassenausgabereiste	0,00	0,00
Summe bereinigte Soll-Ausgaben	2.038.873,41	1.791.246,35
Etwaiger Unterschied bereinigte Solleinnahmen ./. Bereinigte Sollausgaben (Fehlbetrag)	0,00	0,00

Gegenprobe zur Haushaltsrechnung 2007

Ermittlung des Rechnungsergebnisses aus der Kassenrechnung

Bezeichnung	Verwaltungshaushalt	Vermögenshaushalt	Gesamthaushalt
	€	€	€
IST-Einnahmen	1.430.595,07	143.209,26	1.573.804,33
IST-Ausgaben	1.432.226,60	288.296,21	1.720.522,81
IST-Bestand	- 1.613,53	- 145.086,95	-146.718,48
+ Haushaltseinnahmereste	0,00	815.626,00	815.626,00
+ Kasseneinnahmereste	1.631,53	148.275,18	149.906,71
- Haushaltsausgabereiste	0,00	818.814,23	818.814,23
- Kassenausgabereiste	0,00	0,00	0,00
Ausgleich/Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00

Gegenüberstellung Haushalt 2006 und Rechnungsergebnis 2007

Bezeichnung	HH-Ansatz €	Rechnungsergebnis €	Veränderung €	Veränderung %
Verwaltungs-HH				
Einnahmen	1.369.437,00	1.380.528,56	11.091,56	0,81
Ausgaben	1.369.437,00	1.380.528,56	11.091,56	0,81
Fehlbedarf	0,00	0,00	0,00	0,00
Vermögens-HH				
Einnahmen	3.997.713,00	658.344,85	- 3.339.368,15	- 83,53
Ausgaben	3.997.713,00	658.344,85	- 3.339.368,15	- 83,53
Fehlbedarf	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamt-HH				
Einnahmen	5.367.150,00	2.038.873,41	- 3.328.276,59	- 62,01
Ausgaben	5.367.150,00	2.038.873,41	- 3.328.276,59	- 62,01
Fehlbedarf	0,00	0,00	0,00	0,00

<i>Schulden</i>	<u>2007 / €</u>	<u>2006 / €</u>
Schuldenstand zum 31.12.	1.740.523,06	1.785.370,42

<i>Rücklagebestände</i>		
Bestand allgemeine Rücklage zum 31.12.	439.658,75	568.000,00

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 8

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe hauswirtschaftliche Eckdaten
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	ausgeglichener Haushalt
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft</i>	keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Gewässerunterhaltung, Hochwasserschutz

Wasserverband Schwalm

Parkstr. 6, 34576 Homberg (Efze)

Tel.: 05681 / 775-206 - Fax: 05681 / 775-207

E-Mail: info@wasserverband-schwalm.de

Internet: www.wasserverband-schwalm.de



Unternehmenszweck

Verbandszweck:

Der Verband hat zur Aufgabe im Gebiet seiner Mitgliedsgemeinden (Verbandsgebiet)

1. im Sinne des regionalen und überregionalen Hochwasserschutzes den Abfluss der Verbandsgewässer zu regeln und dazu die notwendigen Anlagen zu bauen, zu unterhalten und zu betreiben.
Hierzu zählen drei Hochwasserrückhaltebecken (Treysa-Ziegenhain, Heidelberg und Antrifftalsperre) mit einem Stauvolumen von insgesamt 16,8 Mio. Kubikmeter sowie 10 Pegelstationen, 5 Niederschlagsstationen und zahlreichen Nebenanlagen (Stauklappen und Pumpwerke).
2. Gewässerunterhaltung der Verbandsgewässer mit einer Länge von insgesamt 221 km: Schwalm, Antreff (Antrift), Grenff, Steina, Grenzebach, Wiera, Eifa, Berfa, Efze, Gilsa, Urff, Klingelbach (Homberg-Mardorf), Katterbach, Leimbach, Olmes, Ransbach, Baumbach, Ittersbach, Schlierbach, Ascheröderbach ab einem Niederschlagsgebiet von 5 km².

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Hochwasserschutz, Gewässerunterhaltung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1962 (Gründungsjahr)

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Hochwasserschutz, Gewässerunterhaltung

Organe des Unternehmens

Verbandsversammlung:

- Winfried Becker - Vorsitzender
 Günter Jung - stellv. Vorsitzender
 Mitglieder - die von den jeweiligen Mitgliedern gewählten Vertreter sind
 entsprechend dem Beitrag stimmberechtigt

Verbandsvorstand:

- | | |
|------------------------------------|-------------------------------------|
| Winfried Becker - Vorsitzender | Klemens Olbrich - Stellvertreter |
| Günter Jung - stellv. Vorsitzender | Rudolf Marx - Stellvertreter |
| Johannes Averdung - Mitglied | Michael Köhler - Stellvertreter |
| Ralf Becker - Mitglied | Günter Schlemmer - Stellvertreter |
| Erich Diehl - Mitglied | Klaus Stiegel - Stellvertreter |
| Bernd Heßler - Mitglied | Kai Knöpper - Stellvertreter |
| Wilhelm Kröll - Mitglied | Jürgen Kaufmann - Stellvertreter |
| Heinrich Vesper - Mitglied | |

Betriebsleitung: Dipl.-Ing. Peter Kugler

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts
Gründungsdatum: 1962
Verbandssatzung : 15.03.1996, zuletzt geändert 28.02.2007

Mitglieder:

Gemeinde Antrifftal	Gemeinde Wabern	Stadt Kirtorf
Gemeinde Bad Zwesten	Gemeinde Willingshausen	Stadt Neukirchen
Gemeinde Jesberg	Stadt Alsfeld	Stadt Schwalmstadt
Gemeinde Knüllwald	Stadt Borken (Hessen)	Stadt Schwarzenborn
Gemeinde Neuental	Stadt Felsberg	Schwalm-Eder-Kreis
Gemeinde Schrecksbach	Stadt Homberg (Efze)	Vogelsbergkreis

<i>Beiträge</i>	<u>2007 / €</u>	<u>2006 / €</u>
der Landkreise von insgesamt	88.530,00	85.950,00
der Verbandsgemeinden von insgesamt	450.000,00	450.000,00

Schulden

Schuldenstand zum 31.12.	204.542,73	274.550,30
--------------------------	------------	------------

Rücklagebestände

Bestand allgemeine Rücklage zum 31.12.	1.030.637,93	1.053.172,90
--	--------------	--------------

Die im Beitragsbuch festgesetzten Beiträge wurden vollständig und in der richtigen Höhe erhoben.

Hauswirtschaftliche Eckdaten:

Haushaltsgesamtbeträge:

	Verwaltungshaushalt 2007 / €	Vermögenshaushalt 2007 / €	Verwaltungshaushalt 2006 / €	Vermögenshaushalt 2006 / €
Einnahmen	669.350,00	330.370,00	694.150,00	295.000,00
Ausgaben	669.350,00	330.370,00	694.150,00	295.000,00
Fehlbedarf	0,00	0,00	0,00	0,00

Ist-Abschluss nach dem Hauptbuch

Bezeichnung	Einnahmen €	Ausgaben €	mehr €	weniger €
Verwaltungshaushalt	705.769,12	703.544,29	2.224,83	0,00
Vermögenshaushalt	315.963,10	138.691,31	177.271,79	0,00
Verwahrgelder	22.534,97	22.534,97	0,00	0,00
Vorschüsse	1.584,45	1.584,45	0,00	0,00
Insgesamt	1.045.851,64	866.355,02	179.496,62	0,00

Soll-Abschluss nach den Sachbüchern

	2007 / €	2006 / €
Soll-Einnahmen Verwaltungshaushalt	706.219,83	797.544,41
+ Soll-Einnahmen Vermögenshaushalt	315.963,10	352.086,60
Summe Soll-Einnahmen	1.022.182,93	1.149.631,01
+ <u>neue Haushaltseinnahmereste</u>		
Verwaltungshaushalt	0,00	0,00
Vermögenshaushalt	0,00	0,00
./. <u>Abgang alter Haushalts-/Kasseneinnahmereste</u>		
Verwaltungshaushalt	0,00	0,00
Vermögenshaushalt	0,00	0,00
Summe bereinigte Soll-Einnahmen	1.022.182,93	1.149.631,01
Soll-Ausgaben Verwaltungshaushalt	706.219,83	797.544,41
+ Soll-Ausgaben Vermögenshaushalt	315.963,10	387.706,56
Summe Soll-Ausgaben	1.022.182,93	1.185.250,97
+ <u>neue Haushaltsausgabereste</u>		
Verwaltungshaushalt	0,00	0,00
Vermögenshaushalt	0,00	0,00
./. <u>Abgang alter Haushalts-/Kassenausgabereste</u>		
Verwaltungshaushalt	0,00	0,00
Vermögenshaushalt	0,00	35.619,96
Summe bereinigte Soll-Ausgaben	1.022.182,93	1.149.631,01
Bereinigte Soll-Einnahmen ./. bereinigte Soll-Ausgaben		
Ausgleich	0,00	0,00

Haushaltsüberschreitungen

Die Summe der genehmigungspflichtigen Haushaltsüberschreitungen betrug

	2007 / €	2006 / €
im Verwaltungshaushalt	5.482,03	2,04
im Vermögenshaushalt	7.407,57	9.844,75
insgesamt	12.889,60	9.846,79

Einzelaufstellung

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Haushalts- ansatz €	AO-Soll €	Überschreitung €
Deckungsring GD 002	Personalausgaben	268.760,00	274.242,03	5.482,03
01.915100.86000	Zuführung zum Vermögenshaushalt	159.490,00	269.068,13	109.578,13
02.910001.91000	Zuführung an allgemeine Rücklage	0,00	177.271,79	177.271,79
02.912001.97700	Tilgung von Krediten	17.200,00	24.607,57	7.407,57
Zwischensumme:		445.450,00	745.189,52	299.739,52
abzüglich:	Mehrzuführung an den Vermögenshaushalt, da diese keine Haushaltsüberschreitung im Sinne des § 100 HGO darstellt			109.578,13
abzüglich:	Zuführungen an die allgemeine Rücklage und Sonderrücklage, diese keine Haushaltsüberschreitungen im Sinne des § 100 HGO darstellen			177.271,79
mithin verbleiben Haushaltsüberschreitungen in Höhe von				12.889,60

Kassenreste

Am Ende des Haushaltsjahres 2007 wurden im **Verwaltungshaushalt**

Kasseneinnahmereste in Höhe von 450,71 € und
Kassenausgabereiste in Höhe von 2.675,64 € gebildet.

Die Reste-Listen wurden - nach Haushaltsstellen gegliedert - erstellt und mit der Jahresrechnung zur Prüfung vorgelegt.

Die Kassenreste wurden richtig in die „Doppik“ 2008 vorgetragen (manuell)

Bei den im **Vermögenshaushalt** gebildeten Kassenausgabereisten in Höhe von 177.271,79 € handelt es sich um die Zuführung zur Allgemeinen Rücklage.

Diese Summe wurde am 07.04.2008 der Allgemeinen Rücklage zugeführt (Umbuchung/ Transitbuchung zwischen Bankknoten).

Haushaltsreste

Am Ende des Haushaltsjahres 2007 wurden keine Haushaltsreste gebildet.

Schulden

	2007 / €	2006 / €
Zu Beginn des Haushaltsjahres bestanden gemäß Kontoauszügen an Schulden	274.550,30	296.295,05
+ aufgenommene Kredite im Haushaltsjahr	0,00	0,00
./. geleistete Tilgung lt. Jahreskontoauszüge	24.607,57	21.744,75
./. geleistete Sonder-Tilgung lt. Jahreskontoauszüge	45.400,00	0,00
Verbleibt ein Schuldenbestand am Ende des Haushaltsjahres in Höhe von	204.542,73	274.550,30

Rücklagebestände

Bezeichnung	Stand 31.12.2006 €	Zugang €	Abgang €	Stand 31.12.2007 €
Allgemeine Rücklage	1.030.637,93	0,00	0,00	1.030.637,93
Termingeldkonto				
Rücklage Einstauschäden	22.534,97	0,00	22.534,97	0,00
Termingeldkonto				
Insgesamt	1.053.172,90	0,00	22.534,97	1.030.637,93

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 5 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Kreditaufnahmen:

Die Aufnahme von Krediten war in der Haushaltssatzung nicht vorgesehen. Der Höchstbetrag von 100.000,00 € der Kassenkredite gem. § 4 der Haushaltssatzung wurde ebenso nicht in Anspruch genommen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Gewässerunterhaltung, Hochwasserschutz

Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV)

Hanauer Str. 9-13, 61169 Friedberg
 Tel.: 06031 / 82-0 - Fax: 06031 / 82-1306
 E-Mail: info@zov.de
 Internet: www.zov.de



Unternehmenszweck

Versorgung der Bevölkerung des Verbandsgebietes und benachbarter Gebiete mit Energie und Wasser und Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs; Förderung gemeinnütziger Bestrebungen des oberhessischen Raums.

Die Geschäftsfelder des ZOV

Der ZOV hat sich zum Ziel gesetzt, Aufgaben der Wasserversorgung sowie der Abwasserbeseitigung aus kommunaler Hand zu übernehmen. Hierzu wurde ein gleichermaßen anspruchsvolles wie verantwortungsvolles Contracting-Modell entwickelt.

Sehr umfangreich sind die Bemühungen des ZOV auch auf dem Gebiet des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).

Durch eine Bündelung von Interessen und Maßnahmen ist es gelungen, den Bus- und Schienenverkehr in der Region weitgehend zu optimieren; zum Nutzen der Bürger und Kunden, die auch in Zukunft vom Angebot eines umfangreichen und bezahlbaren Nahverkehrsangebotes profitieren sollen. Die administrative Betreuung auf dem Sektor der öffentlichen Nahverkehrsplanung wird im Verbandsgebiet durch den ZOV gewährleistet. Es werden verkehrspolitische Grundsatzentscheidungen vorbereitet und wichtige Weichenstellungen für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vorgenommen. Die praktische Durchführung des öffentlichen Nahverkehrs wird durch die Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO) organisiert.

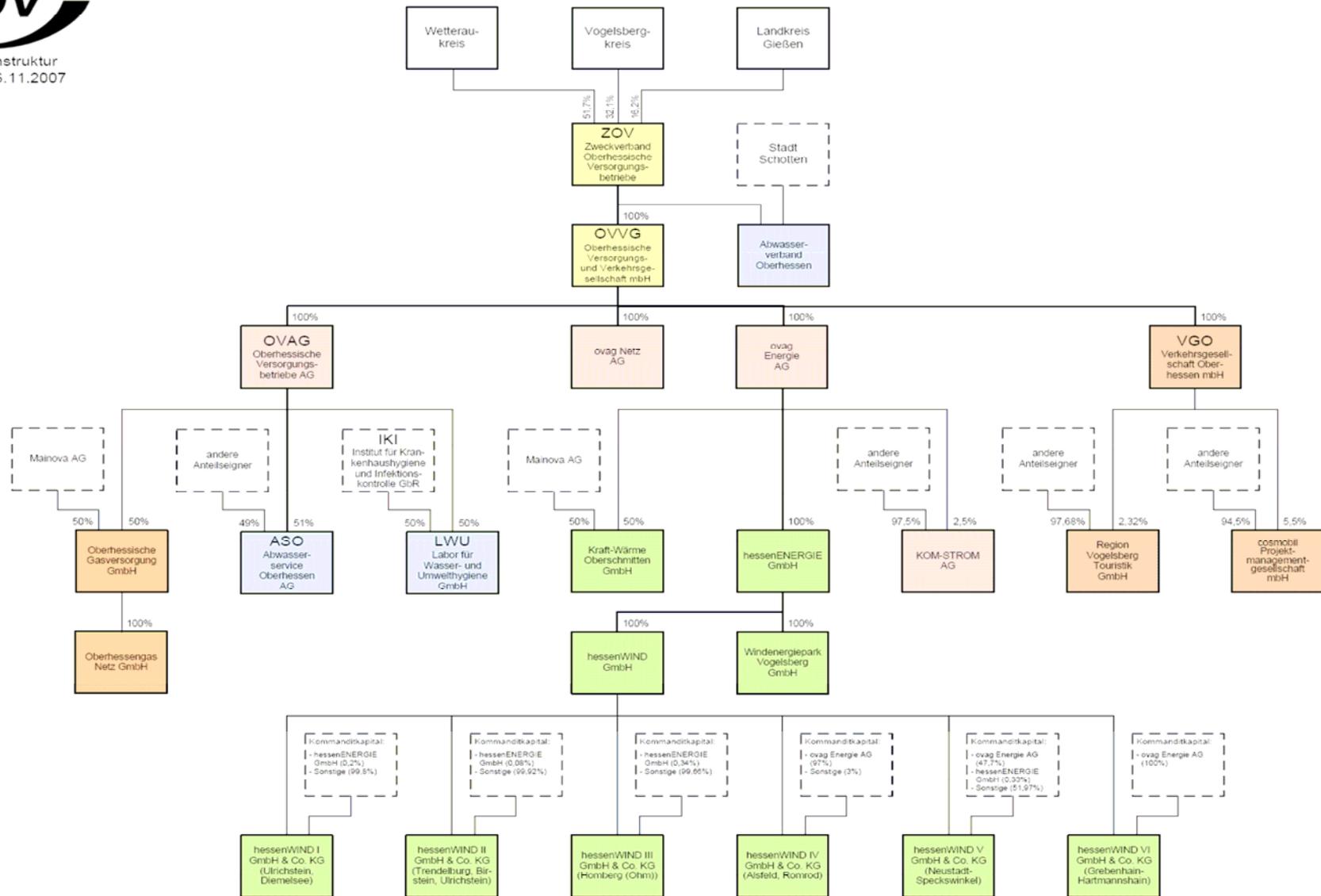
Nach wie vor steht die Umsetzung des regionalen Nahverkehrskonzeptes dabei in der Trägerschaft der OVVG (Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH).

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Ver- und Entsorgung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

<i>Beteiligung seit:</i>	1972
<i>Anteile in %:</i>	32,1 %
<i>§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:</i>	Ver- und Entsorgung



Verbandsgebiet und Mitglieder

Im ZOV, einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft mit Sitz in Friedberg (Hessen), haben sich die nachfolgend genannten Mitglieder zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben der Daseinsvorsorge zusammengeschlossen:

Landkreis Gießen



Vogelsbergkreis



Wetteraukreis



Die Vermögens- und Stimmanteile verteilen sich wie folgt:

Landkreis	Vermögensanteile	Stimmenverteilung
Landkreis Gießen	16,2 %	8 Stimmen
Vogelsbergkreis	32,1 %	16 Stimmen
Wetteraukreis	51,7 %	20 Stimmen
Gesamt	100,0 %	44 Stimmen

Verbandsvorstand:

Silvia Lübbers
Ludwig Seiboldt
Siegfried Fricke

Rudolf Marx - Verbandsvorsitzender
Prof. Dr. M. Göldenboth
Hans-Jürgen Herbst

Wolfgang Schleiter

Diethardt Stamm
Bernfried Wieland
Karl-Heinz Schneider - stv. Verbandsvors.
Rolf Gnadl
Ekkehard Kehm

Verbandsversammlung:

Dr. Christiane Schmahl
Siegbert Damaschke
Heinz Schäfer
Claus Spandau
Jochen Kilp
Hans-Eberhard Hoffmann
Hans-Jürgen Becker
Manfred Weber
Dr. Udo Ornik
Johannes Averdung
Hartmut Hansel
Hans Heuser - stv. Vors.
Ulrich Künz
Michael Refflinghaus
Hans-Jürgen Schäfer

Kurt Wiegel
Manfred Dickert
Friedel Kopp - stv. Vors.
Swen Bastian
Manfred Görig
Elisabeth Hillebrand
Margret Jöckel
Rudolf Marek - stv. Vors.
Matthias Weitzel
Rainer Michel
Rosa Maria Bey - Vors.
Erhard Buß
Konrad Dörner
Walter Pöllmann
Guido Rahn

Manfred Reitz-Rühl
Karl-Peter Schäfer
Almut Wilser
Klaus Fischer
Wolfgang Patzak
Günter Bögelein
Rudolf Eimer
Joachim Arnold
Gerhard Becker
Eleonore Dietz
Kristina Paulenz
Dr. Wiltrud Risch-Laasch
Gerhard Weber
Georg Wegner

Ausschüsse der Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung hat zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse und zur fachlichen Unterstützung ihrer Parlamentsarbeit folgende Ausschüsse gebildet:

Hauptausschuss	Verkehrsausschuss	Umweltausschuss
Kristina Paulenz - Vors.	Rudolf Marek - Vors.	Claus Spandau - Vors.
Gerhard Becker	Johannes Averdung	Erhard Buß
Hans-Jürgen Becker	Swen Bastian	Eleonore Dietz
Manfred Dickert	Günter Bögelein	Rudolf Eimer
Konrad Dörner	Manfred Dickert	Elisabeth Hillebrand
Friedel Kopp	Rainer Michel	Margret Jöckel
Dr. Udo Ornik	Walter Pöllmann	Jochen Kilp
Manfred Reitz-Rühl	Guido Rahn	Dr. Christiane Schmahl
Hans Jürgen Schäfer	Heinz Schäfer	Gerhard Weber
Heinz Schäfer	Manfred Weber	Kurt Wiegel
Matthias Weitzel	Georg Wegner	Almut Wilser

Geschäftsführung: Rainer Schwarz, Dipl.-Finanzwirt, Vorsitzender
Hans-Ulrich Lipphardt, Jurist

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Zweckverband
Gründungsdatum: 1972
Satzung: 16.12.1994 (letzte Änderung vom 15.12.2006)
Stammkapital: 133.911.686,55 €
Beteiligungen: Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OVVG) 100 %

Bilanz des Unternehmens
AKTIVA

	2007 €	2006 €
A. Anlagevermögen		
I. Immat. Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	761.195,00	601.465,00
II. Sachanlagen		
1. Technische Anlagen und Maschinen	31.306.746,00	30.798.854,00
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	42.123,00	48.878,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.274.079,85	1.086.666,68
	32.622.948,85	31.934.398,68
III. Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	133.418.531,87	133.418.531,87
	166.802.675,72	165.954.395,55
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	521.419,89	1.038.796,60
2. Sonstige Vermögensgegenstände	34.963,35	20.884,82
	556.383,24	1.059.681,42
II. Schecks, Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	320.171,79	1.864.193,02
	876.555,03	2.923.874,44
C. Rechnungsabgrenzungsposten	32.119,44	33.425,10
	167.711.350,19	168.911.695,09

PASSIVA

	2007 €	2006 €
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	133.911.686,55	133.911.686,55
II. Zweckgebundene Rücklagen	1.266.047,55	979.138,30
III. Gewinn		2.856.432,31
Gewinn des Vorjahres	2.856.432,31	1.377.190,90
Verw. f. Einstellung in Rücklagen	-286.909,25	-473.362,13
Verw. f. Abführung an d. HH d. Gemeinde (Vorabauschüttung)	-6.263.724,54	-5.475.553,37
Jahresgewinn	5.529.050,34	7.428.156,91
	1.834.848,86	2.856.432,31
	137.012.582,96	137.747.257,16
B. Sonderposten für Investitions- zuschüsse	5.853.039,00	6.019.743,00
C. Empfangene Ertragszuschüsse	4.762.201,00	4.628.135,00
D. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	32.683,98	38.876,00
2. Sonstige Rückstellungen	173.628,69	133.889,13
	206.312,67	172.765,13
E. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.790.224,11	3.189.596,60
2. Erhaltene Anzahlungen	62.905,88	7.883,55
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	467.147,07	720.103,29
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	123.564,11	103.005,06
5. Sonstige Verbindlichkeiten	15.383.020,56	16.248.206,30
	19.826.861,73	20.268.794,80
F. Rechnungsabgrenzungsposten	50.352,83	75.000,00
	167.711.350,19	168.911.695,09

Gewinn- und Verlustrechnung

	2007	2006
	€	€
1. Umsatzerlöse	4.797.343,08	4.851.830,77
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>310.478,08</u>	<u>298.106,77</u>
	5.107.821,16	5.149.937,54
3. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	75.370,69	70.329,40
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>2.803.246,96</u>	<u>2.813.602,78</u>
	2.878.617,65	2.883.932,18
4. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	415.964,85	371.753,59
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	95.391,41	100.237,19
	<u>511.356,26</u>	<u>471.990,78</u>
5. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	870.708,61	828.117,38
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>373.901,68</u>	<u>363.825,07</u>
	473.236,96	602.072,13
7. Erträge aus Beteiligungen	5.885.330,49	7.705.383,94
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	39.558,08	52.153,35
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>867.175,19</u>	<u>929.176,51</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.530.950,34	7.430.432,91
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.136,00	2.276,00
12. Sonstige Steuern	<u>764,00</u>	<u>0,00</u>
13. Jahresgewinn	5.529.050,34	7.428.156,91
Nachrichtlich		
Verwendung des Jahresgewinns		
a) zur Einstellung in Rücklagen	-286.909,25	-473.362,13
b) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Vorabausschüttung)	-6.263.724,54	-5.475.553,37
c) auf neue Rechnung vorzutragen	-1.021.583,45	1.479.241,41

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 9 (durchschnittlich)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresgewinn 5.529.05,34 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:</i>	Ausschüttung an die Verbandsmitglieder 6.263.724,54 € VBK = 2.190.062,15 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Ver- und Entsorgung

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Seit 1. Januar 2004 sind auf die Wirtschaftsführung des ZOV die Vorschriften über Eigenbetriebe sinngemäß anzuwenden. Damit ist der ZOV nach § 26 EigBGes verpflichtet, einen Lagebericht aufzustellen.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland erwies sich trotz gegenteiliger Erwartungen auf Grund der Erhöhung der Mehrwertsteuer als recht stabil. Getragen wurde dieses Wachstum im Wesentlichen vom Export. Wachstumsimpulse aus dem Inland kamen in erster Linie aus Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen, die um 8,4% zulegten. Ab dem zweiten Halbjahr trübten allerdings die Auswirkungen von Immobilien- und Finanzkrise in den USA, Ölpreisanstieg und Eurokursanstieg die Stimmung. Per Saldo wuchs das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 2,5% nach 2,9% im Vorjahr, kalenderbereinigt unter Berücksichtigung der im Vergleich zum Vorjahr fehlenden 1,6 Arbeitstage sogar um 2,6%. Der Staatssektor konnte trotz seines deutlich um 2,0% gestiegenen Beitrags zur Binnen- nachfrage einen ausgeglichenen Finanzierungssaldo ausweisen.

Die positive Entwicklung machte sich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Im Jahresdurchschnitt wurden 649.000 Erwerbstätige mehr als vor Jahresfrist gezählt, dementsprechend sank die Arbeitslosenquote der inländischen Erwerbspersonen auf 8,7 % nach 10,3 % im Vorjahr.

Die Konjkturumfrage der IHK Giessen-Friedberg stimmt zuversichtlich. Die konjunkturelle Situation in den Landkreisen Giessen, Vogelsberg und Wetterau hat sich insgesamt weiter verbessert. Insbesondere die Industrie konnte an die positive Entwicklung des Vorjahres anknüpfen. Die stärkste positive Entwicklung war wie in den Vorjahren im Landkreis Giessen, gefolgt vom Wetteraukreis und dem Vogelsbergkreis zu verzeichnen. Die Arbeitslosigkeit ging im Wetteraukreis und im Vogelsberg leicht zurück, was zur Tendenz passt, dass verstärkt offene Stellen in Betrieben zu verzeichnen sind.

Die Auswirkungen der dargestellten gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen auf den ZOV werden sich vor allem in den Kosten für die geplanten Baumassnahmen zeigen. Unter Berücksichtigung der Preissteigerung und der gestiegenen Nachfrage nach Ausrüstungsgütern ist hier mit steigenden Preisen zu rechnen.

Unternehmensentwicklung

Nachfolgend ist die Entwicklung der Sparten im ZOV kurz dargestellt:

Verwaltung:

Die Verwaltung des ZOV umfasst die Koordination der Verbandsorgane sowie die allgemeine Verwaltung. Bestimmende Größe für das Jahresergebnis des Verbandes war auch im Jahr 2007 die in der Sparte Vermögensverwaltung vereinnahmte Ausschüttung der OVVG von rund 5,9 Mio. €.

Verkehrsdezernat:

Die für das Jahr 2007 vorgesehene weitere Vergabe von sechs Linienbündeln im Wege der Ausschreibung konnte aufgrund geänderter steuer- und verkehrsrechtlicher Entscheidungen nicht durchgeführt werden. Aufgabe ist es nun, unter Berücksichtigung dieser Entscheidungen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass es im Rahmen des sog. „Genehmigungswettbewerbes“ zu Vereinbarungen kommt, die die Vorgaben des Aufgabenträgers erfüllen.

Die Arbeiten und Anhörungen im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplans wurden 2007 fortgeführt, so dass in 2008 mit der Fertigstellung und den Beschlüssen zu rechnen ist.

Frischwasser und Abwasser

Gemeinde Hirzenhain:

Seit 1. Juli 2004 ist der ZOV für die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung in der Gemeinde Hirzenhain zuständig. Die Gebühr beträgt seit 1. Januar 2007 5,00 € je cbm Frischwasserverbrauch, für Trinkwasser beträgt die Gebühr 1,80 € je cbm seit 1. Januar

2006. Die in der Folge der Baumaßnahmen gestiegenen Abschreibungen und Darlehenszinsen sowie Aufwendungen zur Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen aus der Eigenkontrollverordnung (EKVO) für TV-Befahrungen und die folgende Instandsetzung der dabei festgestellten Schäden waren ursächlich für die Anpassung der Gebühren.

Im Jahr 2007 konnten neben der Baumaßnahme in der Höhenstrasse noch Arbeiten am Kanal Am Schwimmbad ausgeführt werden und die Arbeiten in Schneiderweg und Bürgerstrasse konnten fortgeführt werden. Für das Jahr 2008 sind in Abstimmung mit der Gemeinde Hirzenhain keine neuen Baumaßnahmen geplant, lediglich begonnene Arbeiten werden beendet.

Stadt Nidda:

Zum 1. Juli 2005 hat der ZOV die Abwasserbeseitigung der Stadt Nidda nach langen Verhandlungen im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung bzw. per Kauf- und Übertragungsvertrag übernommen.

Die Benutzungsgebühren für den Bereich Abwasserbeseitigung Nidda konnte zum 1.1.2008 um 20 Cent auf 4,20 € gesenkt werden. Dies war möglich durch eine Überarbeitung des Investitionsplans für die nächsten Jahre in Abstimmung mit der Stadt Nidda.

In 2007 wurde neben vorbereitenden Planungen für künftige Baumaßnahmen wesentlich die Kanalsanierung in der Alois-Thums-Strasse in Nidda-Harb sowie in Nidda die Maßnahmen Hinter dem Erker und Weimerweg umgesetzt.

Nachdem die Planungsarbeiten im Jahr 2007 begonnen haben, können in 2007 die Sanierungsarbeiten im Schlangenweg und im Lohgraben durchgeführt werden und die Erschließung des Baugebiets Nidda-West kann begonnen werden.

Darstellung der Lage

Die Vermögens- Finanz- und Ertragslage des ZOV im Berichtsjahr ist als ausgeglichen zu bezeichnen. Als wichtigste Einflussgröße auf das Jahresergebnis erwies sich erneut die Ausschüttung der Oberhessischen Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OVVG).

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Mio. € auf 167,7 Mio. €. Das Anlagevermögen an Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen erhöhte sich von 31,9 Mio. € um 0,7 Mio. € auf 32,6 Mio. €. Der Anstieg der Bilanzsumme und des Anlagevermögens ist auf die Investitionstätigkeit, insbesondere im Abwasserbereich, zurückzuführen.

Der Ausweis der Finanzanlagen betrifft ausschließlich die Beteiligung an der OVVG und beträgt unverändert 133,4 Mio. €.

Der Bestand an Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen verminderte sich im Vergleich zum Vorjahr um 504 T€ auf 556 T€. Zurückzuführen ist dies im Wesentlichen auf die im Vorjahr hier noch ausgewiesene Forderungen an die Stadt Nidda, die Gemeinde Hirzenhain und den Abwasserverband Hungen aus der Weiterverrechnung von Baumaßnahmen.

Der Bestand an flüssigen Mitteln verminderte sich im Vergleich zum Vorjahr von 1.864 T€ auf 320 T€.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten blieb mit 32 T€ im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert.

Das Eigenkapital des ZOV verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 734 T€ auf 137.013 T€.

Die für Investitionen in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung gewährten Zuschüsse und Beiträge hatten zum Bilanzstichtag noch einen Restbuchwert von 10.615 T€. Der Zuführung von 133 T€ stand eine zeitanteilige Auflösung von 166 T€ in 2006 gegenüber.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betreffen ausschließlich den Anteil am ZVK Sanierungsgeld.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (128 T€), Resturlaubsansprüche (27 T€) sowie Kosten für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (16 T€).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 600 T€ auf 3.790 T€ erhöht.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stiegen um 437 T€ auf 1.157 T€ an. Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen in erster Linie die nicht auf den ZOV übertragenen Darlehen (14.321 T€). Für diese Darlehen wurde die Übernahme der Zins- und Tilgungsleistungen durch den ZOV mit den ursprünglichen Darlehensnehmern, der Stadt Nidda bzw. in einem Fall der Gemeinde Hirzenhain, vereinbart.

Zusammenfassende Darstellung		2007	2006
Bilanzsumme	Mio. €	167,71	168,91
Anlagevermögen	Mio. €	166,80	165,95
Umlaufvermögen	Mio. €	0,87	2,92
Eigenkapital	Mio. €	137,01	137,75
Deckungsgrad des Anlagevermögens	%	82,14	83,00
Eigenkapitalquote (Grad der finanziellen Unabhängigkeit)	%	81,70	81,55

Ertragslage

Umsatzerlöse	2007		2006
	Menge cbm	Erlöse €	Erlöse €
Wasserversorgung Hirzenhain	118.919	227.593	236.799
Abwasserbeseitigung Hirzenhain	114.580	668.248	655.924
Abwasserbeseitigung Nidda	767.901	3.846.656	3.616.179
Sonstige Umsatzerlöse		54.846	342.929
Summe		4.797.343	4.851.831

Die Entwicklung der Umsatzerlöse im Ver- und Entsorgungsgebiet der Gemeinde Hirzenhain sowie im Entsorgungsgebiet der Stadt Nidda ist innerhalb der Parameter wie Witterung und Veränderung der Einwohnerzahlen anzusiedeln. Unter den sonstigen Umsatzerlösen sind im Wesentlichen Erstattungen für Arbeiten an Hausanschlüssen ausgewiesen. Die sonstigen Erträge resultieren vor allem aus der erfolgswirksamen Auflösung der Zuschüsse und Anschlussbeiträge für Wasser- und Abwasseranlagen.

Neben den Aufwendungen für die Instandhaltung der Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen sind unter dem Materialaufwand von 2.879 T€ auch Aufwendungen des Verkehrsdezernats und der allgemeinen Verwaltung des ZOV erfasst. Wesentlich bestimmt wird diese Position durch die Umlagen der Abwasserverbände Oberhessen und Oberes Niddertal von 1.929 T€.

Der Personalaufwand umfasst das Personal des ZOV-Verkehrsdezernats sowie die von Hirzenhain und Nidda übernommenen Mitarbeiter. Der Personalaufwand betrug im Berichtsjahr 511 T€.

Die Abschreibungen betreffen die planmäßigen Abschreibungen des Anlagevermögens der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und des Verkehrsdezernats. Sie betragen im Wirtschaftsjahr 2007 870 T€.

Unter der Position „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ von 374 T€ sind im Wesentlichen Verwaltungsaufwendungen des ZOV und Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder der Gremien des ZOV ausgewiesen.

Die „Erträge aus Beteiligungen“ betreffen die Ausschüttung der OVVG an den ZOV in Höhe von 5.885 T€.

Der ausgewiesene Bilanzgewinn soll vorbehaltlich eines noch ausstehenden Beschlusses der Verbandsversammlung auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die „Zweckgebundenen Rücklagen“ wurden bereits um 287 T€ aufgestockt.

Beitrag der Sparten zum Gesamtergebnis		2007	2006
Allgemeine Verwaltung	T€	-106,9	-174,4
Vermögensverwaltung	T€	+5.885,3	+7.736,8
Verkehrsdezernat	T€	-536,3	-489,8
Trinkwasserversorgung	T€	-85,8	-58,8
Abwasserentsorgung	T€	+372,8	+414,4
Jahresgewinn/-verlust ZOV	T€	+5.529,1	+7.428,2

Zusammenfassende Darstellung		2007	2006
Umsatzerlöse	T€	4.797,3	4.851,8
Betriebsergebnis	T€	473,2	602,1
Finanzergebnis	T€	5.057,7	6.828,4
davon Beteiligungserträge 5.885 T€			
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	T€	1,1	2,3
Jahresgewinn/-verlust ZOV	T€	5.529,1	7.428,2

Personal

Durch die Einrichtung des Verkehrsdezernats und durch die Übernahme von Aufgaben im Bereich Wasser und Abwasser verfügt der ZOV seit 2004 über eigenes Personal. Am 31. Dezember 2007 waren im Bereich ZOV-Verkehrsdezernat 7 Personen, im Bereich Wasser/Abwasser Allgemein 1 Person und im Bereich Abwasser Nidda 1 Person beschäftigt. Insgesamt betrug der Personalaufwand 511 T€. Der Anstieg ergibt sich aus der Bildung einer Rückstellung für Altersteilzeit.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres

Infolge eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig vom 19. Oktober 2006 verlagert sich die Durchführung von Ausschreibungen im Verkehrsbereich ab 2008 vom Verkehrsdezernat des ZOV zur Verkehrsgesellschaft Oberhessen (VGO). Im Zuge einer Reorganisation wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verkehrsdezernats des ZOV in die VGO eingegliedert.

Ausblick:

Die Entwicklung der von den Kommunen auf den ZOV übertragenen Aufgabengebiete bestätigt bisher die Zielsetzung des ZOV-Modells, durch Bildung von größeren Einheiten Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung effizient anbieten zu können.

Im Bereich der Gemeinde Hirzenhain und der Stadt Nidda werden auch in den kommenden Jahren zahlreiche Baumaßnahmen umgesetzt. Neben den anstehenden Sanierungsarbeiten zur Erfüllung der Vorgaben der Eigenkontrollverordnung (EKVO) werden in Absprache mit der Gemeinde Hirzenhain und der Stadt Nidda Baugebiete erschlossen und Anlagen ausgetauscht. Im Jahr 2008 wird der Schwerpunkt der Arbeiten voraussichtlich im Kanalbau „Am Schlangenweg“ in Nidda sowie in der Erschließung des Baugebietes „Nidda West“ liegen. In Abstimmung mit der Straßenbauverwaltung ist die Sanierung der Ortsdurchfahrt von Glashütten (Gemeinde Hirzenhain) für die nächsten Jahre geplant.

In den Sparten Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung werden auch in den Folgejahren, entsprechend der Kalkulation der Benutzungsgebühren nach dem Kostendeckungsprinzip, ausgeglichene Ergebnisse erzielt werden.

Mit Auslaufen bestehender Konzessionen stehen insgesamt sechs Linienbündel in 2008 zur Vergabe an. Es zeichnet sich ein Genehmigungswettbewerb ab, so dass es voraussichtlich zu keiner gemeinwirtschaftlichen Ausschreibung des Aufgabenträgers kommen wird.

Im Wirtschaftsplan 2008 des ZOV sind für Investitionen aller Sparten insgesamt 970 T€ veranschlagt.

Risikobericht

Der ZOV ist in seiner Tätigkeit neben dem zunehmenden Wettbewerb, unkalkulierbaren politischen Motiven, und dem sich ändernden Rechtsrahmen einer Vielzahl weiterer Risiken ausgesetzt.

Bislang hat der ZOV kein umfassendes Risikomanagementsystem implementiert.

Den Fortbestand des Unternehmens gefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Das ZOV-Verkehrsdezernat führt die ihm durch das Hessische ÖPNV-Gesetz zugeordneten Aufgaben durch. Die hierbei entstehenden Kosten durch erforderliche Personal- und Sachaufwendungen können sich künftig aufgrund von punktuellen Aufgabenverlagerungen reduzieren.

Die Betriebszweige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind durch den jeweils in der Satzung festgeschriebenen Anschluss- und Benutzungszwang derzeit keinen direkten Marktrisiken ausgesetzt.

In allen Betriebszweigen entstehen Risiken durch eingesetzte Technik und Personal sowie höhere Gewalt wie z.B. Wettereinflüsse. Diesen wird begegnet durch die permanente Aus-

und Weiterbildung des Personals sowie hohe Sicherheitsstandards und permanente Prüf-, Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten. In wirtschaftlich sinnvollem Rahmen werden die Betriebsrisiken durch Versicherungen begrenzt.

Durch den Betrieb der IT zur Unterstützung der Geschäftsprozesse entstehen weitere Risiken. Diesen wird durch betriebsinterne Sicherheitsmaßnahmen und den Einsatz aktueller Software sowie durch entsprechende Schulungen des Personals entgegengewirkt. Wegen des Kapitaleinsatzes und der langfristigen Kapitalbindung sind Investitionsprojekte mit Chancen und Risiken verbunden. Vorbereitung und Umsetzung solcher Projekte folgen daher einem internen Genehmigungsprozess.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

In seinen Geschäftsfeldern ist der ZOV speziellen Risiken ausgesetzt.

Vorgaben des Gesetzgebers zur Kontrolle und Sanierung der Kanalnetze im Rahmen der EKVO bedeuten auch über die derzeit laufenden Maßnahmen hinaus für die Zukunft erheblichen Mittelbedarf für die Sanierung.

Nach den beiden erfolgreich verlaufenden Projekten Hirzenhain und Nidda in den Bereichen Wasser und Abwasser ergibt sich nun die Möglichkeit, mit weiteren Kommunen in aussichtsreiche Gespräche zu treten und diese Bereiche in Zukunft stärker auszubauen. Vor dem Hintergrund nach wie vor knapper kommunaler Finanzen sind die Kooperationsangebote des ZOV für Kommunen sicher sehr interessant. Nach der Etablierung des ZOV als Partner der Kommunen sehen wir hier die Möglichkeit zum Wachstum in neue Geschäftsfelder.

Nach wie vor ist der ÖPNV-Markt mit Unsicherheiten verbunden, was die Entwicklung der Kosten- und Einnahmen- bzw. Zuwendungsseite betrifft. Bei der Entwicklung von Fahrplanangeboten wird auf eine wirtschaftliche Verkehrsgestaltung geachtet.

Angesichts der im letzten Jahr geführten politischen Diskussionen um Themen wie den Fortbestand des steuerlichen Querverbunds, die Ausschreibung von Verkehrsleistungen und zunehmenden Dirigismus im Energiesektor ergeben sich für die Zukunft des ZOV nach wie vor zahlreiche offene Fragen. Abhängig von den Ergebnissen der aktuellen Diskussionen und deren Umsetzung können wesentliche Auswirkungen auf das Ergebnis des ZOV-Konzerns und die Ausschüttung an die Anteilseigner entstehen.

Gas- und Wasserversorgung Osthessen GmbH

Rangstr. 10, 36043 Fulda
Tel.: 0661 / 299-0 - Fax: 0661 / 299-119
E-Mail: post@gwv-fulda.de
Internet: www.gwv-osthessen.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung kommunaler, industrieller und privater Abnehmer im osthessischen Raum, insbesondere im Gebiet des Landkreises Fulda, des Vogelsbergkreises, des Main-Kinzig-Kreises, mit Ausnahme der Stadt Fulda und der Gemeinden westlich der Gemeinde Steinau, mit Gas, Wasser sowie die Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung der hierfür erforderlichen Anlagen. Das Unternehmen kann auch Gasgeräte vertreiben sowie Gas jeder Art kaufen und verkaufen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die unmittelbar oder mittelbar dem Gegenstand des Unternehmens dienen, ihn fördern oder wirtschaftlich berühren. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben, pachten oder verpachten sowie Interessengemeinschafts- und Unternehmensverträge schließen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Versorgung der Region mit Gas/Wasser

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 11/1966

Anteile in %: 6,20 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Versorgung der Region mit Gas/Wasser

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Dr. Wolfgang Dippel - Vorsitzender
Dipl.-Ing. Günter Bury - stellv. Vorsitzender
Günter Frenz
Reiner Görg

Rudolf Marx
Bernd Woide
Dipl.-Kfm. Ralf Stefan Stöppler

Geschäftsführung: Dr. Peter Szepanek

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	GmbH
<i>Gründungsdatum:</i>	18.01.1967
<i>Gesellschaftsvertrag:</i>	10.11.1996, letzte Änderung 19.06.2000
<i>Handelsregister:</i>	Fulda, HRB 84
<i>Stammkapital:</i>	7.420.000 €
<i>Beteiligungen:</i>	keine

Gesellschafter:

Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH	Überlandwerk Fulda AG
Vogelsbergkreis	Landkreis Fulda
Stadt Alsfeld	Stadtwerke Lauterbach GmbH
Stadt Schlüchtern	Gemeinde Neuhof
Stadt Steinau an der Straße	Gemeinde Großenlüder
Mainz-Kinzig-Kreis	Gemeinde Bad Salzschlirf
Gemeinde Eichenzell	

Stammeinlagen:

	€	in %
Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH	2.730.000,00	36,79
Überlandwerk Fulda AG	2.730.000,00	36,79
Vogelsbergkreis	460.350,00	6,20
Landkreis Fulda	448.050,00	6,04
Stadt Alsfeld	204.600,00	2,76
Stadtwerke Lauterbach GmbH	179.050,00	2,41
Stadt Schlüchtern	158.950,00	2,14
Gemeinde Neuhof	127.900,00	1,72
Stadt Steinau	104.200,00	1,41
Gemeinde Großenlüder	88.300,00	1,19
Main-Kinzig-Kreis	68.900,00	0,93
Gemeinde Bad Salzschlirf	59.850,00	0,81
Gemeinde Eichenzell	59.850,00	0,81
	<u>7.420.000,00</u>	<u>100,00</u>

Bilanz des Unternehmens
AKTIVA

	2007	2006
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immat. Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	359.910,00	390.281,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	432.792,00	569.213,00
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	1.135.438,00	1.341.571,00
3. Verteilungsanlagen	20.101.412,00	18.906.237,00
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	41.540,00	53.726,00
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	86.157,00	120.216,00
	21.797.339,00	20.990.963,00
Summe Anlagevermögen	22.157.249,00	21.381.244,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.102.678,70	5.186.550,05
2. Forderungen gegen Gesellschafter	22.404,82	75.680,22
3. Sonstige Vermögensgegenstände	1.204.516,67	1.286.193,47
	7.329.600,19	6.548.423,74
II. Guthaben bei Kreditinstituten	2.567.128,99	1.551.344,84
Summe Umlaufvermögen	9.896.729,18	8.099.768,58
C. Rechnungsabgrenzungsposten	977,25	5.797,00
	32.054.955,43	29.486.609,58

PASSIVA

	2007	2006
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	7.420.000,00	7.420.000,00
II. Kapitalrücklage	2.347.906,68	2.347.906,68
III. Gewinnrücklagen	2.538.564,00	2.489.576,00
IV. Bilanzgewinn	1.636.653,33	1.905.890,51
Summe Eigenkapital	13.943.124,01	14.163.373,19
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	6.581.708,00	6.474.500,00
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	99.003,00	97.324,00
2. Steuerrückstellungen	0,00	49.232,00
3. Sonstige Rückstellungen	612.000,00	209.036,00
Summe Rückstellungen	711.003,00	355.592,00
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.441.176,00	1.000.000,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	84.762,25	48.455,98
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	5.232.545,59	4.870.751,33
4. Sonstige Verbindlichkeiten	3.060.636,58	2.574.137,08
Summe Verbindlichkeiten	10.819.120,42	8.493.344,39
	32.054.955,43	29.486.809,58

Gewinn- und Verlustrechnung

	2007 €	2006 €
1. Umsatzerlöse	36.181.254,07	40.865.905,56
2. Sonstige betriebliche Erträge	923.479,79	923.879,85
Gesamtleistung	37.104.733,86	41.789.785,41
3. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	28.635.213,02	33.180.236,42
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.561.245,13	1.422.444,04
Summe Materialaufwand	30.196.458,15	34.602.680,46
Rohergebnis	6.908.275,71	7.187.104,95
4. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	0,00	0,00
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	12.167,48	7.363,08
Summe Personalaufwand	12.167,48	7.363,08
5. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.561.299,00	2.423.879,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.692.307,69	2.627.330,30
Betriebsergebnis	1.642.501,54	2.128.532,57
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	63.707,38	10.716,78
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	130.652,44	72.277,50
Finanzergebnis	-66.945,06	-61.560,72
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.575.556,48	2.066.971,85
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	595.748,65	556.570,97
11. Sonstige Steuern	57,01	56,58
12. Jahresüberschuss	979.750,82	1.510.344,30
13. Einstellung in die satzungsmäßige Rücklage	48.988,00	75.517,00
14. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	705.890,51	471.063,21
15. Bilanzgewinn	1.636.653,33	1.905.890,51

Ausgewählte Kennzahlen

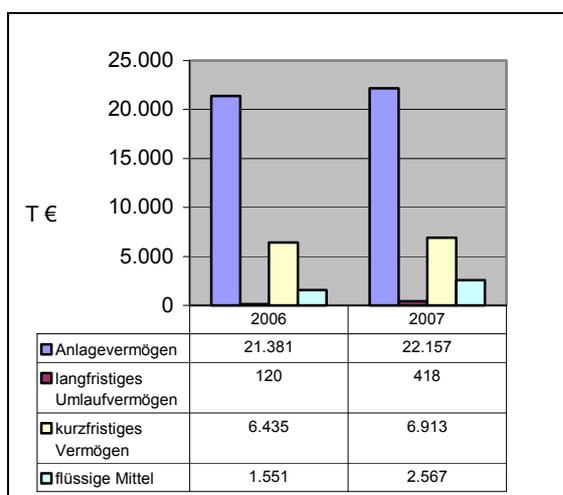
Anzahl der Mitarbeiter:

Von der Berichtsgesellschaft werden keine Arbeitnehmer beschäftigt.
Die Betriebsführung nimmt die Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH wahr.

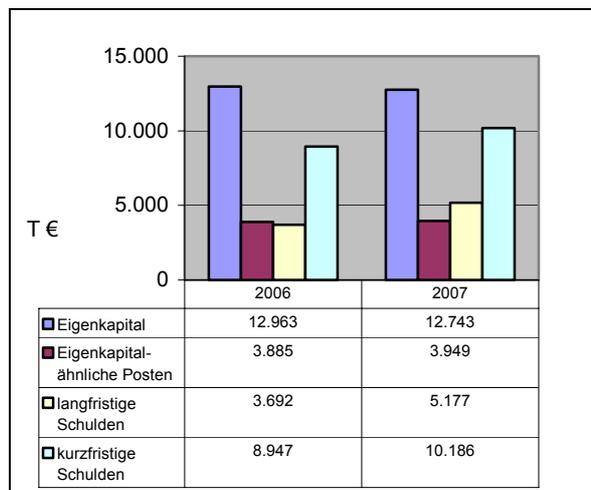
Größe der Gesellschaft:

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB.

Vermögensstruktur



Kapitalstruktur



Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Siehe Lagebericht

Ertragslage des Unternehmens:

Dividende	1.200.000,00 €
Anteil VBK 6,2 %	74.400,00 €
abzgl. Steuern =	62.668,39 €

Kreditaufnahmen:

keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:

keine

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft

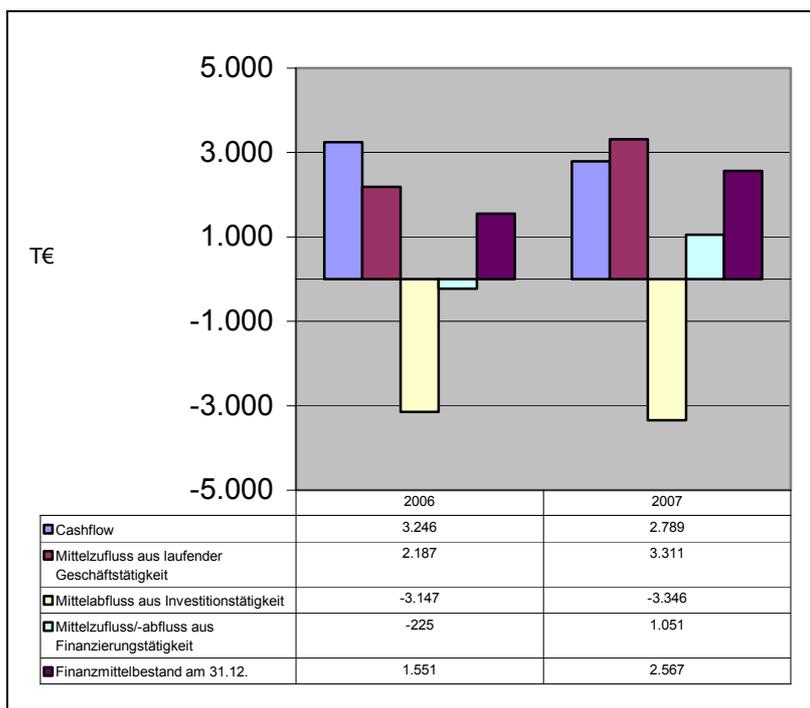
Stammeinlage 6,2 % = 460.350 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Die Gesellschaft dient der regionalen Versorgung mit Gas/Wasser.

Finanzlage des Unternehmens:



Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Wirtschaftliche Entwicklung

Das Geschäftsjahr 2007 war ein zufriedenstellendes Jahr. Das Jahresergebnis von 1,0 Mio. € entspricht im Wesentlichen der geplanten Entwicklung, die Veränderung von -35,1 % gegenüber dem Vorjahr ist unter anderem durch Einmaleffekte im Vorjahr begründet. Das Rohergebnis sank um 3,9 % auf 6,9 Mio. €. Gestiegene Kosten - insbesondere höhere Abschreibungen - führten zu einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 1,6 Mio. € (-23,8 %).

Die Wertschöpfung unseres Unternehmens lag bei 2,4 Mio. € (Vorjahr 2,8 Mio. €).

Gasversorgung

Unser Gashandel erzielte einen Gasabsatz von 1.033,3 Mio. kWh (-2,8 %). Der Mengenrückgang ist im Wesentlichen durch die ungewöhnlich milde Witterung der ersten vier Monate in 2007 verursacht. Der geringere Heizbedarf führte bei den Tarifkunden - trotz der erfolgreichen Akquisition von neuen Kunden - zu einem deutlichen Rückgang von 7,7 %. Der Absatz an Großkunden reduzierte sich um 1,5 %. Bei den internen Lieferungen an die Sparte Wärmeversorgung und Contracting konnten die witterungsbedingten Einbußen durch neue Anlagen überkompensiert werden (+13,8 %).

Die Absatzentwicklung an unseren öffentlichen Erdgastankstellen in Alsfeld und Lauterbach ist weiterhin sehr positiv. Insgesamt wurden an den Tankstellen 3,4 Mio. kWh verkauft, das sind 22,0 % mehr als im Vorjahr.

Die Umsatzerlöse aus dem Gasgeschäft sind mengenbedingt um 2,9 % auf 40,8 Mio. € gesunken. Die Preise der Tarifkunden wurden zum 01.04.2007 um 0,25 Cent/kWh gesenkt. Bei den Großkunden erfolgten die Preisanpassungen in der Regel quartalsweise.

Bei der Akquisition von neuen Erdgaskunden wurden - trotz der nach wie vor politisch angeheizten öffentlichen Energiepreisdiskussion und der deutlich rückläufigen Tätigkeit im Wohnungsbausektor - wiederum Zuwächse erzielt, die sich auf durchschnittlichem Niveau bewegen. Unter anderem zeigt die erfolgreiche Neukundengewinnung, dass wir marktgerechte Preise bieten.

Mit der Neuerschließung der Stadt Gersfeld (Rhön) wurde 2007 begonnen; der Konzessionsvertrag mit der Stadt wurde Ende 2006 abgeschlossen. Außerdem wurden mit den bestehenden Konzessionsgemeinden Eichenzell und Großenlüder in 2007 neue Konzessionsverträge abgeschlossen.

Wasserversorgung

Seit 01.01.2004 führen wir den technischen Betrieb der Trinkwasseranlagen für die Stadt Gersfeld (Rhön) durch. Die in 2007 erbrachten Leistungen liegen projektbedingt 11,1 % unter dem Vorjahr.

Wärmeversorgung und Contracting

Das Geschäftsfeld konnte auch 2007 weiter ausgebaut werden. Der größte Anteil am gestiegenen Wärmeabsatz entfällt dabei auf eine bereits 2006 in Betrieb genommene Contracting-Anlage bei einem Großkunden. Insgesamt betrug der Wärmeabsatz 3.989 MWh_{therm} (+22,8 %). Beim Stromabsatz war ein Rückgang von 9,6 % auf 445 MWh_{elektr} zu verzeichnen. Die Umsatzerlöse stiegen um 14,8 % auf 0,6 Mio. €.

Für die Stromerzeugung setzen wir ein BHKW sowie eine Mikrogasturbine ein. Die Mikrogasturbine ist Teil der Energieversorgung in einem Keltereibetrieb. Es handelt sich hierbei um ein Pilotprojekt, das seit Herbst 2004 im Rahmen eines Demonstrationsvorhabens des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung durchgeführt wird.

Investitionen

Das Investitionsvolumen ist gegenüber dem Vorjahr um 6,3 % auf 3,3 Mio. € angestiegen. Der größte Teil der Investitionen floss in den weiteren Ausbau unserer Gasnetze. Davon entfielen auf eine Transportleitung zur Neuerschließung der Stadt Gersfeld (Rhön) 0,9 Mio. €, auf Ortsnetze 1,6 Mio. € und auf Hausanschlüsse 0,7 Mio. €. Die Investitionen konnten mit 76,5 % (Vorjahr 77,0 %) aus Abschreibungen finanziert werden.

Vermögens-, Kapital- und Finanzlage

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen ist von 72,5 % auf 69,1 % gesunken, während sich die Anlagendeckung mit langfristigem Kapital von 96,1 % auf 98,7 % verbesserte. Der Anstieg der flüssigen Mittel von 5,3 % auf 8,0 % korrespondiert mit gestiegenen Erstattungsansprüchen von Kunden infolge des witterungsbedingten Mengenrückgangs. Die Eigenkapitalquote liegt - unter Einbeziehung der eigenkapitalähnlichen Posten - bei 52,1 % (Vorjahr 57,2 %). Der Cashflow unseres Unternehmens betrug 2,8 Mio. € (Vorjahr

3,2 Mio. €). Die Abschreibungen stiegen um 0,1 Mio. € auf 2,6 Mio. €. Unser Finanzmittelbestand am Ende des Berichtsjahres umfasste 2,6 Mio. € (Vorjahr 1,6 Mio. €).

Risikofrüherkennung

Wir haben seit einigen Jahren ein systematisches Risikomanagement implementiert. Dementsprechend wurden das Risikohandbuch aktualisiert, bestehende Risiken überprüft und neue Risiken - insbesondere infolge des sich verschärfenden Wettbewerbs am Gasmarkt sowie durch die kommende Anreizregulierung - identifiziert. Die in der Riskmap dokumentierten Ergebnisse der Risikobewertung ergeben keine bestandsgefährdenden Risiken.

Das Risiko aus dem Einsatz von Finanzinstrumenten zur Absicherung von wichtigen Transaktionen begrenzen wir weitestgehend durch korrespondierende Vertragsgestaltung. Im Rahmen des weiteren Ausbaus des Risikomanagements liegt unser Augenmerk bei der verbesserten Risikosteuerung im Bereich des Gasbezugs.

Beim Betrieb der Gas- und Wasserversorgungsanlagen erfüllen wir die Anforderungen an die Qualifikation und Organisation des technischen Bereichs gemäß DVGW-Arbeitsblatt G1000 (Gas) und W1000 (Wasser). Das DVGW-Zertifikat zum „geprüften technischen Sicherheitsmanagement (TSM)“ wurde uns bereits 2002 erteilt. 2007 fand eine Wiederholungsprüfung statt. Die Überprüfung haben wir ohne Probleme erfolgreich bestanden, sodass uns das Zertifikat erneut erteilt wurde.

Ausblick, Chancen und Risiken:

Beim Gasabsatz sind wir witterungsbedingt wiederum relativ verhalten in das neue Jahr gestartet. Zwar stieg der Gasabsatz bis Ende Februar um 9,0 % gegenüber dem Vorjahr, er liegt damit aber noch unter einem witterungsmäßig „normalen“ Jahr. Insbesondere im Bereich der Tarifkunden blieb der Gasabsatz infolge der milden Temperaturen mit 10,0 % unter den Erwartungen. Im Bereich der Wärmeversorgung zeigt sich ein ähnliches Bild: Der Wärmeabsatz stieg zwar gegenüber dem Vorjahr um 5,1 %, zur Planung ergibt sich aber ein Minus von 13,8 %.

Unsere Gaseinkaufspreise sind vertraglich an die Entwicklungen beim Heizöl gebunden und folgen diesen zeitverzögert. Durch den starken Anstieg der Heizölpreise im zweiten Halbjahr 2007 war eine Preiserhöhung bei unseren Tarifkunden zum 01.03.2008 um 0,5 Cent/kWh unumgänglich.

Die Preisanpassungen bei unseren Großkunden erfolgen zu den vereinbarten Terminen, in der Regel quartalsweise. Infolge des weiterhin sehr hohen Ölpreisniveaus sind weitere Preiserhöhungen in 2008 zu befürchten.

Zur weiteren Umsetzung der Ziele des neuen Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) vom 13.07.2005 ist am 06.11.2007 die Anreizregulierungsverordnung (ARegV) in Kraft getreten. Außerdem hat die Bundesnetzagentur mit Beschluss vom 20.08.2007 die „Geschäftsprozesse Lieferantenwechsel Gas (GeLi Gas)“ festgelegt. Damit soll der Lieferantenwechsel erleichtert und effektiv abgewickelt werden können. Die neuen Prozesse sind ab 01.08.2008 anzuwenden. Zur Einführung der erforderlichen neuen Softwareprogramme hat eine Projektgruppe ihre Arbeit bereits aufgenommen. Mit der Anreizregulierungsverordnung wird ab 2009 die bisher kostenbasierte Genehmigung von Netzentgelten durch die

Vorgabe von Erlösberggrenzen ersetzt. Gleichzeitig sind weitere Rahmenbedingungen für das politisch geforderte Ziel zur Senkung der Netzentgelte in der Verordnung konkretisiert. Chancen und Risiken aus der Anreizregulierungsverordnung werden von uns intensiv analysiert und die erforderlichen Maßnahmen rechtzeitig vorbereitet. Die nach aktuellem Stand erkennbaren mittelfristigen Risiken für unseren wirtschaftlichen Erfolg halten wir für beherrschbar. Unsere derzeit gültigen Netzentgelte, die uns vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung als zuständige Regulierungsbehörde ab 01.10.2007 genehmigt wurden, können wir bis zum 31.12.2008 beibehalten.

Mit dem Markteintritt weiterer überregionaler Gasanbieter verstärkt sich auch im Bereich der Haushaltskunden der Gas-zu-Gas-Wettbewerb. Wir begegnen den mit der Marktöffnung verbundenen Risiken - insbesondere dem Verlust von Kunden - weiterhin mit günstigen und marktorientierten Verkaufspreisen, mit gutem Service, konsequenter Kundenorientierung und Beratungsleistungen zum effizienten Energieeinsatz. Um den Gasabsatz steigern zu können, werden wir unser Versorgungsnetz weiter ausbauen und neue Kunden - auch außerhalb unseres bisherigen Versorgungsgebietes - akquirieren. Hierzu bieten wir für den Ein-/Zweifamilienhausbereich unter dem Motto „Umsteigen lohnt sich“ das neue Förderprogramm „Erdgas-Brennwertheizung und Solar“ an. Weiterhin werden insbesondere Gewerbekunden über den ökologisch und wirtschaftlich sinnvollen Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung sowie von Erdgas als Treibstoff für Fahrzeuge informiert. Darüber hinaus unterstützen wir aktiv die Einführung von neuen Technologien. Mit Gasklimageräten auf Basis motorisch betriebener Wärmepumpen bzw. Absorptionswärmepumpen sowie mit Mikrogasturbinen und Mini-BHKWs bieten sich neue Chancen zur Erschließung von weiteren Absatzpotenzialen.

Die Erzeugung von Biogas, die Aufbereitung auf Erdgasqualität und die Einspeisung in das Erdgasnetz gilt allgemein in der Branche als zukunftssträchtiges Geschäftsfeld. Seit etwa einem Jahr beschäftigen wir uns auch mit diesen Themen. Eine Projektgruppe lotet Chancen und Risiken aus und prüft mögliche Projekte und Kooperationen in der Region.

Im Bereich der Wasserversorgung haben wir einen weiteren Betriebsführungsvertrag abgeschlossen. Wir werden ab 01.04.2008 die Betriebsführung für die Wassergewinnung, -aufbereitung und -speicherung für die Gemeinde Poppenhausen übernehmen. Darüber hinaus stehen nach wie vor viele Kommunen der Idee einer erweiterten Partnerschaft gegenüber. Da das Thema Wasserversorgung jedoch in Bevölkerung und Politik sehr stark emotional geprägt ist, können Veränderungen nur mittel- bis langfristig realisiert werden. Wir führen unsere Gespräche mit den Kommunen, die die Vorteile einer Partnerschaft erkannt haben, fort.

Im Contracting-Bereich bieten wir im Rahmen der Beratung von Industrie, Gewerbe und Kommunen die Erarbeitung von kundenindividuellen Energielösungen an. Und mit „relax-Wärme“ stellen wir ein „Rundum-Sorglos-Paket“ für den Heizungsbetrieb in Wohngebäuden zur Verfügung. Wir werden unsere Akquisitionsbemühungen unverändert fortsetzen.

Insgesamt gehen wir zuversichtlich in das Jahr 2008 und rechnen mit einem zufriedenstellenden Unternehmensergebnis.

Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis

Eselswörth 23, 36341 Lauterbach
Tel.: 06641 / 9671-0 - Fax: 06641 / 9671-20
E-Mail: info@zav-online.de
Internet: www.zav-online.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

Einsammeln und Befördern der Abfälle im Gebiet des Vogelsbergkreises (gemäß Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (HAKA) § 4 Absatz 3 bis 5.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Aufgabe lt. § 2 der Satzung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 01.08.1987

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Der ZAV ist auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung tätig, daher keine wirtschaftliche Betätigung gegeben.

Organe des Unternehmens

Verbandsversammlung: Johannes Averdung - Vorsitzender

Vorstand: Jürgen Adam - Vorsitzender

Geschäftsführung: Dr. Hansjörg Fuchs

Mitglieder: Vogelsbergkreis, 18 Städte und Gemeinden des Vogelsbergkreises (außer Wartenberg - erst ab 01.01.2008)

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	Körperschaft des öffentlichen Rechts
<i>Gründungsdatum:</i>	01.08.1987
<i>Satzung:</i>	13.03.1987, zuletzt geändert am 21.11.2007
<i>Handelsregister:</i>	kein Eintrag
<i>Stammkapital:</i>	kein Stammkapital
<i>Beteiligungen:</i>	Neue Energien Vogelsbergkreis GmbH AbfallEntsorgungGesellschaft Vogelsbergkreis mbH - AEGV

Hauswirtschaftliche Eckdaten:

Jahres-Sollabschluss

Bezeichnung	VWHH €	VMHH €	Insgesamt €
A. EINNAHME			
1. Soll-Einnahmen	9.917.671,06	1.249.923,04	11.167.594,10
2. + Neue Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00	0,00
3. Summe Ziffer 1. und 2.	9.917.671,06	1.249.923,04	11.167.594,10
4. ./ Abgänge bei den HHeinnahmeresten	0,00	0,00	0,00
5. ./ Abgänge bei den Kasseneinnahmeresten aus Vorjahren		0,00	0,00
6. Summe der bereinigten SOLL-EINNAHMEN	9.917.671,06	1.249.923,04	11.167.594,10
B. AUSGABE			
1. Soll-Ausgaben	9.917.671,06	1.249.923,04	11.167.594,10
2. + Neue Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00
3. Summe Ziffer 1. und 2.	9.917.671,06	1.249.923,04	11.167.594,10
4. ./ Abgänge bei den HHausgaberesten aus Vorjahren	0,00		0,00
5. ./ Abgänge bei den Kassenausgaberesten aus Vorjahren	0,00	0	0,00
6. Summe der bereinigten SOLL-AUSGABEN	9.917.671,06	1.249.923,04	11.167.594,10
C. ABSCHLUSS			
1. Bereinigte Soll-Einnahmen	9.917.671,06	1.249.923,04	11.167.594,10
2. Bereinigte Soll-Ausgaben	9.917.671,06	1.249.923,04	11.167.594,10
3. Etwaiger Unterschied Soll-Einnahmen ./ Soll-Ausgaben (Fehlbetrag = [-])	0,00	0,00	0,00

Gesamt-Rechnungsabschluss des Verwaltungs- und des Vermögenshaushalts

Bezeichnung	VWHH €	VMHH €	VG €	VS €	Gesamtbetrag €
IST-Einnahmen	9.834.468,76	1.249.923,04	7.367.072,14	9.920.000,00	28.371.463,94
IST-Ausgaben	9.983.388,16	1.249.923,04	1.873.700,00	10.670.250,00	23.777.261,20
IST-Mehreinnahmen		0,00	5.493.372,14		5.493.372,14
- Mehrausgaben = (-)	-148.919,40			-750.250,00	-899.169,40
Kasseneinnahmereste	148.960,83	0,00	0,00	0,00	148.960,83
Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Summe:</i>	41,43	0,00	5.493.372,14	-750.250,00	4.743.163,57
./. Kasseinausgabereste	41,43	0,00	0,00	0,00	41,43
./. Alte Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
./. Neue Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Summe:</i>	41,43	0,00	0,00	0,00	41,43
Ausgleich / Fehlbetrag = (-)	0,00	0,00	5.493.372,14	-750.250,00	4.743.122,14

Vermögen

Bezeichnung der Vermögensart	Stand 01.01. €	Zugang €	Abgang €	Stand 31.12. €
VERMÖGEN NACH § 37 Abs. 1 GemHVO				
<u>1. Forderungen des Anlagevermögens</u>				
<u>1.1 Beteiligungen</u>				
Neue Energie Vogelsbergkreis GmbH	25.000,00	0,00	0,00	25.000,00
AEGV	47.601,27	0,00	0,00	47.601,27
	72.601,27	0,00	0,00	72.601,27
<u>1.2 Forderungen aus Darlehen</u>				
Forderung aus Darlehen an AEGV	517.550,26	0,00	129.387,56	388.162,70
AEGV	53.062,18	0,00	0,00	53.062,18
	570.612,44	0,00	129.387,56	441.224,88
<u>1. Forderungen des Anlagevermögens</u>				
1.1 Beteiligungen	72.601,27	0,00	0,00	72.601,27
1.2 Forderungen aus Darlehen	570.612,44	0,00	129.387,56	441.224,88
	643.213,71	0,00	129.387,56	513.826,15
Übersicht über die Rücklagen	6.612.178,03	0,00	1.120.535,48	5.491.642,55
Versorgungsrücklage (freiwillig)	262.609,00	0,00	23.940,65	238.668,35
Versorgungsrücklage (gesetzlich)	1.818,50	569,50	0,00	2.388,00

NEUE ARBEIT Vogelsberg gGmbH

- Kirchlich-kommunale Gesellschaft
für berufliche Integration -

Altenburger Str. 40, 36304 Alsfeld
Tel.: 06631 / 9641-0 - Fax: 06631 / 9641-41
E-Mail: info@neue-arbeit-vb.de
Internet: www.neue-arbeit-vb.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

Die qualifizierte Beschäftigung sowie die berufliche und persönliche Aus-, Fort- und Weiterbildung mit dem Ziel der Eingliederung bzw. Wiedereingliederung ins Erwerbsleben von Langzeitarbeitslosen, Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung und sonstigen schwer vermittelbaren Arbeitslosen, insbesondere Empfängern von Sozial- und Jugendhilfe im Vogelsbergkreis.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Zweck der Gesellschaft ist die allgemeine und berufsbezogene Volksbildung sowie die Wohlfahrtspflege für die genannten Personen mit dem Ziel, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ihnen die Sicherung ihrer Existenz aus eigener Kraft möglich wird. Die Gesellschaft wird damit in praktischer Ausübung christlicher Nächstenliebe im Sinne der Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der evangelischen Kirche tätig.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1999

Anteile in %: 40 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, mildtätige und kirchliche Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Landrat Rudolf Marx - Vorsitzender

Otto Bäuscher - Geschäftsführer

Inge Herchenröder - Architektin

Magdalena Pitzer - Kreisbeigeordneter

Dr. Manfred Vogel

Geschäftsführung: Pfarrer Christoph Geist

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: gGmbH

Gründungsdatum: 26.01.1999

Gesellschaftsvertrag: 26.01.1999

Handelsregister: Gießen, HRB 5161

Stammkapital: 127.822,97 €

Beteiligungen: Neue Dienste Vogelsberg NDV GmbH, Alsfeld - 100 %

Gesellschafter und Stammeinlagen:

	€	in %
Vogelsbergkreis, Lauterbach	51.129,18	40
VAU Verbund für Ausbildung und Umwelt e.V., Alsfeld	25.564,59	20
Dekanat Alsfeld	12.782,30	10
Dekanat Homberg/Ohm	12.782,30	10
Dekanat Vogelsberg	12.782,30	10
Dekanat Schotten	12.782,30	10
	<u>127.822,97</u>	<u>100,0</u>

Bilanz des Unternehmens
AKTIVA

	2007 €	2006 €
A. Anlagevermögen		
I. Immat. Vermögensgegenstände	1.526,57	478,57
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke mit Betriebsbauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	915.440,00	932.333,00
2. Technische Anlagen	31.418,00	0,00
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	85.901,73	90.904,21
	1.032.759,73	1.023.237,21
III. Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	50.000,00	50.000,00
	1.084.286,30	1.073.715,78
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	232.863,77	285.046,78
2. Forderungen gegen Gesellschafter	332.711,08	332.711,08
3. Sonstige Vermögensgegenstände	101.344,02	25.838,95
	666.918,87	643.596,81
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	167.006,95	134.262,98
	833.925,82	777.859,79
C. Rechnungsabgrenzungsposten	693,07	106,58
	1.918.905,19	1.851.682,15

PASSIVA

	2007 €	2006 €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	127.822,97	127.822,97
II. Gewinnrücklagen	148.247,87	148.247,87
III. Verlustvortrag	180.356,71	63.204,90
IV. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	51.305,40	-117.151,81
	147.019,53	95.714,13
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	335.087,51	117.341,14
C. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	293.797,65	371.315,53
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Darlehensgebern	1.079.390,28	1.147.606,80
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.600,82	17.382,00
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	8.178,31	58.112,54
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0,00	2.763,31
5. Sonstige Verbindlichkeiten	50.831,09	41.416,70
	1.143.000,50	1.267.281,35
	1.918.905,19	1.851.682,15

Gewinn- und Verlustrechnung

	2007 €	2006 €
1. Umsatzerlöse	718.020,57	636.504,10
2. Betriebskostenzuschüsse	1.516.563,88	1.493.285,16
3. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	10.903,63	4.248,86
4. Sonstige betriebliche Erträge	455.827,10	331.634,48
	2.701.315,18	2.465.672,60
5. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	264.147,88	254.336,94
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0,00	6.266,00
	264.147,88	260.602,94
	2.437.167,30	2.205.069,66
6. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	1.227.545,35	1.320.531,36
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	290.420,43	322.040,67
	1.517.965,78	1.642.572,03
7. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	63.750,61	56.505,21
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	791.974,73	613.403,15
	2.373.691,12	2.312.480,39
Zwischenergebnis	63.476,18	-107.410,73
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.739,24	1.266,37
10. Erträge aus Investitionszuschüssen	228.620,00	121.620,00
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9.882,73	6.030,00
12. Aufwendungen aus der Zuführung von Investitionszuschüssen zu Sonderposten	228.620,00	121.620,00
	-8.143,49	-4.763,63
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	55.332,69	-112.174,36
14. Sonstige Steuern	4.027,29	4.977,45
15. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	51.305,40	-117.151,81

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 72 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht

Ertragslage des Unternehmens: Jahresüberschuss 51.305,40 €

Kreditaufnahmen: keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft: keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

gemeinnützige GmbH auf dem Gebiet Bildungs- und Sozialwesen

Auszug aus dem Lagebericht

1. Geschäftsentwicklung

Trotz des durch die Neuverteilung des Bundes reduzierten Eingliederungstitels des Vogelsbergkreises gelang es, im Geschäftsjahr insgesamt positiv abzuschließen und einen guten Teil des Vorjahresdefizits auszugleichen. Das ist umso erstaunlicher, als wegen der Reduzierung des Eingliederungstitels bedeutend weniger Mittel für Entgeltmaßnahmen zur Verfügung standen und fast nur Arbeitsgelegenheiten durchgeführt werden konnten und außerdem die den Aufgaben entsprechenden Aufstockungen des Stammpersonals nicht oder nur verzögert und bis zum Jahresende noch immer nicht vollständig vorgenommen werden konnten.

Insbesondere zwei Faktoren haben maßgeblich zu dem - gerade unter diesen schwierigen Bedingungen - wirtschaftlich außergewöhnlichen Betriebsergebnis beigetragen:

1. Die außerordentlich gute Entwicklung der Zusammenarbeit mit der kommunalen Vermittlungsagentur (bis hin zur Bildung eines gemeinsamen monatlich zusammenkommenen Qualitätsteams und gegenseitigen intensiven Hospitationen), die zu einer wesentlich zeitnäheren und bedarfsgerechten Zuweisung der Teilnehmer beitrug.
2. Das die arbeitsvertraglichen Pflichten bei weitem überschreitende Engagement des Stammpersonals, das nicht nur die personelle Unterbesetzung, sondern auch kaum zumutbare räumliche Enge kompensierte.

Um die mehr als deutliche Steigerung der Umsatzerlöse zu erreichen, mussten allerdings erneut die eigenen Bauvorhaben zurückgestellt und weiter verschoben werden. Immerhin konnten aber das Blockheizkraftwerk installiert und die Entkernungsarbeiten im Jugendbau- und -wohnprojekt Hersfelder Straße vorangetrieben werden.

Der für den gestiegenen Raumbedarf dringend notwendige Ausbau des Dachgeschosses über dem Kantinegebäude und das zusätzliche Treppenhaus am ehemaligen Produktionsgebäude mussten ganz zurückstehen. Auch die Suche nach einer zusätzlichen Betriebsstätte als Bauwerkstatt für die erheblich gewachsene Bauabteilung brachte keine Ergebnisse, auch weil keine kostengünstigen bzw. von den Kosten her vertretbaren Objekte zur Verfügung standen.

Um ca. 58 % (von 224 auf 354) erhöhte sich die Zahl der Teilnehmenden im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der geleisteten Teilnahme-Monate stieg aber nur um ca. 22 % (von 1359 auf 1663). Dadurch sank die Zahl der im Jahr geleisteten Teilnahme-Monate pro Teilnehmenden von 6,06 Monaten in 2006 auf 4,69 Monate in 2007. Wegen der „Maßnahmen zerschneidenden“ Abgrenzung zum Vor- und zum Folgejahr sind diese Werte nicht einfach als durchschnittliche Verweildauer pro Teilnehmenden zu identifizieren. Dennoch sind sie aber ein Indiz für eine Abnahme der Verweildauer, „Kürzere Verweildauer in den Maßnahmen - das belegen die langfristigen Ergebnisauswertungen der NEUEN ARBEIT unübersehbar - führt zu niedrigeren Qualifizierungs- und Integrationserfolgen.

Zur flexibleren und ökonomischeren Nutzung der Arbeitszeit können Stamm-Mitarbeiter/innen unterschiedliche Modelle von variablen Arbeitszeiten und auch Teilzeitarbeit nutzen.

Im Geschäftsjahr 2007 wurden keine Veränderungen der Rechtsform, der Gesellschaftsstruktur und auch keine anderen unternehmensrelevanten Änderungen vorgenommen.

Die jährliche Überprüfung der Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb erbrachte keine Beanstandungen. Die Zertifizierung wurde 2007 bestätigt. Nach erfolgreicher Implementierung eines Qualitätsmanagement-Systems im Gesamtbetrieb und der Zertifizierung durch den TÜV nach DIN EN ISO 9001 - 2000 im Jahre 2006 ergab das Wiederholungsaudit 2007 keine Beanstandungen.

2. Darstellung der Lage

Die Zahlungsfähigkeit der NEUEN ARBEIT war im Geschäftsjahr aufgrund planvoller und ausgewogener Liquiditätsüberwachung jederzeit gegeben. Auch Dispositionskredite mussten nicht in Anspruch genommen werden.

Angesichts dessen, dass zum Ende des Geschäftsjahres mit dem Programm PIA (Passgenau in Arbeit) und dem Sofortprogramm „Werkakademie“ zwei zusätzliche Arbeitsfelder aufgenommen werden konnten, ist zu erwarten, dass bei weiter guter Kooperation mit der kommunalen Vermittlungsagentur auch das Jahr 2008 positiv verlaufen kann.

Infrage steht allerdings, ob die außergewöhnlichen Umsatzerlöse des Jahres 2007 wieder erreicht werden können, insbesondere weil die eigenen Baumaßnahmen im Jahr 2008 unbedingt voran gebracht werden müssen.

3. Hinweise auf künftige Entwicklungen

Nachdem die ersten 3 Jahre des neuen SGB II die Erwartungen an Kontinuität und Planungssicherheit in kaum zu überbietendem Maße konterkariert haben und durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Trägerschaft zur Umsetzung des SGB II zusätzliche politische Unruhe entstanden ist, muss auch für die Zukunft mit nicht vorhersehbaren Veränderungen der Rahmenbedingungen gerechnet werden. Zusätzlich wird sich die Entwicklung fortsetzen, dass die Teilnehmerschaft in ihrer Struktur weiter schwieriger und der Bedarf an unterstützender Pädagogik sich weiter erhöhen wird. Dass sich daraus immer wieder auch plötzliche Risiken entwickeln können, ist nicht auszuschließen.

Die von der Evangelischen Kirche in Aussicht gestellte Unterstützung, eine zusätzliche Betriebsstätte als Bauwerkstatt zu bekommen, kann deutliche Entlastung in der auch innerbetrieblichen Anspannung bringen. Zu hoffen ist, dass möglichst bald tragfähige Realisierungsmöglichkeiten zur Umsetzung des neuen § 16a SGB II gefunden werden, wodurch eine erhebliche Kontinuität in die Arbeit und dabei auch in die Auftragsarbeiten kommen könnte.

Deutlich ausbaufähig und für beide Seiten auch vorteilhaft wäre die Weiterentwicklung von immer noch in den Anfängen stehenden Auftragsarbeiten, die der Vogelsbergkreis an die NEUE ARBEIT vergeben könnte.

Ausblick:

Voraussichtliche Entwicklung

Auch für die Zukunft wird es notwendig sein, durch Kreativität und zusätzliches Engagement die eigenen Kräfte zu stärken sowie Kooperationen zu suchen und zu erweitern.

Eine noch engere Verzahnung von Qualifizierung und produktiver Arbeit muss gewährleisten, dass der pädagogische Auftrag und die wirtschaftliche Aktivität zur Refinanzierung eines guten Teils der Kosten nicht miteinander konkurrieren, sondern zu Synergien führen.

Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH

Schwabenröder Str. 81, 36304 Alsfeld
Tel.: 06631 / 98-0- Fax: 06631 / 98-1118
E-Mail: info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de
Internet: www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

Betrieb des Kreiskrankenhauses des Vogelsbergkreises in Alsfeld einschließlich zugehöriger Ausbildungsstätten, Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben als Krankenhaussträger. Ferner ist Gegenstand der Betrieb der Sozialstation Alsfeld/Romrod.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Gesundheitswesen

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1999

Anteile in %: 100 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 52, 55 bis 57 der Abgabenordnung (AO).

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Aufsichtsratsvorsitzender	Landrat Rudolf Marx
stellv. Vorsitzender	Dr. Arno Wettlaufer
Mitglieder des Kreistages	Friedel Kopp Jürgen Ackermann Ingeborg Beckmann-Launer Dr. Bernd Stumpf
Sachkundige Personen	Christian Kujawa Matthias Gorsler Herbert Diestelmann
Mitglieder des Betriebsrates	Monika Raab Horst Wlodarczyk-Götz

Geschäftsführung: Henner Häfner, Dipl. Krankenhaus-Betriebswirt (DKI)

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	GmbH
<i>Gründungsdatum:</i>	16.08.1999
<i>Gesellschaftsvertrag:</i>	16.08.1999
<i>Handelsregister:</i>	Gießen, HRB 5326
<i>Stammkapital:</i>	6.000.000 €
<i>Beteiligungen:</i>	1. Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD GmbH) mit 51 % - Stammkapital 25.000 € 2. AMANDUS Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (AMANDUS) mit 100 % - Stammkapital 25.000 €

Gesellschafter: **Vogelsbergkreis**

Bilanz des Unternehmens (Konzern)

AKTIVA	2007	2006	PASSIVA	2007	2006
	€	l. Sd. €		€	l. Sd. €
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immat. Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	6.000.000,00	66.000,0
Software	77.364,00	101,4	II. Gewinnrücklagen		
			Andere Gewinnrücklagen	4.381.424,54	4.381,4
II. Sachanlagen			III. Gewinnvortrag	43.498,74	143,7
1. Grundstücke und Bauten einschließlich	21.930.585,88	22.293,6	IV. Konzernergebnis	75.012,97	-76,6
Bauten auf fremden Grundstücken			V. Ausgleichsposten für Anteile	42.334,21	0,0
2. Technische Anlagen	80.640,00	138,2	anderer Gesellschafter	10.542.270,46	70.448,5
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.603.907,81	1.239,6	B. Sonderposten für Investitions-	16.217.473,77	16.406,0
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen	424.190,78	206,0	zuschüsse zum Anlagevermögen		
im Bau			C. Rückstellungen		
			1. Rückstellungen für Pensionen und	457.093,13	439,9
III. Finanzanlagen			ähnliche Verpflichtungen		
Beteiligungen	5.500,00	5,5	2. Steuerrückstellungen	4.000,00	0,7
			3. Sonstige Rückstellungen	1.165.067,11	992,9
B. Umlaufvermögen				1.626.160,24	1.433,5
I. Vorräte			D. Verbindlichkeiten		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	201.320,14	228,2	1. Verbindlichkeiten gegenüber	6.047,75	505,3
2. Unfertige Leistungen	374.850,72	394,1	Kreditinstituten		
3. Geleistete Anzahlungen	155.809,04	155,8	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen	679.547,12	896,9
	731.979,90	778,1	und Leistungen		
II. Forderungen und sonstige			3. Verbindlichkeiten gegenüber	35.071,24	0,0
Vermögensgegenstände			Gesellschaftern		
1. Forderungen aus Lieferungen und	3.817.632,82	3.814,5	4. Verbindlichkeiten nach dem Kranken-	1.816.274,68	293,1
Leistungen			hausfinanzierungsrecht		
2. Forderungen nach dem Krankenhaus-	435.000,00	348,9	5. Sonstige Verbindlichkeiten	536.719,12	547,1
finanzierungsrecht				3.073.659,91	2.242,4
3. Sonstige Vermögensgegenstände	527.117,22	514,2	E. Rechnungsabgrenzungsposten	2.098,50	1,1
	4.779.750,04	4.677,6			
III. Kassenbestand, Guthaben bei					
Kreditinstituten	1.822.496,69	1.091,4			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5.247,78	0,0			
	31.461.662,88	30.531,5		31.461.662,88	30.531,5

Gewinn- und Verlustrechnung (Konzern)

	2007 €	2006 Tsd. €
1. Umsatzerlöse	23.743.722,13	22.240,5
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen	-19.271,19	157,5
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.878.655,54	1.867,8
	25.603.106,48	24.265,8
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.254.346,10	3.904,3
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	782.606,77	541,1
	5.036.952,87	4.445,4
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	13.522.267,20	13.113,9
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.507.838,83	3.582,1
	17.030.106,03	16.696,0
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.455.007,61	1.300,4
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.033.951,84	1.923,6
	3.488.959,45	3.224,0
8. Erträge aus Beteiligungen	0,00	2,5
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	47.842,45	27,1
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.784,20	12,2
	44.058,25	17,4
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	91.146,38	-82,2
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	5.351,77	-8,4
13. Sonstige Steuern	4.286,60	2,8
14. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	81.508,01	-76,6
15. Auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn	6.495,04	0,0
16. Konzernergebnis	75.012,97	-76,60

Ausgewählte Kennzahlen

<i>Anzahl der Mitarbeiter:</i>	KKH GmbH	421,63 (Jahresdurchschnitt)
	KAD GmbH	80,25 (Jahresdurchschnitt)
	AMANDUS GmbH	83,47 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht Stammeinlage 6.000.000 €
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresüberschuss 81.500 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	*) Bürgschaft
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft</i>	keine

*) Beschluss des Kreistages des Vogelsbergkreises vom 11.09.2006:
Übernahme einer Bürgschaft zugunsten der Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises
in Alsfeld GmbH für einen Kontokorrektkredit bis zu einer Höhe von 2.500.000,00 €
(Schuldenurkunde vom 13.01.2007)

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Gesundheitsversorgung der Region

Auszug aus dem Lagebericht

Geschäftsverlauf:

Die allgemeine Situation der Krankenhäuser in der Bundesrepublik ist seit Jahren durch große Unsicherheiten und Unwägbarkeiten gekennzeichnet. Verantwortlich hierfür ist die Gesundheitspolitik, der es nicht gelingt, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Ungeachtet dieser Situation stellt sich das Kreiskrankenhaus den Herausforderungen der Zeit.

So wird z. B. der Grundsatz, ambulant vor stationär, in Alsfeld konsequent umgesetzt. Die Zahl der ambulant durchgeführten Eingriffe erreicht mittlerweile ein Drittel der operativen Leistungen, wobei in einigen Belegabteilungen die ambulanten Operationen das stationäre Aufkommen bereits übertreffen. Daneben hat das Krankenhaus sein Spektrum in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet. Die eingegliederte Sozialstation, Pflegeüberleitung

und Sozialdienst, Kurzzeitpflege, ambulante Physiotherapie, Zusammenarbeit mit einer Dialyseeinrichtung, Gründung von Tochtergesellschaften, Kooperationen mit Fachärzten u.v.m. haben das Krankenhaus über seinen ursprünglichen Aufgabenbereich hinaus - für die stationäre Behandlung Kranker zu sorgen - in der Region als anerkannten Gesundheitsdienstleister positioniert.

Die Abrechnung der Krankenhausleistungen seit 2004 in Form so genannter Diagnosis Related Groups (DRG`s), ist mittlerweile Alltagsroutine geworden.

Seit 2005 gilt ein landesweiter Basisfallwert als Richtgröße für die individuellen Budgets der Kliniken. Weicht der Fallwert eines Krankenhauses davon ab, wird dieser bis zum Jahre 2009 dem Landesfallwert stufenweise angeglichen. Danach gilt in allen Krankenhäusern eines Bundeslandes der gleiche Fallwert (= "Preis"). Zu Beginn dieser Phase war zu befürchten, dass das Kreiskrankenhaus einen Angleichungsbetrag von rd. 1,18 Mio. € über fünf Jahre hinweg bis ins Jahr 2009 hätte erwirtschaften müssen, da die individuellen Fallkosten der Klinik erheblich über der Landesrichtgröße gelegen hatten. Aber bereits in der Pflegesatzvereinbarung 2007 drehte sich diese Entwicklung ins Gegenteil, und das Krankenhaus gehört zu den „Konvergenzgewinnern“, also zu jenen Kliniken, die einen Budgetzuschlag erhalten, weil ihre Fallkosten niedriger sind als der Basisfallwert des Landes. Zu diesem erfreulichen Umstand trug zu einem kleinen Teil die Steigerung des Basisfallwertes (der jährlich neu festgelegt wird) bei; im Wesentlichen jedoch die enorme Zunahme der stationären Behandlungsfälle ab Jahresmitte sowohl in der Zahl als auch im Schweregrad.

Wirtschaftliche Lage des Krankenhauses und des Konzerns

1. Geschäftliche Entwicklung im Berichtsjahr

Die "Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH" (Muttergesellschaft des Konzerns) ist durch Ausgliederung des ehemaligen Eigenbetriebes "Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld" zum 01.01.1999 entstanden.

Wie das Vorgängerunternehmen in der Rechtsform des Eigenbetriebs verfolgt die Gesellschaft ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Das Kreiskrankenhaus ist im Krankenhausplan des Landes Hessen als Akutkrankenhaus ausgewiesen und nimmt an der bedarfsgerechten stationären Krankenhausversorgung der Bevölkerung sowie an der Notfallversorgung teil.

Mit krankenhauserplanerischem Bescheid vom 24.2.2006 sind dem Kreiskrankenhaus ab 2007 188 Betten zugewiesen worden. Während bereits im Vorjahr die Belegabteilung „Augenheilkunde“ geschlossen worden war, endete am 30.04.2007 der Versorgungsauftrag der urologischen Belegabteilung. Im Gegenzug übernahm das Kreiskrankenhaus ab 01.05.2007 den Versorgungsauftrag „Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde“ für die Bereiche Alsfeld und Lauterbach des Vogelsbergkreises.

Im Jahr 2007 wurden insgesamt 7.575 (Vorjahr 7.138) Patienten stationär aufgenommen. Etwa 84% aller Patienten kommen aus dem Vogelsbergkreis und dem benachbarten Schwalm-Eder-Kreis.

Der Auslastungsgrad des Krankenhauses lag bei 80,72% (Vorjahr 77,71%). Die durchschnittliche Verweildauer belief sich auf 7,31 Tage (Vorjahr: 7,47 Tage).

Im Berichtsjahr gab es erneut einen deutlichen Fallzahlenanstieg, größtenteils in den Hauptabteilungen.

2. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2007 wurden von der Muttergesellschaft Investitionen in Höhe von € 1.584.553,06 vorgenommen. Dabei entfielen € 751.765,64 auf die Anschaffung von Gegenständen des medizinischen Bedarfs und weitere € 253.999,05 auf die Brandschutzmaßnahme für die Nachfolgeförderung des Bauabschnittes I. Weiterhin wurden für den EDV-Bereich Investitionen in Höhe von € 19.638,36 vorgenommen.

Konzernweit beliefen sich die Investitionen auf T€ 1.618. Förderzuschüsse sind mit insgesamt T€ 779 zugeflossen. In der Amandus GmbH wurden keine nennenswerten Investitionen getätigt. In der KAD GmbH wurden Investitionen in Höhe von € 32.290,81 getätigt.

3. Finanzierung

Die Finanzierung der Investitionen erfolgte durch die pauschale Förderung des Landes (§ 9.3 KHG), Einzelförderung (Brandschutz) und durch Eigenmittel.

4. Personal- und Sozialbereich

Die Personalkosten zeigen eine steigende Tendenz. Die sich im Vorjahr abzeichnende Tarifentwicklung wirkte sich in 2007 voll aus. Der Personalaufwand betrug beim Krankenhaus im Berichtsjahr T€ 13.772 (Vorjahr: T€ 13.945).

Im Betriebsteil Sozialstation bewegte sich der Aufwand für das Personal in Höhe von T€ 779 (Vorjahr: T€ 764).

Dem Kreiskrankenhaus ist eine Krankenpflegeschule mit bis zu 80 Ausbildungsplätzen angeschlossen.

Schulträger ist der Vogelsbergkreis; Ausbildungsträger sind zu gleichen Teilen die Krankenhäuser *Eichhof* in Lauterbach und das *Kreiskrankenhaus* in Alsfeld. Im Jahr 2007 wurden für Lauterbach 29 Schülerinnen und Schüler und für Alsfeld 30 Schülerinnen und Schüler ausgebildet, so dass im Jahresdurchschnitt 59 Ausbildungsplätze besetzt waren. Die Personal- und Sachkosten für die Krankenpflegeschule werden von beiden Krankenhäusern entsprechend der jeweiligen Schülerzahl gemeinsam getragen.

Konzernweit sind Personalaufwendungen in Höhe von T€ 17.030 (Vorjahr T€ 16.696) entstanden. In der Gesellschaft wurden im Berichtsjahr 422 (Vorjahr: 429), in der KAD 80 (Vorjahr: 80) und bei AMANDUS 83 (Vorjahr: 68) Personen beschäftigt, so dass der Konzern insgesamt 585 (Vorjahr: 576) Arbeitsplätze bietet.

5. Sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

5.1. Medizinische Struktur

Die im Jahre 2000 infolge Chefarztwechsel durchgeführten strukturellen Veränderungen in der Chirurgie und in der Inneren Medizin haben sich bewährt. Das erweiterte Behandlungsangebot ist von der Bevölkerung akzeptiert worden, was sich u.a. in steigenden Fallzahlen niederschlägt. In den Hauptabteilungen arbeiten Fachärzte bzw. Ärzte mit Zusatzbezeichnungen folgender Disziplinen: Allgemein-, Visceral- und Gefäßchirurgie, Unfall- und Wiederherstellungschirurgie, Geriatrie, Lungen- und Bronchialkrankheiten (Pneumologie), Magen- und Darmerkrankungen (Gastroenterologie) sowie Schmerztherapie. Die Einstellung eines zweiten Gefäßchirurgen ist für das Geschäftsjahr 2008 vorgesehen. Gelingt dies,

könnten die beiden Ärzte eine Ermächtigung zur Weiterbildung in ihrem Fach erlangen und ärztlichen Nachwuchs ausbilden.

Fortschritte gab es auch im Bemühen des Krankenhauses, die Zusammenarbeit oder Kooperation mit niedergelassenen Ärzten zu vertiefen. In das Untergeschoss der Krankenpflegeschule sind zwei Arztpraxen nach entsprechenden Umbauten eingezogen. Es handelt sich zum einen um eine internistische Ärztin mit hämatologisch/onkologischer Schwerpunktbildung (hervorgegangen aus einer in 2005 vom Krankenhaus übernommen internistischen Praxis) und zum anderen um einen Urologen, der sich in Alsfeld niedergelassen hat und im Krankenhaus urologische ambulante Operationen durchführt. Dadurch konnte der Wegfall der urologischen Belegabteilung wenigstens teilweise kompensiert und die ambulante wohnortnahe Versorgung mit solchen ärztlichen Leistungen sichergestellt werden.

Geplant ist, die noch vorhandenen freien Räumlichkeiten in der Ausbildungsstätte zu einer weiteren Arztpraxis auszugestalten. Spätestens nach diesem Schritt hätte das Projekt „Ärztehaus am Kreiskrankenhaus“ Konturen angenommen.

5.2 Tochtergesellschaft KAD

Die im Dezember 2000 gegründete Tochtergesellschaft mit dem Namen „Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD GmbH) arbeitet erfolgreich. Nachdem zur Mitte des Geschäftsjahres die Fa. Gies Dienstleistungen GmbH mit 49 Prozent an der Gesellschaft beteiligt wurde, hält die Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH mit 51 Prozent die Mehrheitsbeteiligung. Durch den Mitgesellschafter soll die Entwicklung der KAD noch stärker am Marktgeschehen ausgerichtet und weitere Rationalisierungsreserven erschlossen werden. Am Geschäftszweck der KAD hat sich dadurch nichts geändert. Sie erbringt für das Krankenhaus Dienstleistungen in den Bereichen Reinigung, Verpflegung, sonstige hauswirtschaftliche Dienste, Pforte, Empfang, Ärztlicher Schreibdienst, Haustechnik sowie EDV. Sukzessive werden weitere Dienstleistungen, die nicht unmittelbar der ärztlichen, pflegerischen oder sonstigen medizinischen Versorgung zuzurechnen sind, der KAD überstellt.

Die in diesen Dienstleistungen vor Gründung der KAD Beschäftigten bleiben reguläres Personal des Kreiskrankenhauses und werden der Tochtergesellschaft beigestellt. Neueinstellungen erfolgen künftig grundsätzlich in der KAD. Die Entlohnung des dortigen Personals findet nach privatwirtschaftlichen Tarifstrukturen statt.

Auch die umsatzsteuerliche Organschaft ist durch die neue Anteilmischung (51/49) nicht gefährdet, so dass Leistungen der „Tochter“ für die „Mutter“ frei von Mehrwertsteuer erbracht werden können.

Ein weiterer wirtschaftlicher Vorteil wird in der Anwendung privater Tarifstrukturen gesehen. Dieser wird sich von Jahr zu Jahr infolge der personellen Umschichtungen vergrößern.

5.3 Tochtergesellschaft AMANDUS

Ende 2001 wurde eine weitere nach wie vor 100 %ige Tochtergesellschaft, die „AMANDUS Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (AMANDUS)“ errichtet. AMANDUS bot zunächst ambulante Pflegeleistungen an. Aufgrund der wenigen Betreuungsfälle und des schwierigen Marktumfeldes wurde 2003 beschlossen, AMANDUS aus diesem Bereich

herauszunehmen und der Gesellschaft eine neue Aufgabe zu übertragen. Der ambulante Dienst wurde im Frühjahr 2004 eingestellt und dafür ab Mai 2004 die Trägerschaft einer Kurzzeitpflegeeinrichtung mit zwanzig Betten in den Räumen des Krankenhauses übernommen. AMANDUS hat sich damit vollständig aus der ambulanten Pflege zurück gezogen. Die Kurzzeitpflege wird gut angenommen, und im laufenden Geschäftsjahr konnte die Tochtergesellschaft zum dritten Mal seit ihrem Bestehen einen Gewinn erwirtschaften. Dies ist ein schöner Erfolg und gleichzeitig die Bestätigung für die Richtigkeit der Umstrukturierung.

5.4. Bauliche Maßnahmen

Die brandschutztechnische Sanierung des Krankenhauses wurde 2006 zu Ende gebracht und der Endverwendungsnachweis im November 2007 durch den Regierungspräsidenten in Gießen geprüft. Die Prüfung führte zu keinen ersichtlichen Beanstandungen. Aufgrund eines Anschlussantrages für restliche Brandschutzmaßnahmen waren weitere 340 T€ als Fördermittel bewilligt worden, so dass entsprechende Baumaßnahmen im Geschäftsjahr durchgeführt wurden. Über eine weitere Mittelbewilligung für den Brandschutz in Höhe von rund 650 T€ steht ein Bescheid noch aus.

Weitere größere bauliche Maßnahmen fanden im Berichtsjahr nicht statt, sieht man von der Errichtung der Arztpraxen und dem Umbau der Zentralsterilisation ab.

Am Ende des Geschäftsjahres traf noch ein Fördermittelbescheid in Höhe von 246 T€ für eine neue Sicherheitsstromzentrale beim Kreiskrankenhaus ein; diese Maßnahme wird im Jahre 2008 umgesetzt werden.

5.5 Strategische und Bauliche Zielplanung

Den Auftrag, eine strategische und bauliche Zielplanung zu erarbeiten, erledigte das Kreiskrankenhaus im Berichtsjahr. Es folgt damit der Landesregierung, die künftig Fördermittel nur dann noch gewährt, wenn das Krankenhaus die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit der beantragten Mittel bzw. der damit verbundenen baulichen oder technischen Erweiterung aufgrund der Vorgaben in der Zielplanung nachweist.

Die strategische Zielplanung wurde im zuständigen Ministerium erörtert und fand dort allgemeine Anerkennung.

Die bauliche Seite wird zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichtes noch einmal überarbeitet. Ziel ist es, die den baulichen Investitionen zugrundeliegenden Flächenberechnungen gegenüber dem Ministerium zu begründen und die Notwendigkeit der Maßnahmen nachzuweisen. Im Gespräch ist ein Gesamtvolumen in der Größenordnung von 15 bis 20 Mio. €, das im Laufe des Jahres 2008 in Form eines Antrags dem Land vorgelegt werden soll.

6. Beurteilung der Entwicklung durch die Geschäftsführung

Das Konzernbetriebsergebnis ist im Berichtsjahr positiv, so dass der Trend aus dem Vorjahr umgekehrt werden konnte.

Das Jahresergebnis für den Teilbereich des Krankenhauses, obwohl mit rd. 120 T€ negativ, wäre ohne die Leistungssteigerung bei der Fallzahl- und Fallschwere (bessere Bewertungsrelation) noch weit schlechter ausgefallen. Hierdurch erhöhten sich die Erlöse der Klinik,

während die Kosten nicht im gleichen Maße mitzogen. Das lag daran, dass die Mehrleistungen im Wesentlichen ohne zusätzliche Personaleinstellungen erbracht wurden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Krankenhauses sind bis an ihre Belastungsgrenze und teilweise darüber hinaus gegangen. Man kann ihnen für diese Berufseinstellung nicht genügend danken. Allerdings stellen die aufgrund der Tarifentwicklung gestiegenen Personalkosten eine erhebliche Belastung für das Unternehmen dar. Trotzdem dürfen die Klinikbeschäftigten weder von der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung abgekoppelt werden noch ist es ihnen zuzumuten, unter solch erschwerten Bedingungen dauerhaft zu arbeiten. Es ist in diesem Zusammenhang dringend an die politisch Verantwortlichen zu appellieren, den Kliniken endlich den nötigen finanziellen Ausgleich z. B. für solche Tarifsteigerungen zu gewähren bzw. die Krankenhausbudgets nicht länger an die so genannte Grundlohnsummenentwicklung zu binden.

Weiterhin gelang es, die individuellen Fallkosten unter den Basisfallwert zu drücken und so zum so genannten Konvergenzgewinner, dessen Budget um den Differenzbetrag aufgestockt und nicht mehr abgesenkt wird, zu werden. Auch dies ist im Wesentlichen auf die Leistungssteigerung zurückzuführen.

Das Jahresergebnis macht die schwierige Situation deutlich, in der sich der Krankenhausbetrieb befindet.

Eine verlässliche Vorhersage der Kosten- und Erlösentwicklung ist momentan nicht möglich. Zu groß sind die Unwägbarkeiten. Betriebsbedingte Kündigungen, auch wenn sie das letzte Mittel sind, können aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht mehr ausgeschlossen werden.

7. Vermögens- und Finanzlage

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beläuft sich in der Muttergesellschaft auf 77% (Vorjahr 78%). Für den Konzern beträgt die Quote 77 % (Vorjahr: 79%). Das im Eigentum der GmbH stehende Krankenhaus steht dabei zum 31.12.2007 mit einem Wert von T€ 21.785 (Vorjahr T€ 22.150) zu Buche.

Die Eigenkapitalausstattung der Muttergesellschaft ist angemessen und beläuft sich zum 31.12.2007 auf 10,46 Mio. € (Vorjahr: 10,40 Mio. €) = 33% (Vorjahr: 34%) des Bilanzvolumens. Das Eigenkapital im Konzern beläuft sich auf 10,54 Mio. € (Vorjahr: 10,45 Mio. €) = 34% (Vorjahr: 36%).

Das langfristig gebundene Vermögen (Anlagevermögen zuzüglich Mindestbestand an Vorräten und Leitungsforderungen) ist in vollem Umfang durch Eigenmittel unter Hinzuziehung des Sonderpostens nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz finanziert.

Liquidität und Zahlungsbereitschaft waren im Berichtszeitraum gegeben.

8. Ertragslage

Für das abgelaufene Geschäftsjahr stiegen im Vergleich mit dem Jahresabschluss 2006 die Leistungserlöse um T€ 1.326 (= 5,92 %). Weiterhin stiegen die Sonstigen Erlöse um T€ 11 (= 0,6 %). Gleichzeitig stiegen die Personalaufwendungen um T€ 334 (= 2,0 %). Im Materialbereich und bei den bezogenen Leistungen stiegen die Aufwendungen um T€ 592 (= 13,3 %). Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen waren Ausgabensteigerungen von T€ 110 (= 5,7 %) zu verzeichnen, insgesamt führte dies mit einer Ergebnisbesserung um rd. T€ 158 zu einem Gewinn von T€ 82.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

1. Chancen der künftigen Entwicklung

Das Kreiskrankenhaus ist im Krankenhausplan des Landes Hessen als Standort für die Notfallversorgung enthalten. Damit und bedingt durch die Lage der Klinik in einem dünn besiedelten Raum dürfte eine Bestandssicherung dauerhaft gewährleistet sein.

Die Mitgliedschaft als Gesellschafter im Klinikverbund Hessen (vormals Dienstleistungsgesellschaft hessischer kommunaler Krankenhäuser), der bis zum heutigen Tage auf zwanzig (!!) öffentlich - rechtliche Krankenhäuser angewachsen ist, stärkt das Kreiskrankenhaus. Dem Versorgungsauftrag und -umfang entsprechend ist das Krankenhaus „aufgestellt“. Die medizinischen Abteilungen bieten ein breites Leistungsspektrum an, das von der Bevölkerung auch nachgefragt wird. Auf der ärztlichen Leitungsebene hat sowohl in den Haupt- als auch in den Belegabteilungen eine Verjüngung eingesetzt. Wenn sich die Fluktuation in normalen Grenzen hält, wird auch in diesem wichtigen personellen Bereich Homogenität vorherrschen.

Darüber hinaus präsentiert sich das Kreiskrankenhaus als Anbieter umfassender Dienstleistungen. Die Gründung der beiden Tochtergesellschaften, die vorhandene Sozialstation, die Kooperation mit einer internistischen Praxis in Alsfeld und die damit verbundenen Möglichkeiten, einen Behandlungskreislauf anzubieten, haben sich bewährt und passen in die gegenwärtige Struktur unseres Gesundheitssystems.

So wächst um das Krankenhaus, zu verstehen als Einrichtung zur stationären Behandlung Kranker, ein immer dichter werdender Ring komplementärer und ambulanter Gesundheitsdienstleister. Diese Entwicklung, so sieht es jedenfalls im Augenblick aus, wird von der Politik in Zukunft noch stärker gefordert und ist im Kreiskrankenhaus vorausblickend und rechtzeitig erkannt worden.

2. Risiken der künftigen Entwicklung

Die Geschäftsleitung hat organisatorische Regelungen und Maßnahmen getroffen, damit den Fortbestand des Krankenhauses gefährdende und sonstige wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung früh erkannt werden. Nach den vorliegenden Informationen aus diesem System ist über folgende Risiken zu berichten:

2.1 Bestandsgefährdende Risiken

Akute bestandsgefährdende Risiken sind mit Sicht auf das Jahr 2007 und 2008 nicht zu erwarten; allerdings können sich die unter Ziffer. 2.2 beschriebenen Gefahrenpotentiale zu einem bedrohlichen Szenario auswachsen.

Sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die künftige Betrachtung steht in engem Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung der Gesundheitspolitik. Davon ist die Ertragslage des Krankenhauses entscheidend abhängig.

Auf der Kostenseite droht ein weiterer Schub bei den Personalaufwendungen. Das wird im kommenden Geschäftsjahr (2008) nur schwer zu verkraften sein und 2009 zu einem kaum noch lösbaren Problem werden. Wenn dieser Sprengsatz nicht entschärft wird, und sei es durch mehr Geld, das in das System einfließt, laufen die Finanzen aus dem Ruder – allerdings trifft dies nicht nur das Kreiskrankenhaus in Alsfeld. Bei unzureichender Finanzierung werden die Gegenmaßnahmen sehr hart sein müssen, um eine dann mögliche bedrohliche finanzielle Schieflage abzuwenden.

Die gesetzgeberischen Aktivitäten haben bereits zu einer tiefgreifenden Umstrukturierung im Gesundheitswesen und insbesondere auch im Krankenhauswesen geführt. Ein Risiko für das Krankenhaus entsteht, wenn die vom Krankenhaus nicht oder nicht zureichend zu beeinflussenden maßgeblichen Parameter sich zu Ungunsten der Klinik entwickeln.

So unterliegt z. B. der landeseinheitliche Fallwert den jährlichen Verhandlungen zwischen der Hessischen Krankenhausgesellschaft und den Landesverbänden der Krankenkassen.

Auch die durchschnittliche Fallschwere, der sogenannte Casemixindex (CMI) ist von der Klinik nur bedingt beeinflussbar und unterliegt ebenfalls jährlichen Schwankungen.

Die gesetzgeberischen Maßnahmen für die Anschlussregelung der Krankenhausfinanzierung nach Auslaufen der Konvergenz 2009 sind erst in Umrissen bekannt. Über konkrete Inhalte oder den Zeitpunkt des Inkrafttretens neuer Bestimmungen kann momentan nur spekuliert werden. Setzen sich die Befürworter einer Regelung durch, wonach die Krankenkassen verstärkt Einzelleistungsvergütungen mit den Krankenhäusern vertraglich vereinbaren sollen, kann dies zu einem Preisverfall bei den Krankenhausleistungen führen. Die derzeit noch einigermaßen funktionierende „Mischkalkulation“ wird in Frage gestellt. Wer kommt für die Kosten der Notfallversorgung auf, wenn insbesondere planbare Leistungen mit heute noch gutem Kostendeckungsgrad künftig nur noch mit Abschlägen (Rabatten) vom Krankenhaus erbracht werden können? Das ist nur eine ungeklärte Frage, die aber schicksalhaft für die Kliniken werden könnte.

Die Auswirkungen des Gesundheitsfonds, der ab 2009 eingeführt werden soll, können ebenfalls noch nicht eingeschätzt werden. Werden die Sozialversicherungsbeiträge und die zusätzliche steuerfinanzierte Komponente insgesamt ausreichen, um die Kosten des Gesundheitswesens zu decken, oder müssen einzelne oder viele Krankenkassen darüber hinaus zusätzliche Beiträge von ihren Versicherten fordern? Von der Beantwortung dieser Frage hängt es ab, ob die Anbieter (Krankenhäuser, Ärzte usw.) ausreichende Finanzierungsspielräume haben werden oder nicht.

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichtes scheint etwas Bewegung in die politische Debatte gekommen zu sein. Es gibt zz. keine Bundestagsfraktion mehr, die die Notlage der Kliniken noch leugnet. Es ist sogar von einem mindestens teilweisen Ausgleich der Tarifbelastungen die Rede. Jedoch können die oben dargestellten Befürchtungen (Preisverfall, negative Auswirkungen des Gesundheitsfonds), wenn sie denn eintreten, solche positiven Ansätze schnell wieder zunichte machen.

Nach wie vor sind die in öffentlicher Trägerschaft stehenden Kliniken aufgrund ihrer ungünstigen Kostenstruktur am stärksten gefährdet. Wenn man sich zur öffentlich-rechtlichen Trägerschaft wirklich bekennen will, muss man die Tarifstruktur an die Gegebenheiten privater aber auch frei gemeinnütziger Träger anpassen; das ist nach Auffassung des Unterzeichners auch mit dem TVöD noch nicht erfolgt. Der Wettbewerbsnachteil öffentlicher Kliniken gegenüber der Konkurrenz besteht immer noch und erschwert die Bemühungen um eine dauerhafte Überlebensfähigkeit dieser Krankenhäuser.

Die wirtschaftliche Situation des Kreiskrankenhauses auf die kommenden Jahre gesehen bleibt also problematisch. Ein großer Nachteil des Kreiskrankenhauses liegt in der geringen Betriebsgröße. Die sich hieraus ergebenden tendenziell zu hohen Fixkosten stellen einen echten Wettbewerbsnachteil dar und können existenzgefährdend werden. Keine Klinik wird auf Dauer „noch alles selber machen“ können. Wenn es aber zu Spezialisierungen kommt, müssen diese der Bevölkerung in der gesamten Region dienlich sein; denn ein ausgewogenes Angebot gut ausgestatteter und medizinisch-/pflegerisch auf hohem Niveau arbeitender Krankenhäuser ist für die kommunale Infrastruktur unerlässlich. Die Zusammenarbeit mit einem oder mehreren anderen Krankenhäusern, ggf. auch in Form gemeinsam betriebener Gesellschaften, ist ein Weg, der beschritten werden muss. Von größerer Durchschlagskraft wären allerdings sinnvolle Zusammenschlüsse mehrerer Kliniken unterschiedlicher Größe und Versorgungsstruktur zu einem öffentlichen Klinikverbund. Ausgestattet mit einem konkurrenzfähigen Krankenhaustarifvertrag könnte ein echtes Gegengewicht zu privaten Trägerschaften gebildet werden.

Eine die Selbständigkeit der Klinik gefährdende Lage wird in dem Bemühen privater Krankenhausträger gesehen, ihren Einfluss durch Übernahme vermehrt auch von Akutkrankenhäusern zu stärken und als Krankenhauskette zu wachsen. Ein solcher Klinikkonzern ist in hohem Maße in der Lage, Synergien zu erzeugen und damit die fixen Kosten auf ein Minimum zu senken (zentrale Administration, einheitliche Konzernstrategie mit Schwerpunktbildungen, Haustarifverträge usw.); allerdings begibt sich der seitherige Krankenhausträger weitestgehend seiner bestimmenden Rolle auf das Geschehen im übernommenen Krankenhaus.

Durch eine Zusammenarbeit bzw. Fusion benachbarter Krankenhäuser, auch über die Kreisgrenzen hinaus, könnten die beteiligten Kliniken – durchaus unter Wahrung einer gewissen Selbständigkeit – Vorteile für sich gewinnen, indem sie sinnvolle Strukturen aufbauen und damit die eingangs beschriebene nachteilige Situation verbessern. Für die Versorgung der Bevölkerung im Vogelsbergkreis und darüber hinaus kann dies zusätzliche positive Effekte bringen.

Ein zwar nicht bestandsgefährdendes aber doch nicht zu unterschätzendes Risiko ist in der Bestrebung zu sehen, bestimmte medizinische Leistungen nur noch dann zuzulassen, wenn diese in einer bestimmten Menge erbracht werden. Das kann zwar bei bestimmten Behandlungen insbesondere aus Qualitätsgesichtspunkten sinnvoll sein, führt aber vielfach auch zu einer Aushöhlung des Leistungsgeschehens in kleineren und mittleren Krankenhäusern z. B. mit der Folge, dass dort kaum noch qualifizierte Ärztinnen und Ärzte arbeiten wollen.

Weitere wesentliche Risiken für die kommende Zeit können zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sicher benannt werden. Hierzu müsste man die ganze Tragweite der Entwicklung (Bevölkerungsrückgang, höhere Lebenserwartung, sich ändernde medizinische Standards Entscheidungen der Politik usw.) und deren Auswirkungen auf das Gesundheitswesen und damit auch der Krankenhäuser übersehen können.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Wie bereits erwähnt, konnte die strategische und bauliche Zielplanung auf den Weg gebracht werden. Insbesondere im baulichen Bereich wird sich das Krankenhaus weiterentwickeln müssen. Es stößt im Augenblick an seine Kapazitätsgrenzen. Die Realisierung eines

kleinen Anbaues an die Station 4 zur Entlastung der angespannten Bettensituation (hohe Fallzahlen) beschäftigt das Krankenhaus ebenso, wie die Vervollkommnung des „Ärztelhauses“ durch Ausbau der Resträumlichkeiten in der Krankenpflegeschule für eine dritte Facharztpraxis.

Aus der „Dienstleistungsgesellschaft der Hessischen kommunalen Krankenhäuser GmbH“, im Jahre 2004 von acht Gesellschaftern, darunter das Kreiskrankenhaus, ins Leben gerufen, ist der „Klinikverbund Hessen GmbH - Medizinische Kompetenz in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft“ geworden. Der Verbund umfasst zz. 20 Kliniken, beginnend bei der Größenordnung Alsfelds bis hin zum Universitätsklinikum Frankfurt am Main. Er repräsentiert 10.700 Krankenhausbetten und hat in Hessen einen Marktanteil von fast 31 Prozent.

Das Krankenhaus wird voraussichtlich ab Spätsommer 2008 einen Magnet-Resonanztomographen (MRT) in Kooperation mit der Radiologischen Praxis in Bad Zwesten betreiben. Die Klinik setzt damit erneut einen Maßstab hinsichtlich der diagnostischen Möglichkeiten in der Region.

Ausblick:

Voraussichtliche Entwicklung

Für die nächsten zwei Jahre zeichnet sich voraussichtlich folgende Entwicklung ab:

Die Möglichkeit, ein positives Betriebsergebnis zu erwirtschaften, wird zunehmend schwerer werden. Auf die vorausgegangen Ausführungen wird verwiesen.

Die Krankenhäuser werden zusätzliche Mittel erhalten, um die gestiegenen Personalkosten wenigstens teilweise ausgleichen zu können. Möglicherweise kommt es zu einer Abkehr der Bindung der Krankenhausbudgets an die Entwicklung der Grundlohnsumme (Einnahmeveränderungsrate). Die Beteiligungen der Krankenhäuser an der Sanierung des Gesundheitswesens und an der Anschubfinanzierung der integrierten Versorgung werden voraussichtlich Ende 2008 eingestellt werden. Ob diese Erlösverbesserungen sich dauerhaft positiv auswirken ist fraglich und hängt wesentlich davon ab, wie die gesetzgeberischen Maßnahmen nach Auslaufen der Konvergenz aussehen werden.

Das DRG-System etabliert sich zunehmend, bietet den Kliniken auch Chancen - insbesondere den leistungsfähigen Krankenhäusern, zu denen Alsfeld gehört.

Maßgebende Kräfte in der Politik werden versuchen, die vertragliche Einzelvergütung zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern durchzusetzen.

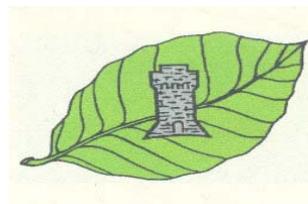
Das Land Hessen wird sich bei der Krankenhausplanung auf Rahmendaten und die Notfallversorgung beschränken. Der übrige Struktur- und Leistungskatalog wird in den Krankenhauskonferenzen zwischen den Krankenhausträgern und den Krankenkassen bestimmt. Daher müssen die Krankenhäuser verstärkt die Zusammenarbeit untereinander suchen, um Synergien zu erzielen und eine angemessene Marktposition zu erreichen. Innerhalb der Planungsregionen werden die Kliniken ihr medizinisches Angebot untereinander abstimmen und koordinieren müssen.

Belegabteilungen, die von nur einem Arzt geführt werden, wird es nicht mehr lange geben. Es gilt daher, das kooperative Belegarztsystem (mindestens zwei - besser drei und mehr Ärzte) zu fördern.

Die Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH wird mit ihren Tochtergesellschaften weiterhin alles daran setzen, eine wohnortnahe Patientenversorgung auf gewohnt hohem Niveau aufrecht zu erhalten und nicht zuletzt auch die rd. 585 Arbeitsplätze in der Region Alsfeld dauerhaft zu sichern.

Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg

Am Hohenwiesenweg 1, 63679 Schotten
Tel.: 06044 / 2631 - Fax: 06044 / 987465
E-Mail: naturpark@freenet.de
Internet: www.natpa.de



Unternehmenszweck

Aufgabe:

- Förderung des Natur- und Landschaftsschutzes im „Naturpark Hoher Vogelsberg“
- Erschließung dieses Erholungsgebietes
- Förderung des Fremdenverkehrs, um eine naturgemäße Erholung zu ermöglichen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Erholung, Naturschutz, Tourismus

Der Naturpark Hoher Vogelsberg umfasst das Gebiet der folgenden Kommunen: Freiensteinau, Grebenhain, Herbstein, Lautertal, Schotten und Ulrichstein im Vogelsbergkreis, Laubach im Landkreis Gießen, Gedern, Hirzenhain und Nidda im Wetteraukreis. Die Gemeinde Birstein aus dem Main-Kinzig-Kreis wurde zu Beginn des Jahres 2004 in den Naturpark eingegliedert. Zentraler Teil aber ist der weitgehend unbesiedelte 'Oberwald'.



Naturpark Hoher Vogelsberg: Städte und Gemeinden

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1957

Anteile in %: 42,1 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Erholung, Naturschutz, Tourismus

Organe des Unternehmens

Verbandsvorstand:

Rudolf Marx - Vorsitzender

Susanne Schab-Madeisky - stellv. Vorsitzender

Sieglinde Schnell

Edda Weber

Erwin Horst

Verbandsversammlung:

Sylke Emmermann - Vorsitzende

Claudia Blum

Angelika Hönsch

Manfred Hofmann

Peter Popplow

Wolfgang Schleiter

Hans-Ulrich Schmidt

Mario Döweling

Christa Launspach

Ingrid Albert

Edwin Gottlieb

Ulrike Pfeiffer-Pantring

Otfried Würtz

Manfred Dickert

Erwin Momberger

Stefan Betz

Klaus Hövel

Monika Schermuly

Walter Pöllmann

Erwin Roth

Bernhard Ziegler

Rudolf Schlintz

Wolfgang Gottlieb

Beirat:

Vogelsberger Höhen Club

Naturschutzverbände/Nabu Kreisverband

Hessisches Forstamt Schotten

JLU, Inst. F. Tierökologie u. Allg.Zoologie

Region Vogelsberg Touristik GmbH

Fachdienst f. Kreis- und Regionalentwicklung

Jürgen Klein

Walter Kreß

Dr. Bernd Ott

Prof. Dr. Volkmar Wolters

Uta Nebe

Dr. Johannes Fertig

Geschäftsführer:

Forstamtsrat Rudolf Heuchert-Frischmuth

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	Körperschaft des öffentlichen Rechts
<i>Gründungsdatum:</i>	1957
<i>Verbandssatzung :</i>	Neufassung vom 16.01.2008
<i>Beteiligungen:</i>	keine

Mitglieder und Beiträge:

Mitglied	%	Verbands- Umlage €	Bismarck- turm €	Licht- loipe €
Vogelsbergkreis	42,1	47.213	615	475
Landkreis Gießen	11,1	12.439		60
Wetteraukreis	10,4	11.614		60
Stadt Schotten	13,3	14.929	615	340
Gemeinde Grebenhain	5,1	5.599		60
Stadt Ulrichstein	4,4	4.923		120
Stadt Laubach	4,0	4.447		
Stadt Gedern	3,0	3.374		
Stadt Herbstein	2,1	2.345		60
Gemeinde Lautertal	2,0	2.263		
Gemeinde Freiensteinau	0,6	715		
Stadt Nidda	0,6	636		
Gemeinde Hirzenhain	0,4	477		
Gemeinde Birstein	0,9	1.049		
Gesamt	100	112.023	1.230	1.175

Beiträge von Vereinen:

Verein	Bismarck- turm €	Licht- loipe €
TGV Schotten		60
TGV Ilbeshausen		15
VHC	615	
Gesamt	615	75

Hauswirtschaftliche Eckdaten:
Feststellung des Ergebnisses der Haushaltsrechnung

	Verwaltungs- haushalt €	Vermögens- haushalt €	Gesamt- haushalt €
Einnahmen			
Solleinnahmen (= Anordnungssoll)	264.367,03	115.000,00	376.367,03
+ neue Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00	0,00
./. Abgang alter Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00	0,00
./. Abgang alter Kasseneinnahmereste	0,00	0,00	0,00
Summe bereinigter Solleinnahmen	264.367,03	115.000,00	376.367,03
Ausgaben			
Sollausgaben (= Anordnungssoll)	264.367,03	115.000,00	376.367,03
+ neue Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00
./. Abgang alter Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00
./. Abgang alter Kassenausgabereste	0,00	0,00	0,00
Summe bereinigter Sollausgaben	264.367,03	115.000,00	376.367,03
Unterschied			
Etwaiger Unterschied bereinigte Solleinnahmen	0,00	0,00	0,00
./. bereinigte Sollausgaben	0,00	0,00	0,00
Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00

Kassenmäßiger Abschluss zur Haushaltsrechnung

Bezeichnung		Ist- beträge €
Verwaltungs- und Vermögenshaushalt		
VWH	Einnahmen	264.442,03
	Ausgaben	264.442,03
	Ist-Überschuss/-Fehlbetrag	0,00
VMH	Einnahmen	115.000,00
	Ausgaben	115.000,00
	Ist-Überschuss/-Fehlbetrag	0,00
Gesamt	Einnahmen	379.442,03
	Ausgaben	379.442,03
	Ist-Überschuss/-Fehlbetrag	0,00
VERWAHR	Einnahmen	146.121,37
	Ausgaben	120.339,16
	Ist-Überschuss	25.782,21
VORSCHUSS	Einnahmen	72.736,80
	Ausgaben	72.736,80
	Ist-Überschuss	0,00

Ermittlung des buchmäßigen Kassenbestandes

Bezeichnung	Ist-Einnahmen €	Ist-Ausgaben €	Mehreinnahmen bzw. Mehrausgaben €
Verwaltungshaushalt	264.442,03	264.442,03	0,00
Vermögenshaushalt	115.000,00	115.000,00	0,00
Verwahrgelder	146.121,37	120.339,16	25.782,21
Vorschüsse	73.968,79	73.968,79	0,00
BUCHMÄSSIGER KASSENBESTAND	598.300,20	572.517,99	25.782,21

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 1,0 Geschäftsführer (Kosten werden durch Land getragen)
 2,5 Vollzeit (1/2 Büro, 2 Arbeiter Pflegetrupps)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht
Ertragslage des Unternehmens: ausgeglichener Haushalt
Kreditaufnahmen: keine
Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine
Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft: keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Erholung, Naturschutz, Tourismus

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Naturschutz- und Landschaftspflege

Wegen der zusätzlichen Übernahme der Landesgeschäftsstelle der Hessischen Naturparke hat der Geschäftsführer des Zweckverbandes seine frühere Tätigkeit als Funktionsbeamter Naturschutz im Forstamt Schotten abgegeben. Herr Forstamtmann Reiner Koch,

ebenfalls Beamter bei Hessen - Forst, hat diese Funktion übernommen. Er ist gleichzeitig auch für die Stellvertretung im Naturpark zuständig. Diese Konstellation hat sich für die Arbeit im Naturpark und in den Naturschutzgebieten als sehr vorteilhaft erwiesen. Durch den Sturm Kyrill mit seinen verheerenden Folgen im Forstamt Schotten waren sämtliche Arbeitskräfte des Forstamtes mit der Aufarbeitung des Windwurfes beschäftigt. Aus diesem Grund wurden die Mitarbeiter des Naturparks in überdurchschnittlichem Umfang zur Pflege der Naturschutzgebiete eingesetzt. Die ungünstigen Witterungsbedingungen im Jahresverlauf verstärkten diese Entwicklung zusätzlich. Da die Leistungen der Naturparkmitarbeiter von der Oberen Naturschutzbehörde beim RP Gießen entlohnt werden, ergaben sich beträchtliche Mehreinnahmen gegenüber der Haushaltsplanung. Die Mehreinnahmen dienen im Haushaltsjahr 2008 der Einrichtung von Naturerlebnispfaden im Verbandsgebiet.

Zusammenarbeit mit den Kommunen und den Forstämtern

Der Naturpark - Pflagetrupps hat auch in 2007 schwerpunktmäßig an der qualitativen Verbesserung der Wanderwege in seiner Zuständigkeit gearbeitet. Der Sturm Kyrill machte zahlreiche Umleitungen des Vulkanring Wanderweges nötig. Der Bau einer überregionalen Gasleitung verursachte ebenfalls erhebliche Zusatzarbeiten am Verlauf der Wanderwege.

Weitere Arbeitsschwerpunkte waren:

- Qualitative Verbesserungen am Loipensystem im Bereich Oberwald
- Pflege und Instandhaltung der zahlreichen Naturpark - Einrichtungen im Verbandsgebiet
- Beseitigung des erheblichen Müllaufkommens im Verbandsgebiet
- Pflegearbeiten im Bereich des Vogelsberggartens in Ulrichstein

Nur Dank der tatkräftigen Unterstützung durch die Bauhöfe und Verwaltungen einiger Kommunen war die Fülle der Aufgaben zu erledigen. Gleicher Dank gilt auch der Forstverwaltung, insbesondere dem Heimatforstamt Schotten für die zahlreichen Hilfestellungen. Das Forstamt Schotten ist Sitz der Geschäftsstelle und der Naturparkwerkstatt. Die Schließung der Aus- und Fortbildungsstätte Schotten (Alte Forstschule in der Karl - Weber - Straße) wird in 2008 dazu führen, dass die gesamte Belegschaft des Forstamtes Schotten in diese Räume umzieht. Das bedeutet auch für die Naturpark - Geschäftsstelle einen Umzug in neue Räume.

Personalstand

Neben den beiden Stammarbeitern im Pflagetrupps des Naturparks werden seit vielen Jahren noch zahlreiche andere Mitarbeiter auf der Basis sog. „Mini - Jobs“ eingesetzt. Es handelt sich hierbei vorwiegend um Rentner, die im gesamten Verbandsgebiet hauptsächlich für die Müllentsorgung und die Pflege kleinerer Anlagen eingesetzt werden. Die gesetzlichen Regelungen dieser Niedriglohnverhältnisse bringen leider einen hohen Verwaltungsaufwand mit sich. Auch die Antragsstellung und Abwicklung von Landes- und EU- Zuschüssen ist bürokratisch sehr aufwändig.

Wir danken an dieser Stelle der Stadt Schotten und ihren Mitarbeitern für die Übernahme von Verwaltungstätigkeiten bei der Bearbeitung der Löhne.

Ein weiterer Dank muss auch dem Leiter der Kreiskasse des Vogelsbergkreises, Herrn Braun, ausgesprochen werden. Bei der haushaltstechnischen Abwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Naturparks sowie bei der Erstellung des jährlichen Haushaltsplanes leistet er seit 30 Jahren wichtige Hilfestellungen.

Neuregelungen für das Naturschutz - Informationszentrum Hoherodskopf

Die Haushaltsmittel (Personal- und Sachkosten) für das Infozentrum Hoherodskopf wurden seit 1986 durch das örtliche Forstamt Schotten verwaltet. Durch den Verkauf des ehemals landeseigenen Grundstücks an die Stadt Schotten ist nun die Zuständigkeit des Forstamtes nicht mehr gegeben.

Nach intensiven Gesprächen mit dem Hessischen Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz wurde vereinbart, die Zuständigkeit und die Mittelbewirtschaftung für die Einrichtung ab 2008 an den Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg zu übertragen. Das bedeutet zwar eine zusätzliche Arbeitsbelastung für die Geschäftsstelle, sichert aber den Fortbestand der Einrichtung die jährlich von etwa 30.000 Gästen besucht wird.

Naturparkführer

Die vom Naturpark Hoher Vogelsberg ausgebildeten Naturparkführer/innen haben ein weiteres erfolgreiches Jahr vorzuweisen. Die Nachfrage nach geführten Wanderungen, Radwanderungen und anderen Ausflügen ist zu einem festen Bestandteil im touristischen Spektrum unserer Region geworden.

Im Jahr 2007 wurden von der Naturparkbroschüre insgesamt 15.000 Stück gedruckt und weit über das Verbandsgebiet hinaus verteilt. Inzwischen ist es zu mehreren Kooperationen zwischen den Naturparkführern und anderen touristischen Anbietern, Hotels und Gastronomie gekommen.

Das erweiterte Angebot hat zu spürbar besserer Nachfrage und einer längeren Aufenthaltsdauer bei den Gästen der Region geführt.

Der größte Teil der Naturparkführer/innen wurde durch das ausgebaute und personell verstärkte Infozentrum Hoherodskopf vermittelt. Wir beabsichtigen die Angebotspalette weiter zu entwickeln und bewerben diese durch attraktive Falblätter und Broschüren.

Weitere Arbeiten der Geschäftsstelle im Jahr 2007

- Betrieb des Naturschutz-Informationszentrums Hoherodskopf und Organisation wechselnder Ausstellungen
- Exkursionen verschiedener Gruppen in die Eifel (Geo- / Vulkan - Tourismus)
- Unterstützung der touristischen Veranstaltungen rund um den 1. Mai am Hoherodskopf
- Mitarbeit im Naturschutzbeirat des Vogelsbergkreises
- Umfangreiche Pressearbeit
- Mitarbeit an der Vogelsbergrundreise des Vereines „Pro Vogelsberg“
- Koordinationsarbeiten bei der Herausgabe von Broschüren der Hessischen Naturparke auf Landesebene

- Beteiligung an zahlreichen regionalen Entwicklungsgruppen im Bereich Tourismus und Naturschutz
- Einarbeitung in den neuen Arbeitbereich der Geschäftsführung der Länderarbeitsgemeinschaft Hess. NP
- Teilnahme an Promotion - Veranstaltungen der Region Vogelsberg Touristik GmbH
- Teilnahme am Hessentag und anderen Messen
- Planung, Finanzierung und Beschaffung von Präsentationsmaterialien für die Arbeitsgemeinschaft Hess. Naturparkträger
- Mitarbeit bei der Vortragsreihe „Schottener Forum“
- Beschaffung und Vermietung der Vulkan - Velos
- Planungsarbeiten für den Bau von Naturerlebnis - Pfaden
- Aufbau der neuen Internetseite www.naturerlebnis-vogelsberg.de

Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V.

Goldhelg 20, 36341 Lauterbach
Tel.: 06641 / 977-331 - Fax: 06641 / 977-5317
E-Mail: vfb@vogelsbergkreis.de



Unternehmenszweck

Aufgaben sind:

- Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes
- Aus-, Fort- und Weiterbildung von AltenpflegerInnen
- Ausbildung von AltenpflegehelferInnen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Öffentliche Aufgabe ist es, aus Gründen der Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik für angemessene Ausbildungsmöglichkeiten der Jugendlichen zu sorgen. Partiiell erfüllt der Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V. dieser Zielsetzung.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Der Vogelsbergkreis ist Mitglied des Vereins für Berufsausbildung ohne besondere Stellung hinsichtlich Willensbildung (Vertretung in den Organen) und Finanzen. Für den Fall der Auflösung des Vereins für Berufsausbildung regelt § 13 der Satzung: Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall des Vereinszweck fällt das gesamte Vereinsvermögen nach Begleichung etwaig bestehender Schulden dem Vogelsbergkreis zu, der es ausschließlich und unmittelbar für Zwecke der Wirtschaftsförderung zu verwenden hat.

Beteiligung seit: 1984

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Wirtschaftliche Betätigung ist nur defizitär möglich, wenn eine qualifizierte Ausbildung angeboten wird (Personal- und Sachaufwand sind grenzwertig errechnet). Siehe auch u. a. Ausführungen zu Landesbeteiligung.

Organe des Unternehmens

Mitglieder:

Vogelsbergkreis	Stadt Lauterbach
Kreishandwerkerschaft Vogelsbergkreis	Vogelsberg Consult GmbH
Deutscher Gewerkschaftsbund Vogelsberg	Bildungszentrum für Elektrotechnik e.V.
Stadt Alsfeld	

Vorstand:

Rudolf Marx - Vorstandsvorsitzender

Thomas Schaumberg - Beisitzer

Peter Pilger - Beisitzer

Beratend sind vertreten:

Agentur für Arbeit
 Staatliches Schulamt
 Kreisberufsschulen Alsfeld und Lauterbach
 Arbeiterwohlfahrt
 Amt für Volkshochschule

Geschäftsführung:

Hauptamt des Vogelsbergkreises

Kassenführung/Buchhaltung:

Kreiskasse des Vogelsbergkreises

Rechnungsprüfung:

Rechnungsprüfungsamt des Vogelsbergkreises

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	eingetragener Verein
<i>Gründungsdatum:</i>	1984
<i>Satzung:</i>	04.07.1984
<i>Handelsregister:</i>	Lauterbach, Nr. 278
<i>Stammkapital:</i>	0 €
<i>Beteiligungen:</i>	keine

Hauswirtschaftliche Eckdaten:

	2007	2006 €
Einnahmen	786.735,82	773.736,54
abzügl. Übertrag aus Vorjahr	421.584,04	322.915,78
= Bereinigte Einnahme (Ifd. Betrieb)	365.151,78	450.820,76
Ausgaben (Ifd. Betrieb)	316.243,84	352.152,50
Differenz	48.907,94	98.668,26
Übertrag Folgejahre	470.491,98	421.584,04

Die Einnahmesituation auf die einzelnen Wirtschaftsjahre kann nicht ohne Korrektur verglichen werden. Hintergrund ist, dass die Landeszuweisungen aus den Vorjahren Abrechnungsbeträge enthalten bzw. die Vorauszahlung für die laufenden Maßnahmen in unterschiedlicher Höhe in einem Wirtschaftsjahr eingehen.

Der Übertrag aus Vorjahren resultiert aus positiven Abschlüssen seit der Vereinsgründung. Die Mittel sind als Rücklagen geführt und werden für die Deckung von Defiziten der wirtschaftlichen Betätigung (Lehranstalt für Altenpflege) eingesetzt. Die Finanzierung der Lehranstalt für Altenpflege erfordert im Durchschnitt eine Bezuschussung, da die Einnahmen den Aufwand nicht voll abdecken.

Die jährlichen Abschlüsse zeigen unterschiedliche Ergebnisse da der Landesanteil (Schulgeld) überlappend, d.h. über den Jahreswechsel hinaus abgerechnet werden.

Die Einnahmesituation ist nicht stabil, da die Landesbeteiligung abhängig ist von den Schülerzahlen. Diese sind abhängig von den Ausbildungsplätzen, die die Altenpflegeeinrichtungen anbieten und besetzen. Stabilität könnte dadurch erreicht werden, dass die Landesbeteiligung unabhängig von den tatsächlichen Schülerzahlen bemessen wird.

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 3 Vollzeitkräfte
 3 Teilzeitkräfte
 ca. 12 Honorarkräfte (Lehrauftrag)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Entgegen früheren finanziellen Beteiligungen durch den Vogelsbergkreis gewährt der Vogelsbergkreis in den letzten Jahren keine Zuschüsse mehr für den Betrieb Verein für Berufsausbildung. Wie vorstehend erwähnt, werden z. Zt. die Defizite aus Überschüssen der Vorjahre gedeckt. Soweit Überschüsse in der Zukunft verbraucht sind, erfordert der Betrieb Verein für Berufsausbildung - Lehranstalt für Altenpflege eine Kreisbeteiligung.

Der Vogelsbergkreis verrechnet keine Kostenanteile für Geschäftsführung, Kreiskasse Rechnungsprüfungsamt, so dass hierüber eine Kreisbeteiligung festzustellen ist.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht

Kreditaufnahmen: keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft: keine

In früheren Jahren konnte bei Beendigung von Ausbildungsbereichen vorhandene Investitionsgüter (Einrichtungen, Möbel) dem Vogelsbergkreis kostenfrei zur Nutzung überlassen werden. Diese Investitionsgüter verblieben in den jeweiligen Schulen (Kreisberufsschule Alsfeld und Lauterbach).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Der Verein für Berufsausbildung bietet jährlich durchschnittlich 20 Schulplätze für die qualifizierte Ausbildung in der Altenpflegeschule an. Fast jährlich kann auch für die AltenpflegehelferInnen Ausbildung angeboten werden. Damit wird sichergestellt, dass

Ausbildungsplätze in den Einrichtungen angeboten werden können. Hinzu kommt, dass Nachfrage nach qualifiziertem Personal durch die Altenpflegeeinrichtung gedeckt werden kann. Zusätzlich bietet die Altenpflegeschule Weiterbildung an, so dass vorhandenes Personal der Einrichtungen nachqualifiziert wird. Qualität in der Altenpflege wird damit sichergestellt.

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Aufgrund geringer Fördermöglichkeiten vom Land Hessen können Ausbildungen in gewerblichen Bereichen nicht mehr stattfinden. Der Verein für Berufsausbildung führt somit nur noch die Altenpflegeschule - Lehranstalt für Altenpflege zur Ausbildung von AltenpflegehelferInnen (1-jährig) und AltenpflegerInnen (3-jährig). Zusätzlich werden Fort- und Weiterbildungskurse angeboten.

Der durchschnittliche Finanzbedarf des Vereins für Berufsausbildung (jährliche Ausgaben) liegt bei rund 350.000,00 €. Die Finanzierung erfolgt im wesentlichen aus Schulgeldzahlungen des Landes. Der Verein ist zur Zeit noch in der Lage, die jährliche Restfinanzierung aus Rücklagen sicher zu stellen.

Die Lehranstalt für Altenpflege hatte zu Beginn des Jahres 2007 noch 62 Auszubildende AltenpflegerInnen und 17 Auszubildende AltenpflegehelferInnen in Ausbildung.

Inzwischen sind 6 AltenpflegerInnen und 7 AltenpflegehelferInnen aus dem Auszubildendenverhältnis ausgeschieden.

13 TeilnehmerInnen haben Anfang Oktober 2007 die einjährige Ausbildung zur Altenpflegehilfe erfolgreich beendet.

Ebenfalls Anfang Oktober 2007 beendeten 21 AltenpflegerInnen die dreijährige Ausbildung erfolgreich. Darunter sind 5 TeilnehmerInnen, die vorher die Ausbildung zur AltenpflegehelferIn absolvierten.

Im Oktober 2007 wurden in den laufenden Kurs 4 AltenpflegehelferInnen aufgenommen, die die Ausbildung zur/m AltenpflegerIn fortsetzen.

Anfang Oktober 2007 startete ein neuer Kurs bei der Lehranstalt für Altenpflege. 19 TeilnehmerInnen begannen die 3-jährige Ausbildung zur/m AltenpflegerIn und 9 TeilnehmerInnen starten die 1-jährige Ausbildung zur/m AltenpflegehelferIn.

Ausblick:

Obwohl die Schülerzahlen jährlich variieren, ist ein Bedarf an Schulplätzen deutlich erkennbar. Ebenfalls ist die Nachfrage nach Weiterbildung uneingeschränkt vorhanden.

Vogelsberg Consult

Gesellschaft für Regionalentwicklung
und Wirtschaftsförderung mbH

Fulder Tor 30, 36304 Alsfeld

Am Schlossberg 32, 36304 Alsfeld-Altenburg (ab 01.01.2008)

Tel.: 06631 / 9616-0 - Fax: 06631 / 9616-16

E-Mail: info@vogelsberg-consult.de

Internet: www.vogelsberg-consult.de

Vogelsberg Consult [Gesellschaft für
Regionalentwicklung und
Wirtschaftsförderung mbH

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Initiierung und Durchführung von Projekten, die durch die Europäische Union gemäß dem LEADER-Programm sowie das Land Hessen durch ergänzende Mittel unterstützt werden, in eigener Regie oder durch Beauftragung von fachkundigen Institutionen und Personen,
- die Initiierung und Begleitung von Innovationsprozessen,
- die Förderung von Existenzgründungen,
- die Förderung und Sicherung des Bestandes an Unternehmen,
- die Förderung von Wachstumsbranchen,
- die Steigerung der Zahl der Ausbildungsplätze,
- die Steigerung der kommunalen Wirtschaftskraft,
- die Mitwirkung am effizienten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente,
- die Erstellung regionaler Analysen und Gutachten,
- die Entwicklung und den Vertrieb von Softwareprodukten

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Wirtschaftsförderung/Regionalentwicklung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 01/1999 (Verschmelzung DIVO/LEADER)

Anteile in %: 33,0 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Wirtschaftsförderung/Regionalentwicklung

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Landrat Rudolf Marx	Werner Braun - Vorsitzender
Heinz Geißel	Hans Rupp
Karl-Heinz Krug	Volker Orth
Hans-Jürgen Schäfer	Günter Sedlak - Vorstands-Vorsitzender
Dr. Bernd Stumpf	

Beirat:

Landrat Rudolf Marx (Vors.)	J. Ackermann	Gudrun Huber
Klaus Schönfeld	Hans Rupp	E. Fauß (stellv. Vors.)
Eva Goldbach	Hildegard Maaß	Hildegard Pollak
Dieter Boß	Erwin Mönning	Kurt Wiegel
Gerda Krömmelbein	Ulrich Roth	Markus Gilbert /
Margret Jöckel	Dr. Wolfgang Denhöfer	Dr. Frank Wendzinski
R.-H. Vollmöller	Eberhard Ritzel	

Geschäftsführung: Dipl.-Ing. Thomas Schaumberg

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH
Gründungsdatum: 18.06.1999
Gesellschaftsvertrag: 25.06.2007
Handelsregister: Gießen, HRB 5341
Stammkapital: 250.650 €
Beteiligungen: keine

Gesellschafter:

Sparkasse Oberhessen	VR Bank HessenLand eG
Volksbank Lauterbach-Schlitz eG	Volksbank Ulrichstein eG
Volksbank eG Grebenhain-Crainfeld	Spar- und Darlehenskasse Stockhausen eG
Vogelsbergkreis	Wirtschaftsförderung Vogelsberg-Region e.V.
Stadt Alsfeld	Gemeinde Antrifftal
Gemeinde Feldatal	Gemeinde Freiensteinau
Gemeinde Gemünden (Felda)	Stadt Grebenau
Gemeinde Grebenhain	Stadt Herbstein
Stadt Homberg (Ohm)	Stadt Kirtorf
Stadt Lauterbach	Gemeinde Lautertal
Gemeinde Mücke	Stadt Romrod
Stadt Schlitz	Stadt Schotten
Gemeinde Schwalmtal	Stadt Ulrichstein
Gemeinde Wartenberg	

Stammeinlagen

	€	in %
Vogelsbergkreis	82.700,00	33,0
Sparkasse Oberhessen	62.250,00	24,8
Wirtschaftsförderung Vogelsberg-Region e.V.	37.500,00	15,0
VR Bank HessenLand eG	36.500,00	14,6
Volksbank Lauterbach Schlitz eG	19.750,00	7,9
Volksbank eG Ulrichstein	2.500,00	1,0
Volksbank eG Grebenhain-Crainfeld	2.500,00	1,0
Spar- und Darlehenskasse Stockhausen eG	1.000,00	0,4
Stadt Alsfeld	900,00	0,4
Kreisstadt Lauterbach	750,00	0,3
Stadt Schotten	550,00	0,2
Gemeinde Mücke	500,00	0,2
Stadt Schlitz	500,00	0,2
Stadt Homberg/Ohm	400,00	0,2
Gemeinde Grebenhain	250,00	0,1
Stadt Herbstein	250,00	0,1
Gemeinde Freiensteinau	200,00	0,1
Stadt Kirtorf	200,00	0,1
Gemeinde Schwalmtal	200,00	0,1
Stadt Ulrichstein	200,00	0,1
Gemeinde Wartenberg	200,00	0,1
Gemeinde Feldatal	150,00	0,1
Gemeinde Gemünden (Felda)	150,00	0,1
Stadt Grebenau	150,00	0,1
Gemeinde Lautertal	150,00	0,1
Stadt Romrod	150,00	0,1
Gemeinde Antrifftal	100,00	0,0
	<u>250.650,00</u>	<u>100,0</u>

Bilanz des Unternehmens
AKTIVA

	2007 €	2006 €
<u>A. Anlagevermögen</u>		
I. Immat. Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten	1,00	841,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	26.597,00	0,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	29.939,00	33.605,00
	56.536,00	34.446,00
<u>B. Umlaufvermögen</u>		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	151.571,47	179.905,13
2. Sonstige Vermögensgegenstände	35.538,71	42.671,63
	187.110,18	222.576,76
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	258.579,19	358.549,13
	445.689,37	581.125,89
<u>C. Rechnungsabgrenzungsposten</u>	32.455,00	3.864,76
	534.681,37	619.436,65

PASSIVA

	2007 €	2006 €
<u>A. Eigenkapital</u>		
I. Gezeichnetes Kapital	250.650,00	250.650,00
II. Kapitalrücklage	256.163,41	256.163,41
III. Gewinnrücklagen	58.399,96	0,00
IV. Verlustvortrag	-93.354,25	-93.354,25
V. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-19.571,87	58.399,96
	452.287,25	471.859,12
<u>B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen</u>	1.789,33	2.305,10
<u>C. Rückstellungen</u>		
1. Sonstige Rückstellungen	22.100,00	17.081,00
<u>D. Verbindlichkeiten</u>		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	8,90
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	41.979,05	13.233,55
3. Sonstige Verbindlichkeiten	8.069,40	114.948,98
	50.048,45	128.191,43
<u>E. Passiver Rechnungsabgrenzungsposten</u>	8.456,34	0,00
	534.681,37	619.436,65

Gewinn- und Verlustrechnung

	2007 €	2006 €
1. Umsatzerlöse	684.404,71	601.085,80
2. Sonstige betriebliche Erträge	533,13	1.961,74
- davon Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen: € 515,77 (i.V. € 675,77)		
	684.937,84	603.047,54
3. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	188.714,91	110.953,43
	188.714,91	110.953,43
4. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	463.412,10	437.171,26
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	102.758,45	101.047,69
- davon für Altersversorgung € 486,24 (i.V. € 3.070,15)		
	566.170,55	538.218,95
5. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	18.681,20	23.010,76
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	271.403,45	210.143,67
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.757,26	5.881,65
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	796,86	703,00
	1.037.009,71	877.148,16
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-352.071,87	-274.100,62
10. Außerordentliche Erträge	332.500,00	332.500,00
11. Außerordentliches Ergebnis	332.500,00	332.500,00
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	0,21
13. Sonstige Steuern	0,00	0,37
14. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-19.571,87	58.399,96

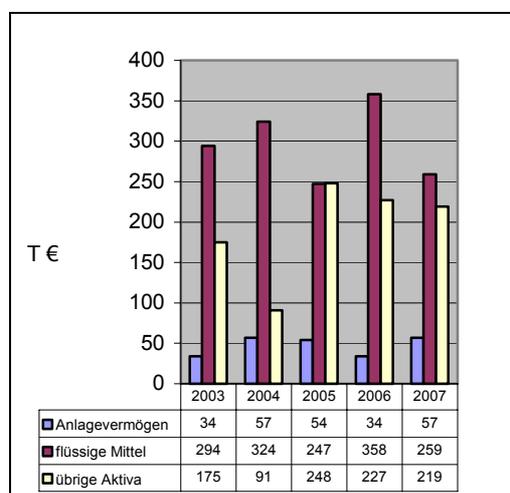
Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 12,5 Vollzeitstellen (Jahresdurchschnitt)

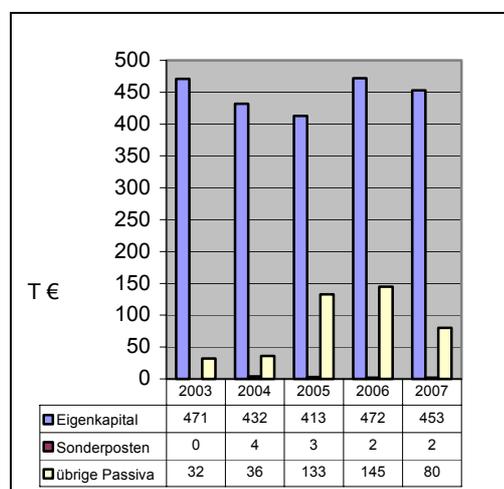
Jahresergebnis und Budget 2006:

	<u>2007 / €</u>	<u>2006 / €</u>
Budget	1.045.766	882.300
darin enthalten:		
- Leistungen des Vogelsbergkreises	332.500	332.500
- selbst erbrachte Leistungen	693.696	608.929

Vermögensstruktur



Kapitalstruktur



Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Dienstleistungsvertrag November 2004: jährlicher Zuschuss 332.500 €

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Siehe Lagebericht

Ertragslage des Unternehmens:

siehe Tabelle nächste Seite

Kreditaufnahmen:

keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:

keine

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:

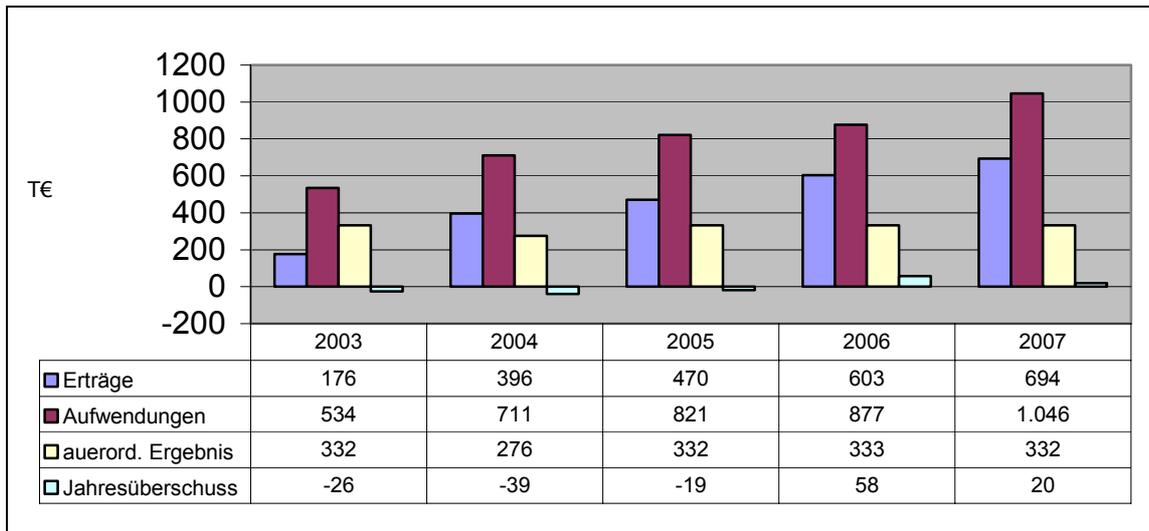
Stammeinlage VBK 33 % =
82.700 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Die Vogelsberg Consult ist in den im Unternehmensgegenstand genannten Bereichen erfolgreich tätig.

Ertragslage des Unternehmens:



Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Das Geschäftsjahr 2007 - Fazit und Ausblick

Die Vogelsberg Consult GmbH behielt auch im abgelaufenen Jahr ihre strategische Ausrichtung bei. Im Bereich Regionalmanagement setzt sie auf Partizipation und Einbindung regionaler Akteure, während sie im Bereich Wirtschaftsförderung unternehmensnahe Dienstleistungen ins Zentrum stellt. Beide Linien haben sich bewährt.

Aus den Leistungen des Gesellschafters Vogelsbergkreis, die vertraglich bis Ende 2008 vereinbart worden sind, bestreitet die Vogelsberg Consult GmbH die Finanzierung der entgeltfreien Grundberatung für GründerInnen und Unternehmen, der Veranstaltungskosten (Informationsveranstaltungen, Tagungen), die Kofinanzierung für Qualifizierungsmaßnahmen, die Fördermittelakquise für die Region Vogelsberg (z.B. EQUAL) sowie Projektentwicklungen und -umsetzung der Vorhaben aus dem Regionalen Entwicklungskonzept. Die Art der Dienstleistungen der Vogelsberg Consult GmbH ist im Vertrag mit dem Vogelsbergkreis beschrieben. Der Vertrag mit dem Vogelsbergkreis wurde im Herbst 2004 um weitere vier Jahre (bis Ende 2008) verlängert. Der Vogelsberg Consult GmbH stehen allerdings im Vergleich zu den Vorjahren eine jährliche um rd. 75.000 € reduzierte Leistung des Gesellschafters Vogelsbergkreis zur Verfügung.

Eine Hauptaufgabe im Jahr 2007 war die Koordination der EQUAL-Entwicklungspartnerschaft „Tandem“. Das Gesamtvolumen aller Teilprojekte der regionalen Partner beträgt rund 5 Mio. EUR, der ESF-Anteil beläuft sich auf nahezu 2,2 Mio. EUR. Die Vogelsberg Consult GmbH hat im Rahmen der Entwicklungspartnerschaft die vom BMAS bzw. der EU vorgegebenen Aufgaben der nationalen und transnationalen Koordination sowie der mittelverwaltenden Stelle übernommen und darüber hinaus das Teilprojekt „Unternehmenscoach“ durchzuführen. Die vorgenannten Aufgaben und das Teilprojekt banden erhebliche Ressourcen, die in diesem Fall in unserem regionalen Aufgabengebiet eingesetzt werden können. Durch EQUAL ist es uns in 2007 gelungen, die Einbußen im Auftragsvolumen des Vogelsbergkreises auszugleichen, ohne unser Dienstleistungsspektrum für die heimischen Betriebe einzuschränken. Im November 2007 wurde die Entwicklungspartnerschaft erfolgreich beendet. Einige in der EQUAL-Phase erfolgreichen Maßnahmenfelder sollen auch in 2008 fortgeführt und finanziert werden, wie etwa die Gründungsberatung für arbeitslose Personen oder auch die Weiterbildungsberatung im Rahmen des Hessencampus. Insgesamt hat die Entwicklungspartnerschaft für alle am Arbeitsmarkt beteiligten Organisationen wertvolle Impulse gebracht.

Beratungsangebot

Das Beratungsangebot der Vogelsberg Consult GmbH umfasst Existenzgründungsberatung und -coaching, Finanzierungs- und Fördermittelberatung, Unternehmenssicherungsberatung sowie Ausbildungsberatung. Im Vergleich zum Vorjahr war abermals eine Zunahme bei den Existenzgründungsberatungen zu verzeichnen. Dies ist vor allem unserem EQUAL-Teilprojekt „Unternehmenscoach“ geschuldet, das Gründungen aus Arbeitslosigkeit und Beschäftigung fördert und betreut. Während die Zahl der Beratungen im Bereich Ausbildung gleich geblieben ist, waren die Bestands- und Technologieberatungen rückläufig.

Qualifizierungsoffensive IV der Durchführungsphase

Die Ziele der Qualifizierungsoffensive sind innovative Weiterbildung für Führungskräfte und Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen zu entwickeln und durchzuführen sowie die regionale Weiterbildungsquote insgesamt zu erhöhen. Die Finanzierung basiert auf Mitteln der Europäischen Union, der beteiligten Unternehmen und der Vogelsberg Consult GmbH.

Die 2004 ins Netz gestellte Weiterbildungsdatenbank www.weiterbildung-vogelsberg.de hat sich etabliert. Im Jahr 2007 stieg die Zahl der Besuche der Website um 50 % im Vergleich zum Vorjahr auf rund 48.000 an.

In 2007 wurde die Qualifizierungsoffensive IV (2005 - 2008) umgesetzt. Das Angebot beinhaltet Seminare für MitarbeiterInnen aus Unternehmen der Hotellerie und Gastronomie, Weiterbildung für Sekretariat und Assistenz sowie betriebswirtschaftliche Fragestellungen sowie Netzwerk- und Datenbankadministration. Die Qualifizierungsoffensive IV endet Mitte 2008 und wird im Anschluss mit einer geänderten strategischen Ausrichtung fortgeführt.

Ausbildungsförderung

In der Laufzeit (4/2004 bis 3/2007) unseres Projektes im Rahmen des STAReio-Programms (Strukturverbesserung der Ausbildung in ausgewählten Regionen) des BMBF ist es uns gelungen, 98 zusätzliche Ausbildungsplätze zu akquirieren, 34 Unternehmen als erstmalige Ausbilder zu gewinnen und 50 zusätzliche Ausbildungsstellen auch zu besetzen. Die erfolgreiche Bewerbung um das „Nachfolgeprogramm“ JOBSTARTER erlaubt es uns, die Aktivitäten für zusätzliche Ausbildungsplätze und -verträge bis Mitte 2009 im bisherigen Umfang fortzusetzen.

Hessenweite Einbindung

Die Vogelsberg Consult GmbH arbeitet in verschiedenen Arbeitsgruppen des Vereins MitteHessen e.V. mit (AG der mittelhessischen Wirtschaftsfördereinrichtungen, AK Bildung). Darüber hinaus vertritt sie die Hessischen LEADER-Regionen im Ziel II-Begleitausschuss des Landes Hessen, der beim HMWVL angesiedelt ist.

Im Rahmen der mittelhessischen Aktivitäten waren wir im Arbeitskreis der mittelhessischen Wirtschaftsfördereinrichtungen an der Vorbereitung der verschiedenen Standortmarketingmaßnahmen beteiligt, darunter die Teilnahme an der EXPO REAL in München im Oktober 2005, 2006 und 2007. Darüber hinaus hat die Vogelsberg Consult GmbH für die elf hessischen Regionalforen die Beantragung, finanzielle Abwicklung und in Teilen die inhaltliche Vorbereitung einer Veranstaltungsreihe übernommen. Der Start war am 14. März 2006 in Romrod. In 2006 folgten drei weitere Veranstaltungen mit Teilnehmern aus ganz Hessen in den Regionen Kellerwald, Kassel und Knüll. Im Januar und Juni 2007 folgten die aktiv an der Ausgestaltung der Politik für den ländlichen Raum in Hessen mitwirken, gerade auch im Hinblick auf die Herausforderungen des demografischen Wandels.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Mit dem Geschäftsführer waren am 31.12.2007 bei der Vogelsberg Consult GmbH insgesamt 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Die Vogelsberg Consult GmbH stellt Arbeitsplätze für 7 Vollzeit- (darunter eine Auszubildende), 5 Teilzeit und 3 geringfügig Beschäftigte zur Verfügung. Umgerechnet sind es insgesamt 12,5 Vollzeitstellen. Vier Arbeitsverhältnisse sind befristet, angepasst an die Laufzeiten der jeweiligen Projekte bzw. die Ausbildungsdauer.

Insgesamt hat das Team im Jahr 2007 94 Veranstaltungen geplant und durchgeführt. Durch ihr gleich bleibend großes Engagement gewährleisteten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die hohe Qualität der Dienstleistungen für die heimischen Unternehmen.

Das Jahresergebnis und das Budget 2007

Das Budget der Vogelsberg Consult GmbH (Personal- und Materialaufwand, sonstige betriebliche Aufwendungen und Abschreibungen) betrug im Jahr 2007 rund 1.045.766 € (Vorjahr: 882.300 €). Darin enthalten sind Leistungen des Gesellschafters Vogelsbergkreis im Jahr 2007 in Höhe von 332.500 € (Vorjahresbetrag: 332.500 €), die zur Abdeckung des negativen Betriebsergebnisses geleistet worden sind. Nahezu 693.696 € (in 2006: 608.929 €) hat die Vogelsberg Consult GmbH durch Unternehmensberatungen, Projektaufträge

sowie akquirierte Projektmittel selbst erbracht. Im Geschäftsjahr 2007 ist ein Jahresfehlbetrag von 19.572 € ausgewiesen.

Ausblick:

Die Auftragslage für die erste Hälfte des Jahres 2008 ist aufgrund der laufenden Programme Qualifizierungsoffensive IV bzw. Jobstarter gut. Die Bewerbung um die Verlängerung JOBSTARTER bis Mitte 2011 erlaubt es uns - eine erfolgreiche Akquisition vorausgesetzt - in diesem Arbeitsfeld mittelfristig zu planen. Die Qualifizierungsoffensive V (Juni 2008 bis Mai 2010) wird derzeit geplant und im Juni 2008 beim Hess. Wirtschaftsministerium beantragt. Die Umsätze liegen im erwarteten Bereich.

Umsatzerwartungen sind auch an die von uns entwickelte Software Input+ geknüpft, die in 2006 fertig gestellt wurde und in Banken zum Einsatz kommen wird. Bisher wurden zwei Banken als Kunden gewonnen. Die für das Jahr 2007 erwarteten Erlöse von rd. 100.000 € konnten nicht erzielt werden. Im ersten Quartal 2008 konnten dagegen bereits rd. 90.000 € aus dem Verkauf der Software, für die ein Patent beantragt wurde, umgesetzt werden. Gleichbleibendes bzw. steigendes Interesses der Banken vorausgesetzt könnte dieses Geschäftsfeld zu dritten Finanzierungssäule der Vogelsberg Consult GmbH werden. Der Rechtsstreit mit der Gemeinde Freiensteinau wurde in 2007 beigelegt, so dass daraus keine weiteren Belastungen für die Vogelsberg Consult GmbH zu erwarten sind.

Die noch im Lagebericht 2005 für die Jahre ab 2008 prognostizierte „Durststrecke“ in Bezug auf die Erlöse aus EU-, Bundes- und Landesprogrammen wird voraussichtlich nicht in dem erwarteten Ausmaß eintreten. Das in diesem Zusammenhang erwähnte zusätzliche Einsparpotential durch die Zusammenlegung der beiden Betriebsstätten Ende 2007 kann in 2008 realisiert werden.

Region Vogelsberg Touristik GmbH

Vogelsbergstr. 137a, 63679 Schotten
Tel.: 06044 / 96 48 48 - Fax: 06044 / 96 48 49
E-Mail: info@vogelsberg-touristik.de
Internet: www.vogelsberg-touristik.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

- der Aufbau eines Servicecenters für Touristen,
- die Vermarktung, Präsentation und Positionierung der Region und ihrer Angebote,
- die Einrichtung einer Koordinations-, Informations- und Beratungsstelle für Gastronomie und touristische Anbieter,
- die Förderung der regionalen Kooperation,
- die Moderation regionaler Interessengruppen,
- die Entwicklung und Verbesserung von Tourismusprodukten und die Angebotskoordination,
- die Entwicklung einer Dachmarke Vogelsberg,
- das Anbieten spezifischer Dienstleistungen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Touristische Vermarktung der Region
Steigerung Brutto-Inlands-Produkt

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: Gründung 2001

Anteile in %: 25,37 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Das Unternehmen hat keine rein betriebswirtschaftliche Ausrichtung.

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Vogelsbergkreis	Landrat Rudolf Marx - Vorsitzender
Wetteraukreis	Kreisbeigeordneter Bardo Bayer
Städte/Gemeinden Vogelsbergkreis	Bgm. Manfred Dickert
Städte/Gemeinden Wetteraukreis	Bgm. Elfriede Pfannkuche - stell. Vorsitzende
Städte/Gemeinden Landkreis Gießen	Bgm. Claus Spandau
IHK Gießen-Friedberg	Markus Gilbert (bis 31.05.2007)
	Dr. Frank Wendzinski (ab 01.06.2007)
HOGA Vogelsbergkreis	Ulrich Roth
Pro Vogelsberg Touristik e.V.	Hubert Straub
VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen	Armin Klein

Geschäftsführung: Frau Uta Nebe, Dipl.-Betriebswirtin

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	GmbH
<i>Gründungsdatum:</i>	19.12.2001
<i>Gesellschaftsvertrag:</i>	19.12.2001, zuletzt geändert am 29.11.2007
<i>Handelsregister:</i>	Friedberg, HRB 5746
<i>Stammkapital:</i>	134.000 €
<i>Beteiligungen:</i>	keine

Gesellschafter:

Gesellschafter	Stamm- einlage €
Vogelsbergkreis	34.000,00
Wetteraukreis	21.250,00
Gemeinde Antrifttal	250,00
Gemeinde Feldatal	500,00
Gemeinde Freiensteinau	1.000,00
Gemeinde Gemünden (Felda)	250,00
Gemeinde Grebenhain	5.500,00
Stadt Herbstein	4.000,00
Stadt Homberg/Ohm	2.000,00
Stadt Kirtorf	250,00
Kreisstadt Lauterbach	4.000,00
Gemeinde Lautertal	250,00
Stadt Romrod	250,00
Stadt Ulrichstein	3.250,00
Stadt Schlitz	1.500,00
Stadt Schotten	3.000,00
Gemeinde Schwalmtal	250,00
Gemeinde Wartenberg	250,00
Stadt Laubach	4.500,00

Gesellschafter	Stamm- einlage €
Stadt Gedern	2.750,00
Gemeinde Hirzenhain	250,00
Gemeinde Echzell	250,00
Stadt Birstein	500,00
IHK Gießen-Friedberg	2.500,00
HoGa Hotel- und Gaststättenverband Vogelsberg e.V.	2.500,00
Pro Vogelsberg Touristik e.V.	1.500,00
Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (ehemals Vogelsberger VG)	1.500,00
Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (ehemals Wetterauer VG)	1.500,00
Main-Kinzig-Kreis	5.000,00
Tourist Center Alsfeld GmbH	5.000,00
Gemeinde Glauburg	250,00
Stadt Nidda	12.750,00
Gemeinde Ranstadt	250,00
Bauernhof und Landurlaub im Vogelsberg und Spessart e.V.	1.500,00
Stadt Hungen	1.000,00
Stadt Grünberg	4.500,00
Stadt Ortenberg	1.000,00
Stadt Büdingen (ab 2008)	3.250,00

Bilanz des Unternehmens
AKTIVA

	2007 €	2006 €
A. Anlagevermögen		
I. Immat. Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten	105,00	314,00
II. Sachanlagen		
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	16.928,00	23.726,00
	17.033,00	24.040,00
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Fertige Erzeugnisse und Waren	6.684,14	4.358,35
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.114,78	6.470,08
2. Sonstige Vermögensgegenstände	3.707,49	6.934,32
	8.822,27	13.404,40
III. Kassenbestand, Bundesbank-, guthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	171.230,67	136.515,42
C. Rechnungsabgrenzungsposten	330,88	478,22
	204.100,96	178.796,39

PASSIVA

	2007 €	2006 €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	130.750,00	129.750,00
II. Verlustvortrag/Gewinnvortrag	25.063,21	-7.210,24
III. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-4.050,66	32.273,45
	151.762,55	154.813,21
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	2.478,50	4.043,60
C. Rückstellungen		
1. Sonstige Rückstellungen	32.960,02	13.399,22
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.490,54	640,00
2. Sonstige Verbindlichkeiten	8.064,70	5.650,36
	16.555,24	6.290,36
E. Rechnungsabgrenzungsposten	344,65	250,00
	204.100,96	178.796,39

Gewinn- und Verlustrechnung

	2007 €	2006 €
1. Umsatzerlöse	119.431,76	70.985,89
2. Gesamtleistung	119.431,76	70.985,89
3. Sonstige betriebliche Erträge	242.773,82	242.986,91
4. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	4.990,81	4.586,23
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	65.964,59	39.053,98
	<u>70.955,40</u>	<u>43.640,21</u>
5. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	91.681,74	88.911,03
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - davon für Altersversorgung € 1.000,00 (i.V. € 2.000,00)	20.471,02	23.012,71
	<u>112.152,76</u>	<u>111.923,74</u>
6. Abschreibungen	7.494,53	9.549,10
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	179.850,64	120.134,73
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.595,16	3.926,09
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1,07	11,72
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3.653,66	32.639,39
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	-1,06
12. Sonstige Steuern	397,00	367,00
13. Jahresfehlbetrag	-4.050,66	32.273,45

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 4 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Dienstleistungsvertrag Januar 2002: Zuschuss 75.652,00 €

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht

Kreditaufnahmen: keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : Stammeinlage 25,37 % =
Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die 34.000 € (2001)
Haushaltswirtschaft

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Verbesserung der touristischen Infrastruktur.
 Touristische Vermarktung der Region.

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Das Unternehmen hat keine rein betriebswirtschaftliche Ausrichtung. Um den Auftrag, die „Förderung des Tourismus der Region“ zu erfüllen, sind übergreifende, strategische Aufgaben ebenso wichtig, wie die direkte Betreuung der Kunden und das Generieren eigener Umsätze und Margen. Ziel ist ein betriebswirtschaftlicher Erfolg für die GmbH, aber auch für die direkt am Tourismus beteiligten Unternehmen. Im Falle eines Zielkonfliktes ist abzuwägen, ob eigene wirtschaftliche Ziele oder der Nutzen für andere Unternehmen Priorität haben. Die Tätigkeiten im Unternehmen orientieren sich an ihrem Nutzen für die Tourismusbranche in der Region Vogelsberg im Sinne einer nachhaltigen touristischen Entwicklung.

Insofern ist ein Jahresüberschuss nicht Ziel des Unternehmens, sondern die wirtschaftliche Nutzung der zur Verfügung stehenden Ressourcen um eine möglichst hohe Wirkung zu erzielen.

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2007 mit einem Jahresfehlbetrag von 4.050,66 € (Vorjahr Jahresüberschuss von 32.273,45 €) ab. Der auf das Geschäftsjahr 2007 übertragene Betrag von 25.063,34 € wurde insofern nicht aufgebraucht. 21.012,68 €

stehen somit für das Geschäftsjahr 2008 zur Verfügung. Grund dafür sind vorwiegend eine höhere Refinanzierungsquote als kalkuliert für das Radmagazin und geringere Portokosten. Für eine von der Gesellschaft aufgelegte Broschüre „Wandern ... auf neuen Wegen“ und eine Bestandsaufnahme der Qualität des Vulkanrings Vogelsberg wurden Fördermittel im Rahmen eines Förderantrages des Vogelsbergkreises für „ExtraTouren und Qualifizierung Vulkanring“ bewilligt und dem Kreis dafür eine Kofinanzierungszusage erteilt.

Die Mittel in Höhe der Zusage wurden als Rückstellung gebucht, da der Kreis für die Leistungen in 2007 in Vorlage getreten ist, eine Berechnung an die Region Vogelsberg Touristik GmbH aber noch nicht erfolgte. Da der Förderantrag von der IBH noch nicht abgerechnet wurde, ist nicht sicher, ob alle eingereichten Leistungen als förderfähig akzeptiert werden. Wenn Teile nicht gefördert werden, könnte sich der erforderliche Finanzierungsbedarf erhöhen.

Die Umsatzerlöse betragen im Berichtsjahr 119.431,76 € netto (Vorjahr: 70.985,89 €). Dieser Betrag setzt sich zusammen aus 11.180,47 € (Vorjahr: 5.224,53 €) Erlöse aus Prospektservice und Anschließbeiträgen für Messen, 32.338,74 € (Vorjahr: 13.326,09 €) Erlöse aus Anzeigen und Einträgen in Broschüren, 32.570,91 € (Vorjahr 32.596,17 €) Zuschüsse der Zweckverbände Vulkanradweg, der AG-Mitglieder Vulkanradweg und des Sponsors Hassia, 21.665,42 € (Vorjahr: 13.666,38 €) freiwillige Portokostenzuschüsse der Kunden und Umsätze der Warenabgabe, 10.000 € (Vorjahr: 0 €) Marketingzuschuss der an den ExtraTouren beteiligten Städte, 11.676,22 € (Vorjahr: 6.172,72 €) sonstige Erlöse für Dienstleistungen wie Klassifizierungen und Eigenveranstaltungen sowie koordinierte Leistungen, die weiterberechnet wurden.

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen werden insbesondere 232.231,25 € (Vorjahr: 230.927,25 €) an Einnahmen aus den Dienstleistungsverträgen mit den Kommunen und Kreisen ausgewiesen. Außerdem wurden 4.595,16 € (Vorjahr: 3.926,09 €) an Zinsen und ähnlichen Erträgen erzielt.

Aus den zur Verfügung stehenden Mitteln wurden die Kosten des Geschäftsbetriebes gedeckt sowie ein Beitrag an den Hessischen Tourismusverband in Höhe von 3.286,61 € geleistet. Die Vermarktung der Kataloge schlug sich in den Kosten für die Warenabgabe nieder (Portokosten, Frachten, Vertriebskosten). Sie betragen im Berichtsjahr 5.150,24 € und lagen damit weit unter den kalkulierten Kosten von 10.000 €, da die Broschüren als Büchersendung versandt wurden, was die Post aber nunmehr untersagt hat. Schriftlich wurden 2.711 (Vorjahr: 3.818) Prospektanfragen beantwortet. Grund für die gegenüber dem Vorjahr geringeren Prospektanfragen war weniger „Katalogwerbung“ in Printmedien, da das neue Radmagazin als Verkaufsware produziert wurde und somit einer Preisbindung unterlag. Stattdessen wurden im Zeitraum April bis November 1.555 Exemplare über den Zeitschriftenhandel verkauft. Im Berichtsjahr war die Region mit einem eigenen Stand alleine 11 mal auf zwei- oder mehrtägigen Veranstaltungen und Messen vertreten und 6 mal auf eintägigen Veranstaltungen, meist Radreisemärkte, die vom ADFC in verschiedenen Städten veranstaltet werden. An weiteren 6 Messen wurden die Themenkataloge an Themenständen zum Radfahren ausgelegt sowie auf der Wächtersbacher Messe vom Main-Kinzig-Kreis. In der Tourist Information Offenbach wurden während einer Themenwoche

die Prospekte der Region Vogelsberg angeboten. Mit dem Dienstleister „PBV Tourismus Consulting“ wurde erstmals eine Road Show mit einem gestalteten Wohnmobil organisiert. Hier wurden insgesamt 9 Veranstaltungen an insgesamt 12 Tagen besucht. An der Finanzierung beteiligten sich neben der Region Vogelsberg Touristik GmbH (1/3) und Sponsoren (1/3) auch die Kommunen Grünberg, Freiensteinau, Herbstein, Ulrichstein, Gedern, Schotten und Nidda. Insgesamt konnte durch die finanzielle und personelle Beteiligung der Kommunen und Leistungsträger an vielen Plätzen geworben werden. Dieses Engagement setzt sich auch 2008 fort.

Zusammen mit der RheinMainPresse wurde zum dritten Mal eine in der Presse umfangreich angekündigte Promotion-Aktion in Mainz und Wiesbaden durchgeführt, die sehr erfolgreich verlief und das gestiegene Interesse an der Destination Vogelsberg im Rhein-Main-Gebiet deutlich machte. Das Konzept „Wandern auf dem Vulkan“ führte dazu, dass fünf Kommunen in neue Rundwanderwege („ExtraTouren“) im Tagesformat mit zertifizierter Erlebnisqualität investierten, davon erhielten vier Wege eine Förderung über „Leader+“. Vier der fünf Wege konnten bereits 2007 mit einer geführten Wanderung eröffnet werden. Die Bachtour Lauterbach wurde ausführlich im HR-Fernsehen vorgestellt und erlebte kurzfristig einen „Wanderboom“. Alle Wege erhielten am 1. Mai 2008 das Deutsche Wandersiegel. Durch das Projekt ist insgesamt die Bereitschaft der Kommunen gestiegen, das ausgewiesene lokale Wanderwegenetz zu überprüfen.

Die Webseite des Vulkanradweges, das Zugpferd für die Region im Bereich Radtourismus, wurde datenbankbasiert komplett neu aufgebaut. Die Daten der Betriebe wurden im Frühjahr 2007 abgefragt und eingepflegt, so dass die Webseite Ende März 2007 online gehen konnte. Für 2008 ist vorgesehen, auch die Webseite der Region www.vogelsberg-touristik.de auf dieser Basis neu zu organisieren. Während auf www.vulkanradweg.de kontinuierlich ab März bis August ca. 10.000 Besuche im Monat gezählt werden konnten und im Winterhalbjahr gut 5.000 Besucher/Monat, steigt die Zahl der Besuche auf www.vogelsberg-touristik.de kontinuierlich. Im Juli 2007 wurde mit 40.966 Besuchern/Monat die Schallmauer der 40.000 überschritten. Dieser Trend setzt sich auch 2008 fort. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erhielt die Webseite im April 2008 mit 37.489 Besuchen bereits mehr als 10.500 Besuche mehr als im Vorjahreszeitraum. Des Weiteren betreibt unsere Organisation seit Mai 2007 eine eigene Webseite für die Vogelsberger ExtraTouren (www.extratouren-vogelsberg.de), die bereits im Juli über 1.000 Besuche verzeichnen konnte. Insgesamt zeigen diese Zahlen, dass die Marketingaktivitäten zu mehr Aufmerksamkeit beim Gast führen.

Auch in der amtlichen Übernachtungsstatistik (Betriebe über 8 Betten) legte die Region zu; alleine im Vogelsbergkreis um 5,5 % gegenüber dem Vorjahr. Das liegt über dem hessischen Schnitt von 3,5 %. Die Anstrengungen fruchten und haben endlich den Trend der sinkenden Übernachtungszahlen umgekehrt. Betriebe investieren wieder, was mittelfristig zu weiteren Steigerungen führen wird. Neue Produkte entstehen, wie der am 1. Mai 2008 eröffnete Kletterwald am Hoherodskopf oder das am 25. April 2008 eröffnete Schlosshotel in Laubach. Insgesamt kann eine qualitative Verbesserung der Dienstleistungen wahrgenommen werden und das Angebot sowie die Buchungszahlen für Pauschalen steigen, wenn auch langsam.

Kennzahlen der Vermögenslage:

	T€ / %	Vorjahr - T€ / %
Eigenkapital	151,8	154,9
Anlagevermögen	17,0	24,0
Umlaufvermögen	187,0	154,3
Bilanzsumme	204,1	178,8
Umsatzerlöse	119,4	71,0
Erträge aus Dienstleistungsverträgen Kommunen	232,2	230,9
Eigenkapitalquote	75,6	88,8 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-4,1	32,3
Finanzergebnis	4,6	3,9
Personalintensität	167,3	116,2
Abnutzungsgrad	73,2	62,2 %
Liquidität 1. Grades	342,4	684,6 %

Die „Flüssigen Mittel“ zum 31.12.2007 lagen bei 171,2 T€ (Vorjahr: 136,5 T€). Es bestanden am Stichtag 5,1 T€ Forderungen. Nennenswerte Forderungsausfälle sind nicht zu verzeichnen.

Die Liquiditätslage im Geschäftsjahr kann als gut bezeichnet werden.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres:

In der Gesellschafterversammlung am 29. November 2007 wurde die Erhöhung des Stammkapitals mit Übernahme durch die Stadt Büdingen um 3.250 € beschlossen. Da die Stadt Büdingen selbst die nötigen Beschlüsse in ihren Gremien erst am 14.03.2008 fasste, wurde der Beschluss erst in 2008 wirksam. Die Stadt Büdingen hat entsprechend mit Wirkung ab dem 01.01.2008 einen Dienstleistungsvertrag mit der Gesellschaft abgeschlossen. Alsfeld hat den Dienstleistungsvertrag zum 31.12.2008 gekündigt, Grebenau dagegen mit Wirkung zum 01.01.2008 einen Dienstleistungsvertrag abgeschlossen und strebt eine Aufnahme als Gesellschafter an.

Am 2. Juni 2008 beschloss der Kreisausschuss des Landkreises Gießen, sich ab dem Jahr 2009 in der Höhe der Beiträge der Kommunen Grünberg, Laubach und Hungen an der Gesellschaft zu beteiligen.

Ausblick:
Die voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft:

Die Entwicklung der Gesellschaft steht vor dem Hintergrund einer generellen Bereitschaft der Gesellschafter, Mittel für ein Kompetenz- und Dienstleistungszentrum zu bündeln und ein zentrales Marketing für die Region zu finanzieren. Durch die Dienstleistungsverträge mit den kommunalen Gesellschaftern, dem Vogelsberg- und Wetteraukreis ist die Gesellschaft bis Ende 2008 gesichert. Durch den Beitritt von Büdingen wird die Region gestärkt,

aber gleichzeitig durch die Kündigung des Dienstleistungsvertrages durch Alsfeld geschwächt. Mit Alsfeld gilt es einen neuen Vertrag zu verhandeln. Es gibt keine weiteren Signale über die Kündigung von Dienstleistungsverträgen zum Ende des Jahres 2008, so dass davon auszugehen ist, dass die Gesellschaft stabil bis 2011 die gesteckten Ziele verfolgen kann. Mit dem „Entwicklungskonzept Vulkan Vogelsberg“, das mit Fördergeldern und kofinanziert durch den Vogelsbergkreis, Wetteraukreis und die Stadt Schotten bis Ende 2008 realisiert werden soll, wird die Bereitschaft, in das Geothema „Vulkanismus“ zu investieren, deutlich. Neue Angebote bedingen einmal mehr Professionalität, Schlagkraft und die Fähigkeit, auf den Markt zu reagieren. Entscheidend wird sein, dass Strukturen aufgebaut werden können, die den wachsenden Erfordernissen Rechnung tragen.

Ein Risiko stellen immer noch die knappen Ressourcen und damit einhergehend die dünne Personaldecke dar, die es kaum erlaubt, Mitarbeiter zu qualifizieren oder qualifiziertes Personal einzustellen. Im Schnitt waren im Berichtsjahr 3 Stellen besetzt incl. einer Auszubildenden im neuen Berufsbild „Kaufrau für Tourismus und Freizeit“.

Eine sich stabilisierende Konjunktur kommt auch unserer Region zugute, zusätzlich der Trend zu Kurzurlaub und Aktivtourismus in Deutschland. Im Inlandstourismus sind der Städtetourismus und die großen Wellnesshotels die Gewinner. Ländliche Regionen konnten bei den Übernachtungszahlen weniger zulegen. Die Region Vogelsberg konnte gegenüber dem Jahr 2006 einen leichten Zuwachs um 6,2 % bei den Übernachtungen verzeichnen. Die durchschnittliche Verweildauer liegt in der Region bei 2,8 Tagen, bereinigt um die Klinikstandorte Grebenhain und Nidda mit Bad Salzhausen bei 2,5 Tagen. Ein steigender Ausflugstourismus bringt zusätzlich Umsätze, so dass sich das Klima für Investitionen verbessert. Mit der Eröffnung der Sternwarte Stumpertenrod, den geplanten Projekten Keltenmuseum am Glauberg, Walderlebnispark im Laubacher Wald, Verlängerung der Deutschen Vulkanstraße durch den Vogelsberg und den angestrebten Investitionen in den Geotourismus wird mittelfristig die touristische Entwicklung einen gewaltigen Schub bekommen und das Interesse der Gesellschafter an einer schlagkräftigen regionalen Marketingorganisation stärken.

Sparkasse Oberhessen

Kaiserstr. 155, 61169 Friedberg
Tel.: 06031 / 86-0 - Fax: 06031 / 86-128
E-Mail: info@sparkasse-oberhessen.de
Internet: www.sparkasse-oberhessen.de



Unternehmenszweck

Erbringung von geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen.

Die Sparkasse Oberhessen ist keine Beteiligung gem. der Definition in 1.2. Sie ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Vogelsbergkreis als Gewährträger.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Anstalt des öffentlichen Rechts.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1991 (Fusion KSK Alsfeld mit KSK Lauterbach zur Sparkasse Vogelsbergkreis und 2006 Fusion Sparkasse Vogelsbergkreis mit Sparkasse Wetteraukreis zur Sparkasse Oberhessen)

Anteile in %: 26 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Anstalt des öffentlichen Rechts.

Organe des Unternehmens

Vorstand:

Günter Sedlak
Reinhold Wintermeyer - stellv. Vorsitzender
Thomas Falk - Mitglied

*Verwaltungsrat:***Rudolf Marx - Vorsitzender**

Rolf Gnadt - stellv. Vorsitzender

Manfred Cleve

Bettina Giller

Gerold Helfrich

Otfried Kaufer

Friedel Kopp

Heike Müll

Annedore Musch

Elfriede Pfannkuche

Bernd Stiebeling

Fritz Hartmut Ulrich

Rainer-Hans Vollmöller

Gerd Wagner

Bernfried Wieland

Rechtliche und wirtschaftliche Daten*Rechtsform:*

Anstalt des öffentlichen Rechts

Gründungsdatum:

01.01.2006 Fusion Sparkasse Wetteraukreis und Sparkasse Vogelsbergkreis zur Sparkasse Oberhessen

Gewährträger:

Wetteraukreis und Vogelsbergkreis

Satzung:

Neufassung vom 01.01.2006

Handelsregister:

Friedberg HR A 1455

Eigenkapital:

216.271.335,67 €

Beteiligungen:

siehe Lagebericht

Bilanz des Unternehmens
AKTIVA

	31.12.2007	31.12.2006
	€	€
1. Barreserve		
a) Kassenbestand	28.451.853,83	23.855.179,89
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	64.814.891,52	37.707.777,61
	93.266.745,35	61.562.957,50
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind		
a) Schatzwechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen sowie ähnl. Schuldtitel öffentlicher Stellen	0,00	0,00
b) Wechsel	0,00	0,00
	0,00	0,00
3. Forderungen an Kreditinstitute		
a) täglich fällig	3.432.923,50	52.847.736,36
b) andere Forderungen	51.097.907,82	58.120.238,14
	54.530.831,32	110.967.974,50
4. Forderungen an Kunden	2.724.606.475,80	2.845.963.838,33
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	1.368.715.767,51	1.329.539.301,31
Kommunalkredite	274.752.433,08	392.902.977,71
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
a) Geldmarktpapiere		
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00	0,00
ab) von anderen Emittenten	0,00	0,00
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
ba) von öffentlichen Emittenten	62.777.084,42	65.295.759,09
darunter: beleihbar b. d. Dtsch. Bundesbank	62.777.084,42	62.865.065,23
bb) von anderen Emittenten	895.736.843,35	1.274.858.878,08
darunter: beleihbar b. d. Dtsch. Bundesbank	865.425.245,63	1.178.936.991,99
c) eigene Schuldverschreibungen	943.169,97	1.308.714,48
Nennbetrag	971.000,00	1.312.000,00
	959.457.097,74	1.341.463.351,65
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	390.934.765,97	186.599.271,45
7. Beteiligungen	221.234,00	247.666,00
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000,00	25.000,00
9. Treuhandvermögen	1.273.434,19	1.315.671,41
darunter: Treuhandkredite	737.339,31	777.803,10
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch	0,00	0,00
11. Immaterielle Anlagewerte	473.027,00	457.424,00
12. Sachanlagen	78.583.365,71	82.731.637,36
13. Sonstige Vermögensgegenstände	31.284.340,65	6.843.945,61
14. Rechnungsabgrenzungsposten	2.529.070,10	1.871.233,31
Summe der Aktiva	4.390.031.256,11	4.673.730.185,32

PASSIVA	31.12.2007	31.12.2006
	€	€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
a) täglich fällig	18.188.274,15	4.535.912,13
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	898.969.786,69	1.314.332.095,88
	917.158.060,84	1.318.868.008,01
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
a) Spareinlagen		
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist v. 3 Monaten	1.091.707.960,36	1.177.516.567,02
ab) mit vereinb. Kündigungsfrist v. mehr als 3 Mon.	96.549.364,52	123.885.178,84
	1.188.257.324,88	1.301.401.745,86
b) andere Verbindlichkeiten		
ba) täglich fällig	991.260.152,26	1.001.680.191,04
bb) mit vereinbarter Laufzeit od. Kündigungsfrist	785.322.354,54	576.412.519,78
	1.776.582.506,80	1.578.092.710,82
3. Verbriefte Verbindlichkeiten		
a) begebene Schuldverschreibungen	162.925.063,69	118.304.351,06
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	0,00	0,00
	162.925.063,69	118.304.351,06
4. Treuhandverbindlichkeiten	1.273.434,19	1.315.671,41
darunter: Treuhandkredite	737.339,31	777.803,10
5. Sonstige Verbindlichkeiten	12.461.318,67	8.419.256,16
6. Rechnungsabgrenzungsposten	2.276.937,77	2.671.458,96
7. Rückstellungen		
a) Rückstellungen f. Pensionen u. ähnl. Verpflichtungen	13.814.618,00	13.736.713,00
b) Steuerrückstellungen	479.788,60	4.320.372,41
c) andere Rückstellungen	26.708.958,96	30.582.420,36
	41.003.365,56	48.639.505,77
8. Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00
9. Nachrangige Verbindlichkeiten	40.927.310,86	55.829.354,59
10. Genussrechtskapital	4.894.597,18	4.894.597,18
darunter: vor Ablauf von 2 Jahren fällig	2.330.979,69	462.719,15
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken	26.000.000,00	24.000.000,00
12. Eigenkapital		
a) gezeichnetes Kapital	900.000,00	900.000,00
b) Kapitalrücklage	0,00	0,00
c) Gewinnrücklage		
ca) Sicherheitsrücklage	210.393.525,50	205.283.607,36
cb) andere Rücklagen	0,00	0,00
d) Bilanzgewinn	4.977.810,17	5.109.918,14
	216.271.335,67	211.293.525,50
Summe der Passiva	4.390.031.256,11	4.673.730.185,32

Fortsetzung Passiva

	31.12.2007	31.12.2006
	€	€
1. Eventualverbindlichkeiten		
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	0,00	0,00
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	42.716.039,52	39.551.521,02
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	0,00	0,00
	42.716.039,52	39.551.521,02
2. Andere Verpflichtungen		
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	0,00	0,00
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	0,00	0,00
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	148.905.937,18	104.158.925,53
	148.905.937,18	104.158.925,53

Gewinn- und Verlustrechnung

	2007 €	2006 €
1. Zinserträge aus		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	157.620.582,35	161.136.267,07
b) festverzinsl. Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	54.098.397,64	46.598.947,24
	211.718.979,99	207.735.214,31
2. Zinsaufwendungen	127.831.663,92	110.647.612,87
	83.887.316,07	97.087.601,44
3. Laufende Erträge aus		
a) Aktien und anderen nicht festverzinsl. Wertpapieren	9.267.138,03	4.312.242,62
b) Beteiligungen	1.916.849,92	1.637.842,14
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
	11.183.987,95	5.950.084,76
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	0,00	0,00
5. Provisionserträge	30.368.371,92	28.739.446,54
6. Provisionsaufwendungen	2.289.292,54	2.101.363,18
	28.079.079,38	26.638.083,36
7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften	18.530,92	1.749.201,84
8. Sonstige betriebliche Erträge	2.675.194,72	2.332.660,59
9. Erträge a. d. Auflösung v. Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00
	125.807.047,20	133.757.631,99
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
a) Personalaufwand		
aa) Löhne und Gehälter	36.719.541,80	39.905.743,94
ab) Soz. Abgaben u. Aufwend. f. Altersversorgung u.f. Unterstützung	11.346.379,15	12.749.306,98
	48.065.920,95	52.655.050,92
b) andere Verwaltungsaufwendungen	21.943.375,03	23.327.776,96
	70.009.295,98	75.982.827,88
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	6.382.211,90	6.379.458,95
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.538.752,63	975.467,76
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	28.668.650,21	24.450.375,99
13. a) Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	2.000.000,00	4.000.000,00
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,00	0,00
14. a) Entnahme aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	0,00	0,00
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	9.402.862,14	611.160,74
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	0,00	0,00
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme	219.944,67	310.133,10
18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	7.585.329,67	21.048.207,57
20. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
21. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
22. Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.472.472,14	15.081.554,62
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	135.047,36	856.734,81
	2.607.519,50	15.938.289,43
25. Jahresüberschuss	4.977.810,17	5.109.918,14
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	0,00	0,00
	4.977.810,17	5.109.918,14
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen		
a) aus der Sicherheitsrücklage	0,00	0,00
b) aus anderen Rücklagen	0,00	0,00
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen		
a) in die Sicherheitsrücklage	0,00	0,00
b) in andere Rücklagen	0,00	0,00
29. Bilanzgewinn	4.977.810,17	5.109.918,14

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 1.138 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht

Ertragslage des Unternehmens: Jahresüberschuss 4.977.810,17

Kreditaufnahmen: keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: Gewährträgerhaftung 26 %

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : keine
Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die
Haushaltswirtschaft

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Kredit- und geldwirtschaftliche Versorgung im Satzungsgebiet (Vogelsbergkreis und Wetteraukreis), öffentlicher Auftrag.

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Sparkasse ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Ihr Geschäftsgebiet erstreckt sich auf den Vogelsbergkreis und auf den Wetteraukreis.

Träger der Sparkasse sind der Vogelsbergkreis und der Wetteraukreis. Sie unterstützen die Sparkasse bei ihren Aufgaben. Darüber hinaus haften die Träger der Sparkasse für alle vor dem 19. Juli 2005 eingegangenen Verbindlichkeiten der beiden Vorgängerinstitute Sparkasse Vogelsbergkreis und Sparkasse Wetterau. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt, für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Verbindlichkeiten der Sparkasse aus der Begebung von Genussrechtskapital und von stillen Beteiligungen sind von der Haftung der Träger ausgeschlossen. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Die Träger der Sparkasse haften nicht für deren Verbindlichkeiten, sofern diese nach dem 18. Juli 2005 vereinbart wurden.

Die Sparkasse ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, dem Dachverband der Sparkassen-Finanzgruppe, angeschlossen. Der Sparkassen-Finanzgruppe gehören 446 Sparkassen, 11 Landesbanken, 11 Landesbausparkassen, 12 öffentliche regionale Erstversicherungsgruppen und zahlreiche weitere Finanzdienstleistungsunternehmen an.

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation und daneben zusätzlich dem Stützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen angeschlossen. Diese Systeme sind als institutssichernde Einrichtungen im Sinne von § 12 Abs. 1 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes anerkannt. Institutssichernde Einrichtungen im Sinne der vorstehend genannten gesetzlichen Bestimmungen sind dadurch gekennzeichnet, dass sie die angeschlossenen Institute selbst schützen, insbesondere deren Liquidität und Solvenz gewährleisten.

Geschäftstätigkeit

Die Sparkasse fühlt sich ihrem öffentlichen Auftrag verpflichtet. Als Wirtschaftsunternehmen kommt sie vor allem der Aufgabe nach, die Bevölkerung und die Wirtschaft innerhalb ihres satzungsrechtlichen Geschäftsgebietes kredit- und geldwirtschaftlich zu versorgen. Die Geschäfte werden unter Beachtung des öffentlichen Auftrages nach kaufmännischen und aufsichtsrechtlichen Grundsätzen geführt. Gleichzeitig unterstützt die Sparkasse durch Spenden und im Rahmen von Sponsoringmaßnahmen das Engagement der Menschen vor Ort.

Geschäftsentwicklung

	Jahr	2007	2006	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
		in TEUR	in TEUR	in TEUR	in %
Bilanzsumme		4.390.031	4.673.730	-283.699	-6,1
Geschäftsvolumen		4.432.747	4.713.282	-280.535	-6,0
Forderungen an Kreditinstitute		54.531	110.968	-56.437	-50,9
Forderungen an Kunden		2.724.606	2.845.964	-121.358	-4,3
Wertpapiere		1.350.392	1.528.063	-177.671	-11,6
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen		53.092	33.953	19.139	56,4
Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte		79.056	83.189	-4.133	-5,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		917.158	1.318.868	-401.710	-30,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		2.964.840	2.879.494	85.346	3,0
Sicherheitsrücklage		210.394	205.284	5.110	2,5
Eigenkapital		216.271	211.294	4.977	2,4

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen reduzierten sich im Geschäftsjahr 2007 deutlich. Rückgänge sind im Kundenkreditgeschäft zu verzeichnen. Ebenso tragen Veränderungen bei den Anlagen in Wertpapieren zum Rückgang auf der Aktivseite bei. Dieser verminderte Finanzierungsbedarf wirkt sich auf der Passivseite in der rückläufigen Refinanzierung mit Kreditinstituten aus.

Kreditgeschäft

Forderungen an Kreditinstitute

Im Jahr 2007 wurden Liquiditätsüberhänge von der Landesbank Hessen-Thüringen zur Deutschen Bundesbank verlagert.

Kundenkreditgeschäft

Das gesamte bilanzielle Kundenkreditvolumen hat sich im Gegensatz zum Vorjahr rückläufig entwickelt. Wesentlich war die Reduzierung der Forderungen gegenüber öffentlichen Haushalten. Die Finanzierungen für Privat- und Geschäftskunden sind dagegen eher moderat gesunken. Die Schwerpunkte des gewerblichen Kreditgeschäfts liegen in den Bereichen Handel, verarbeitendes Gewerbe sowie beim Dienstleistungsgewerbe und sind im Allgemeinen von einer restriktiven Risikostrategie geprägt.

Wertpapiere

Aktuelle Marktgeschehnisse im zweiten Halbjahr 2007 haben die Sparkasse zu Umschichtungen im Wertpapierbereich bewogen. Bei den „Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren“ wurden keine neuen Positionen aufgebaut; diverse Titel der variabel verzinslichen Wertpapiere wurden einem Management für unser Spezialportfolio im Bereich der „Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere“ übertragen. Die von uns gehaltenen Wertpapiere sind überwiegend der Liquiditätsreserve sowie in eingeschränktem Umfang auch dem Anlagebestand zugeordnet. Für die Wertpapiere des Anlagebestands besteht unsererseits Dauerbesitzabsicht. Im Handelsbestand sind nur geringfügige Bestände enthalten.

Beteiligungen und verbundene Unternehmen

Die deutliche Ausweitung der Beteiligungen steht im Zusammenhang mit dem Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG durch die Sparkassen-Finanzgruppe. Die wesentlichste Beteiligung halten wir nach wie vor am Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen. Die Beteiligungen an der Illustra Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Beteiligungs KG, an der Deutschen Sparkassen Leasing AG & Co. KG und an der HELICON Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG blieben unverändert. Weitere Beteiligungen bestehen in geringem Umfang auch an lokalen Unternehmen. Darüber hinaus besitzen wir mit der GIW Gesellschaft für Gewerbe- und Immobilienmanagement Wetterau mbH, Gedern, eine Tochtergesellschaft, deren Aufgabe es ist, für uns und für andere Unternehmen insbesondere Beratungsdienstleistungen sowie spezifische Dienstleistungen im Bereich der Immobilienentwicklung, -sanierung und -verwertung zu erbringen.

Sach- und immaterielle Anlagen

Im Geschäftsjahr 2007 wurden bei den Grundstücken und Gebäuden das Kompetenz-Centrum in Florstadt fertig gestellt. Investitionen in geringerem Umfang laufen während der Realisierung des KompetenzCentrums in Bad Nauheim, dessen Fertigstellung für das Frühjahr 2009 zugesichert ist. Der Rückgang bei den Grundstücken und Gebäuden steht im Zusammenhang mit planmäßigen Abschreibungen und dem Verkauf des alten Kompetenz-Centrums in Bad Vilbel. Das Kompetenz-Centrum in Büdingen wird neu errichtet.

In der Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden Ersatzinvestitionen vorrangig bei den Selbstbedienungsgeräten sowie aktuelle Anpassungen in der EDV vorgenommen.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Investitionen im Immobilienportfolio in Form von geschlossenen Immobilienfonds wurden im Geschäftsjahr 2007 entsprechend unseren Planungen ausgebaut. Eine Erweiterung steht in geringem Umfang für 2008 an.

Refinanzierung

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Im Rahmen der Refinanzierung bei Kreditinstituten haben sich die Refinanzierungsgeschäfte mit der Deutschen Bundesbank vermindert.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Unser traditionelles Kundengeschäft bildet weiterhin den Hauptbestandteil unserer Finanzierung. Durch eine marktorientierte Ausgestaltung unserer Produkte konnten erfreuliche Zuwächse bei den kurz laufenden Sparkassenbriefen und den Tagesgeldkonten erzielt werden. Attraktive Laufzeiten und Verzinsungen führten auch zu einer positiven Entwicklung bei den verbrieften Verbindlichkeiten.

Eigenkapital

Nach der vom Verwaltungsrat noch zu beschließenden Zuführung des Bilanzgewinns wird die Sicherheitsrücklage - vorbehaltlich einer nach dem Hessischen Sparkassengesetz möglichen Ausschüttung von bis zu 25 % des Bilanzgewinns - voraussichtlich 215,5 Mio EUR betragen. Zum 31. Dezember 2007 setzten sich die ergänzenden Eigenkapitalbestandteile aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB, den Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter, den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB, den Genussrechtsverbindlichkeiten sowie den nachrangigen Verbindlichkeiten zusammen.

Dienstleistungsgeschäft

Die Erträge im Kundenkommissionsgeschäft verliefen im Jahr 2007 bedingt durch die Verunsicherung an den Finanz- und Kapitalmärkten rückläufig. Aufgrund der Zurückhaltung unserer Kunden im zweiten Halbjahr 2007 wurde ein niedrigeres Ordervolumen als im Geschäftsjahr 2006 abgewickelt. Im Jahr 2007 konnte die Vermittlung von Versicherungsprodukten und die damit verbundenen Erträge leicht gesteigert werden. Sowohl das Geschäft mit Lebensversicherungen als auch mit Sachversicherungen unserer Verbundpartner konnte leicht erhöhte Absatzzahlen vorweisen. Die Vertragsabschlüsse und das Volumen bei der Vermittlung von Bausparverträgen mit unserem Verbundpartner der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen konnten im Jahr 2007 gesteigert werden. Aufgrund erhöhter Vertriebsaktivitäten haben die Absatzzahlen für Produkte zur Altersvorsorge unserer Verbundpartner Deka und Sparkassenversicherung im Geschäftsjahr 2007 deutlich zugenommen. Das Vermittlungsgeschäft von Derivaten und Finanzprodukten in Zusammenarbeit mit der Landesbank Hessen-Thüringen und die damit verbundenen Erträge waren im Jahr 2007 rückläufig.

Entwicklung im Vergleich zum Prognosebericht für das Jahr 2007

Das Aktivgeschäft war durch einen leichten Rückgang aufgrund der starken Wettbewerbssituation geprägt. Im Kommunalkreditgeschäft wurden Positionen abgebaut. Aufgrund der Unsicherheiten an den internationalen Börsen und des im Vergleich zum Vorjahr attraktiveren Zinsniveaus wuchs die kundenbezogene Passivseite im Rahmen der Planwerte. Das Eigengeschäft war durch zurückhaltende Neuinvestitionen im zweiten Halbjahr 2007 und dem damit verbundenen Abbau von einzelnen Anlagepositionen geprägt.

Das nach den Planungsrechnungen der Sparkasse für das Geschäftsjahr 2007 prognostizierte Betriebsergebnis vor Bewertung konnte übertroffen werden. Dies resultierte aus der positiven Entwicklung der Verwaltungsaufwendungen und ein Übertreffen der Planwerte im Zinsüberschuss. Dennoch war das Zinsergebnis in den letzten drei Jahren aufgrund der flachen Zinsstrukturkurve rückläufig. Zwar konnte ein deutlich höherer Provisionsüberschuss - insbesondere aufgrund höherer Erträge im kundenbezogenen Wertpapiergeschäft - generiert werden; der Rückgang im Zinsüberschuss konnte hierdurch jedoch nicht kompensiert werden. Durch die Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten in Folge der internationalen Finanzkrise erhöhte sich der Bewertungsaufwand im Wertpapiergeschäft. Dem gegenüber setzt sich die positive Entwicklung des Bewertungsergebnisses im Kreditgeschäft fort; hier wurde ein positiver Saldo erreicht.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

	Jahr	2007	2006	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
		in TEUR	in TEUR	in TEUR	in %
Zinsüberschuss und laufende Erträge		95.071	103.038	-7.967	-7,7
Provisionsüberschuss		28.079	26.638	1.441	5,4
Handelsergebnis		-19	1.749	-1.768	-101,1
Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen		76.391	82.362	-5.971	-7,2
Betriebsergebnis vor Bewertung		47.657	50.110	-2.453	-4,9
Betriebsergebnis nach Bewertung		7.585	21.049	-13.464	-64,0
Steuern		2.608	15.938	-13.330	-83,6
Jahresüberschuss		4.978	5.110	-132	-2,6
Aufwands-Ertrags-Verhältnis		62,1%	62,4%		
Eigenkapital-Rentabilität ¹		3,3%	9,5%		

1 Ergebnis vor Steuern in % des Eigenkapitals (Sicherheitsrücklage + Fonds für allgemeine Bankrisiken zu Beginn des Geschäftsjahres)

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2007 war ein Rückgang des **Zinsüberschusses** von 13,2 Mio EUR zu verzeichnen. Bedingt durch Umschichtungen von festverzinslichen Wertpapieren und anderen Schuldverschreibungen in Aktien und andere nicht verzinsliche Wertpapiere und einer positiven Börsenentwicklung im ersten Halbjahr konnten die **laufenden Erträge** um 5,2 Mio EUR gesteigert werden. Trotz rückläufiger Bestände der Anlagen in verzinsliche Wert-

papiere konnten die Zinserträge um 7,5 Mio EUR in diesem Bereich gesteigert werden. Durch rückläufige Margen im Kundenkreditgeschäft und einer weiteren Verflachung der Zinsstrukturkurve gingen die Zinserträge im Kreditgeschäft mit Kunden und Kreditinstituten um rund 3,5 Mio EUR zurück. Die Zinsaufwendungen erhöhten sich aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus um 17,2 Mio EUR.

Der **Provisionsüberschuss** konnte im Jahr 2007 leicht gesteigert werden. Hier wurden leichte Zuwächse im Vermittlungsgeschäft mit Versicherungen und Bausparverträgen sowie mit dem Vertrieb von Investmentfondsanteilen erzielt.

Bedingt durch Kursrückgänge und der Verunsicherung an den Finanz- und Kapitalmärkten war das **Handelsergebnis** im Jahr 2007 leicht negativ.

Innerhalb der **Verwaltungsaufwendungen** reduzierten sich die Personalaufwendungen durch einen niedrigeren Mitarbeiterbestand im Geschäftsjahr 2007. Der Sachaufwand reduzierte sich durch den Wegfall fusionsbedingter Einmalkosten für Beratung und Abwicklung der technischen Fusion. Im Geschäftsjahr 2007 waren die Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen gegenüber dem Geschäftsjahr 2006 nahezu unverändert. Das **Betriebsergebnis nach Bewertung** reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr erheblich durch wesentlich erhöhte Abschreibungen auf unsere Wertpapiereigenanlagen, da durch die Verunsicherung an den Finanz- und Kapitalmärkten zum Jahresende erhebliche Kursabschläge zu verzeichnen waren. Für das Kreditgeschäft sind niedrigere Risikovorsorgeaufwendungen gegenüber 2006 angefallen. Insgesamt war das Bewertungsergebnis Kreditgeschäft leicht positiv. Auch im Geschäftsjahr 2007 konnte eine Dotierung der Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB sowie eine Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken vorgenommen werden, was sich ebenfalls in der Veränderung des Betriebsergebnisses nach Bewertung niederschlägt.

Die Steuerzahlungen waren im Jahr 2007 aufgrund des niedrigeren Gesamtergebnisses deutlich rückläufig.

Das Aufwands-Ertrags-Verhältnis konnte trotz Rückgang der Erträge durch eine verbesserte Kostenstruktur geringfügig verbessert werden.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im vergangenen Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht BaFin gemäß § 11 des Kreditwesengesetzes aufgestellte Liquiditätsgrundsatz wurde stets eingehalten. Die errechnete Liquiditätskennzahl, die mindestens 1,0 betragen muss, lag im Jahresdurchschnitt bei 2,92. Die Zahlungsbereitschaft kann im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln sowie die vorhandenen Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten der Sparkasse als gewährleistet angesehen werden.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden ausreichende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Das Angebot, im Rahmen des ESZB-Verfahrens Refinanzierungen in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen (Hauptrefinanzierungsgeschäfte), wurde unterjährig genutzt. Für mögliche Inanspruchnahmen der von der Zentralbank eingeräumten Refinanzierungsangebote hat die Sparkasse Wertpapiere im Rahmen des Pfandpoolverfahrens verpfändet. Darüber hinaus stellt uns die Landesbank Hessen-Thüringen auf unserem laufenden Konto eine Liquiditätskreditlinie zur Verfügung.

Vermögenslage

Das Verhältnis des haftenden Eigenkapitals gemäß § 10 KWG überschreitet - bezogen auf die Summe der gewichteten Risikoaktiva per 31. Dezember 2007 - mit 12,4 % (Vorjahr: 13,2 %) deutlich den gesetzlich vorgeschriebenen Wert von 8 %. Damit bietet die Eigenkapitalquote neben der Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen auch Spielraum für eine zukünftige Geschäftsausweitung.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Personalbereich

Zum 31. Dezember 2007 hatten wir 1.138 Beschäftigte in unserem Haus. Diese Anzahl setzt sich aus 939 aktiv bankspezifisch Beschäftigten, 52 Auszubildenden, einem Praktikanten, 35 Raumpflegerinnen und aus 111 ruhenden Arbeitsverhältnissen zusammen. Von den genannten Beschäftigten hatten zum Jahresende 2007 insgesamt 61 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Altersteilzeitvertrag mit der Sparkasse geschlossen, im Rahmen des Blockmodells waren hiervon bereits 35 Beschäftigte in der Freizeitphase. Dies ist eine Stichtagsbetrachtung zum 31. Dezember 2007 und entspricht nicht den Mitarbeiterzahlen im Anhang, in dem ein Durchschnittsbestand ausgewiesen wird.

Ausbildung Personalqualifizierung und -entwicklung als wesentliche Bausteine der Personalarbeit

„Warum kaufen wir?“ Diese Frage wird in vielen Varianten beantwortet, aber immer spielen Emotionen eine Rolle. Unter dem Aspekt, dass Gefühle und Emotionen in unseren täglichen Entscheidungen eine wichtige Rolle spielen, suchen wir unsere Auszubildende als zukünftige Mitarbeiter der Sparkasse Oberhessen aus. Einfühlungsvermögen, Verständnis und die Freude am Miteinander kennzeichnen neben einem hohen Fachwissen die Mitarbeiter der Sparkasse Oberhessen.

Die Personalentwicklung verfolgt drei Ansätze:

Führung

Zusätzlich zu einem mehrmoduligen Führungsintervalltraining finden permanent Einzelcoachings für Führungskräfte statt. Mitarbeiterorientiertes Führen, Vorbildfunktion (vor)leben, aktiv und sachlich mit den Mitarbeitern kommunizieren sind Ziele unserer Führungskräfteentwicklung.

Vertrieb

„Freude am aktiven Verkaufen“ - „Verbesserung der Beratungsqualität“ - „Steigerung der Vertriebsergebnisse“ - das alles bietet uns das S-Finanzkonzept, welches wir erfolgreich im Markt eingesetzt haben. Eine ständige Analyse der Fachkompetenz unserer Mitarbeiter macht es uns möglich, den Weiterbildungsbedarf innerhalb einzelner Mitarbeitergruppen zu konkretisieren, Produktschulungsbedarfe aufzuzeigen und Seminarinhalte sowie Weiterbildungsangebote gezielt zu gestalten.

Kreditrisikosteuerung

In praxisintegrierten Analyseworkshops haben wir Mitarbeiter der Kundensegmente Geschäfts- und Firmenkunden als auch die Mitarbeiter der Kreditsachbearbeitung geschult. Neben dem Ausbau und der Vereinheitlichung der Methodenkompetenz in der Kreditanalyse ist uns dabei die Festigung der Argumentationssicherheit im Bonitätsurteil und der Aufbau der Bonitätsanalyse sehr wichtig gewesen.

Potenzialanalyse

Als Instrument zur Sichtung und Förderung von Potenzialen werden regelmäßig Assessment-Center für Vertriebsmitarbeiter und (angehende) Führungskräfte durchgeführt. Im Rahmen der jährlichen Geschäftsplanung ist es unsere Aufgabe, Qualifizierungsziele zu definieren und für deren Nachhaltigkeit in der Umsetzung zu sorgen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung

Nach Ablauf des Geschäftsjahrs 2007 haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ereignet.

Risikosteuerung

Risikomanagementziele

Im Rahmen der Realisation der Unternehmensziele der Sparkasse ist eine kontrollierte Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken unabdingbar. In die Risikobetrachtung sind sämtliche wesentlichen Produkte, Dienstleistungen und Prozesse, die in der Sparkasse erstellt werden, sowie Dienstleistungen, welche die Sparkasse gemäß der Definition der MaRisk von Dritten bezieht, integriert.

Bei der Anlage des Sparkassenvermögens wird stets darauf geachtet, dass zum einen das eingegangene Risiko die - in Abhängigkeit von der Risikotragfähigkeit - budgetierten Deckungsmassen nicht übersteigt und zum anderen das Vermögen unter Abwägung von Chancen und Risiken effizient allokiert wird.

Zur Erfüllung des § 25a KWG und der MaRisk sind geeignete Regelungen zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Risiken fester Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Diese Regelungen werden in einem Risikohandbuch der Sparkasse zusammengefasst dargestellt.

Risikomanagementprozess

Zu Beginn steht die Risikoidentifikation. Sie dient der Abgrenzung und Beschreibung des betrachteten Risikos.

Die Risikoprognose beinhaltet Aussagen im Zusammenhang mit der Ursache. Im Rahmen der Risikobewertung werden die sich daraus ergebenden Auswirkungen thematisiert.

Anschließend wird die Risikowirkung auf das bilanzielle und das ökonomisch erwartete Vermögen zum Betrachtungshorizont der Sparkasse abgeleitet.

Die Risikolimitierung bringt innerhalb der Risikotragfähigkeit die Risikoneigung der Sparkasse zum Ausdruck. Vor jeder wesentlichen Entscheidung werden die Wirkungen auf den Ertrag, das Risiko und das Limitsystem analysiert.

Im Rahmen der Risikokontrolle werden die Wirkungen der Risikosteuerung transparent gemacht. Mit ihren standardisierten Berichten verfügt die Sparkasse über geeignete Instrumente, mit denen ihre finanzielle Lage - aktuell und auch zukunftsbezogen für den Real-case sowie Risiko- und Extremfallszenarien - jederzeit mit hinreichender Genauigkeit bestimmt wird. Aus Gründen der Vorsicht werden Korrelationen zwischen den einzelnen Risikoarten nicht berücksichtigt.

Risikomanagementsystem

Der Gesamtvorstand ist für die Entwicklung der Unternehmens- und Risikostrategie sowie für ein funktionierendes Risikomanagement- und Überwachungssystem verantwortlich. Ihm obliegt darüber hinaus die Verantwortung für die gesamte Risikoüberwachung.

Der Gesamtvorstand erörtert mit dem Verwaltungsrat die Risikostrategien, das Überwachungssystem sowie mittels der Limitauslastung und der Limitveränderungen die Risikosituation der Sparkasse. Der Verwaltungsrat überwacht, ob der Vorstand die Risiken angemessen steuert und die in diesem Zusammenhang definierten sparkasseninternen Richtlinien ausreichend sind.

Das Risikosteuerungssystem umfasst alle Geschäftsbereiche der Sparkasse mit wesentlichen Risiken und gewährleistet eine integrierte Risikoüberwachung, die es ermöglicht, kurzfristig auf Veränderungen der marktmäßigen und organisatorischen Rahmenbedingungen zu reagieren. Die einzelnen Elemente des Risikosteuerungssystems sind detailliert dokumentiert, werden regelmäßig überprüft und laufend weiterentwickelt.

Die Interne Revision prüft regelmäßig die Angemessenheit und Wirksamkeit der gesamten Risikosteuerung.

Ausblick:

Ausblick 2008 und Prognosebericht

Als größtes und vertriebsstarkes Kreditinstitut unserer Region bieten wir unseren Kunden stets ein bedarfsorientiertes Produktangebot, kompetente Beratungsleistungen und maßgeschneiderte Lösungen in allen Finanzfragen. Ferner ist es unser Ziel, zusätzliche Markt- und Ertragspotenziale noch gezielter auszuschöpfen. In der Steigerung unseres Vertriebserfolgs sowie in der Reduzierung von Aufwand und Risiken sehen wir die zentralen Aufgaben im Jahr 2008.

Dabei orientiert sich die Sparkasse Oberhessen an den Grundsatzzielen der Sparkassenfinanzgruppe und wird ihre strategische Ausrichtung kontinuierlich an die veränderten Anforderungen der Finanzdienstleistungsmärkte anpassen und fortschreiben. Hierbei streben wir strategisch eine Eigenkapitalrentabilität von mehr als 15 % sowie eine Aufwands-Ertrags-Relation von unter 60 % bzw. zumindest jeweils einen Wert innerhalb der besten 33 % der Sparkassen in Hessen an.

Insgesamt erwarten wir eine zufriedenstellende Geschäftsentwicklung für die Jahre 2008 und 2009. Unsere Planungen orientieren sich an den Prognosen der Wirtschaftsexperten und den zu erwartenden Markt- und Wettbewerbsbedingungen.

Für das Jahr 2008 wird für die deutsche Wirtschaft weiter ein solider Aufschwung erwartet, der nachfrageseitig breit fundiert und vergleichsweise beschäftigungsintensiv ist.

Zwar wird die Krise auf den Finanzmärkten ihre Spuren im Konjunkturpfad hinterlassen, die tragenden Säulen des Aufschwungs bleiben jedoch intakt.

Das deutsche Bankensystem hat die Turbulenzen der letzten Monate insgesamt betrachtet gut gemeistert und seine Stabilität und Funktionsfähigkeit behauptet. Es besteht weiterhin die Aussicht, dass die Binnennachfrage, die im Herbst 2007 durch die allgemeine Verunsicherung und starken Preisauftrieb beeinträchtigt wurde, wieder stärker von ihrem fundamental begründeten Erholungspotenzial geprägt sein wird.

Der Investitionszyklus bei den Ausrüstungen ist - trotz eines sicherlich auch vorhandenen Effekts der ab Jahresbeginn 2008 verschlechterten Abschreibungsbedingungen - weiterhin dynamisch. Vom Außenbeitrag gehen merklich positive Impulse aus.

Negative Auswirkungen können sich dagegen aus der Preisentwicklung in Deutschland ergeben, die im vergangenen Herbst einen steilen Anstieg erlebt hat. Inflationsraten mit einer Drei vor dem Komma wurden lange Zeit in Deutschland nicht gesehen. Da die Lohnpolitik einen wichtigen Beitrag zur Geldwertstabilität leistet, sind die in 2008 anstehenden Abschlüsse nur dann als stabilitätskonform anzusehen, wenn sie mit der Preisstabilität vereinbar sind und die Preiserwartungen nicht nachhaltig stören.

Unter diesen Rahmenbedingungen werden wir für unser Haus eine risikoorientierte, sowohl an klaren Ertrags- als auch Kostenzielen ausgerichtete Geschäftspolitik fortsetzen. Mit der Umsetzung wesentlicher vertriebsaktivierender Projekte und Maßnahmen sowie der laufenden Erweiterung und Verbesserung einer service- und qualitätsorientierten Kundenbetreuung werden wir unsere starke Marktposition als modernes, regionales Finanzdienstleistungsunternehmen auch bei weiterhin hohem Wettbewerbsdruck behaupten können.

Im Jahr 2008 begeht die Sparkasse Oberhessen ihr 175-jähriges Jubiläum. Wir werden dies zum Anlass nehmen, mit vielfältigen Aktivitäten unser Selbstverständnis als starker Wirtschaftsfaktor und Förderer der Region herauszustellen.

Die folgenden Analysen beruhen auf Erwartungen der Sparkasse. Die tatsächlichen Verhältnisse können von der voraussichtlichen Entwicklung abweichen. Wie dargestellt, verfügt die Sparkasse über Instrumente und Prozesse, um die Abweichungen von den Erwartungen zu erkennen, zu analysieren und gegebenenfalls steuernd zu handeln.

Im Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Situation wollen wir im gewerblichen Kreditgeschäft ein angemessenes Wachstum zur Stärkung unserer Marktanteile und eine Steigerung der Ertragspotenziale erreichen. Dabei werden die geschäftstypischen Risiken adäquat bepreist und das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft nachhaltig eingegrenzt. Bei den Finanzierungen im Privatkundenbereich, hier insbesondere im Wohnungsbau, und im kommunalen Bereich sowie im Passivgeschäft mit Kunden rechnen wir mit einem moderaten Wachstum. Im bilanzneutralen Dienstleistungsgeschäft erwarten wir stärkere Impulse. Bei den Eigenanlagen planen wir, den aus der Finanzmarktkrise weiterhin resultierenden Verwerfungen mit einer risikoreduzierenden Anlagepolitik zu begegnen. Die Verwaltungsaufwendungen werden in 2008 vermutlich ansteigen, was nicht zuletzt auf den bevorstehenden Tarifabschluss im öffentlichen Dienst sowie den anhaltenden Preisauftrieb zurückzuführen ist. Die investiven Maßnahmen der Sparkasse beschränken sich weitgehend auf bauliche Erneuerungen an mehreren Vertriebsstandorten. Die stete Modernisierung von KompetenzCentren und Filialen ist ein Zeichen dafür, dass auch zukünftig der stationäre Vertriebsweg für unser Haus von erheblicher Bedeutung sein wird. Auf Basis des prognosti-

zierten Zinsniveaus und der flachen Zinsstrukturkurve rechnen wir bei einer Fortsetzung des Rückgangs im Zinsüberschuss, der nicht umfänglich durch höhere Provisionserlöse kompensiert werden kann, mit einem rückläufigen Betriebsergebnis vor Bewertung.

Für das Jahr 2009 rechnen wir auf Grundlage unserer längerfristigen Zinsszenarien mit einer im Vergleich zu den Vorjahren niedrigeren Belastung des Zinsüberschusses sowie einem leichten Anstieg der Verwaltungsaufwendungen.

Bei einer Erholung der Geld- und Kapitalmärkte rechnen wir zudem mit einem Rückgang der Bewertungsabschläge auf unsere Wertpapierbestände und damit verbunden mit einem positiven Beitrag zum Bewertungsergebnis.

Risiken für die Geschäftsentwicklung können sich aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit den möglichen Auswirkungen insbesondere auf die Unternehmensergebnisse und den Arbeitsmarkt ergeben.

Ein weiteres Risiko sehen wir bei einer von unserer Erwartung abweichenden Fortdauer der flachen Zinsstrukturkurve. Andererseits ergeben sich aus dem Sinken der kurzfristigen Zinsen und einer damit verbundenen steileren Zinsstrukturkurve Chancen, weitere Erträge aus der Fristentransformation zu generieren. Auch der Wettbewerb auf dem Bankenmarkt und der damit verbundene Druck auf Margen und Provisionserlöse zur Deckung der Zahlungsverkehrskosten können Risikofaktoren für die Ertragslage darstellen. Eine negative Börsenentwicklung kann wegen der davon abhängigen Wertpapiererträge ein Risiko für die Ertragsentwicklung bedeuten. Ebenso besteht in einem unverändert positiven Börsenumfeld die Chance, Wertpapiergeschäfte weiter zu forcieren. Im Aufwandsbereich sind als Risikoindikatoren die steigenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen, mit entsprechendem Personalbedarf, sowie steigende Kosten für Gebäude, Energie und Datenverarbeitung zu nennen.

Die Sparkasse begegnet mit ihrer neuen strategischen Ausrichtung aktiv diesen belastenden Tendenzen. Aufgrund ihrer Größe und der auf den Vertrieb ausgerichteten Aufbau- und Ablauforganisation sollen Synergien erzielt werden. Diese liegen in der Realisierung von Einsparungspotenzialen bei den Verwaltungsaufwendungen durch Abbau von Redundanzen und Nutzung von Degressionseffekten sowie in der Ausschöpfung zusätzlicher Ertragspotenziale im Kundengeschäft durch Vertriebsaktivierung und Spezialisierung im Vertrieb begründet. Aufgrund der personellen und sachlichen Investitionen in die vertriebliche Ausrichtung der Sparkasse rechnen wir mit einem spürbaren Einfluss auf die Ertragsrechnung durch die Erzielung zusätzlicher Ertragssteigerungen im Kundengeschäft und einer nachhaltigen Stabilisierung der Ertragslage für die Folgejahre.

Sonstige Beteiligungen
Mitgliedschaften in Verbänden und Vereinen
 (Stand zum 31.12.2007)

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	Amt
AG Deutsche Sportämter	Landrat Marx	Mitglied	1995	55,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
AG Hessischer Sportämter	Frau Scherer	Mitglied	2000	0,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
Agentur für Arbeit	Landrat Marx	Mitglied Verwaltungsausschuss			Landrat
Arbeitskreis Jugendzahn-pflege	Frau Meudt + Herr Dr. Reygers	Mitglied Mitglied	1992	0,00	Gesundheitsamt
AZN - Ausbildungszentrum für Naturschutz - Förderverein Kirtorf e.V.	Landrat Marx	Mitglied Vorstand	1996	Zuwendung + Mitgliedsbeitrag 1.023,00	Schulverwaltungsamt / Amt CFWN
B 24 - Beratungsstelle für Schüler und junge Arbeitslose	Frau Lucas	fachliche Zusammenarbeit	1996	0,00 <u>Zuschuss VBK:</u> 10.240,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
Bildungszentrum für Elektrotechnik e.V.	Landrat Marx	Mitglied	1970	307,00	Amt für Finanzen
Caritasverband Gießen e.V.	kein Vertreter	Vertrag mit AfJS zur Durchführung der Sozialpädagogischen Familienhilfe		0,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
CIP-Anwendergemeinschaft Hessen	Herr Braun	Mitglied (z.Z. nicht aktiv)	2001	0,00	Kreiskasse
Deutscher Verband für Facility Management e.V.	Herr Keil	Korrespondierendes Mitglied		250,00	Amt für Gebäudemanagement

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	Amt
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.	wird i.d.R. auf HLT del.	-	1985	466,00	Amt für soziale Sicherung
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.	Amtsleiter Amt für Jugend, Familie und Sport	Mitglied (Mitgliedschaft ist Voraussetzung für Tätigkeit der Beistände)		1.376,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
Deutsches Jugendherbergswerk LV Hessen e.V.	NN	Mitglied		511,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
Deutsches Rotes Kreuz, Ortsverband Lauterbach	Dr. Reygers	als Kreisarzt		0,00	Gesundheitsamt
Deutsches Seminar für Tourismus Berlin	Landrat Marx	Mitglied Kuratorium	2000	0,00	Landrat
DRK Kreisverband Alsfeld	Landrat Marx	stellv. Vorsitzender			Landrat
Fachverband der Kommunal-kassenverwalter e.V.	Herr Braun	Mitglied Vorstand	1970	50,00	Kreiskasse
Geschichts- und Museumsverein Alsfeld e.V.	Landrat Marx	Mitglied kraft Amtes	1951	150,00	Amt für Finanzen
GVV - Kommunalversicherung	Landrat Marx	Regionalbeiratsmitglied			Landrat
Helios Kliniken GmbH	Landrat Marx	Beiratsmitglied			Landrat
Hess. AG für Gesundheits-erziehung Marburg e.V.	Frau Meudt	Mitglied	1973	512,00	Gesundheitsamt
Hess. Akademie für musisch kulturelle Bildung	Landrat Marx	Aufsichtsratsmitglied			Landrat
Hess. Akademie für For-schung/Planung im ländlichen Raum e.V.	Landrat Marx	Mitglied Beirat	1990	511,29	Amt für Finanzen
Hess. Arbeitgeberverband	Landrat Marx	Vertreter kraft Amtes		3.781,50	Hauptamt

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	Amt
Hess. Fürsorgeverein für Körperbehinderte e.V.	nach Bedarf	-	1982	41,00	Amt für soziale Sicherung
Hess. Landesdenkmalrat	kein Vertreter	-		0,00	Bauamt
Hess. Museumsverband Kassel	Landrat Marx	Mitglied (ab 2004 Ruhen der Mitgliedschaft)	1954	0,00	Amt für Finanzen
Hess. und Deutscher Landkreistag	verschiedene Vertreter in verschiedenen Gremien	-		42.499,00	Hauptamt
HLT Rechts- und Europa-ausschuss	Landrat Marx	Mitglied			Landrat
HLT Finanzausschuss	Landrat Marx	Mitglied			Landrat
HLT Präsidium	Landrat Marx	Mitglied			Landrat
HLT Sozialausschuss	Landrat Marx	Mitglied			Landrat
Hilfe für das verlassene Kind e.V.	Landrat Marx	Beiratsmitglied			Landrat
Hess. Volkshochschulverband e.V.	Herr Oer	Mitglied	2003	1.876,09	Amt für vhs
Hohhausmuseum Lauterb e.V.	Landrat Marx	Mitglied Vorstand kraft Amtes	1951	150,00	Amt für Finanzen
Jugend- und Drogenberatungsstelle	Kreisbeigeordnete/r Kreistagsabgeordnete/r Kreisbeigeordnete/r	Mitglied Kuratorium Mitglied Vertreterversammlung Mitglied Vorstand	1982	Zuschüsse entsprechend Gremienbeschlüsse	Amt für soziale Sicherung
Jugendhilfe Land e.V. Groß-Felda	Landrat Marx	Mitglied	1952	0,00 <u>Zuschuss VBK:</u> 1.000,00	Amt für Jugend, Familie und Sport

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	Amt
Kommunale Informationsverarbeitung in Hessen, Gießen	Landrat Marx	Mitglied Verbandsversammlung	1993	2.651,37	Hauptamt
Kreisfeuerwehrverband	Landrat Marx	Mitglied	1973	<u>Zuwendung VBK:</u> 8.200,00	Allgemeine Gefahrenabwehr
Kulturförderkreis Mittelhessen e.V.	Landrat Marx	Mitglied	1992	25,60 <u>Zuwendung VBK:</u> 3.570,00	Amt für Finanzen
Laborgemeinschaft Giessener Ärzte	Frau Meudt	Mitglied	1982	einmalige Einlage 2.000,00 DM	Gesundheitsamt
Landesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung Hessen e.V.	Herr Herget	Mitglied	2002	20,00	Amt für soziale Sicherung
Landesbank Hessen-Thüringen	Landrat Marx	stellvertr. Verwaltungsratsmitglied			Landrat
Landesverband des Wasser- und Bodenverbandes in Hessen	kein Vertreter	Mitglied (ab 2003 Ruhen der Mitgliedschaft)	1951/53	0,00	Amt für Finanzen
Landeswohlfahrtsverband	Landrat Marx	Mitglied Verbandsversammlung Ausschuss für Soziales und Jugendhilfe			Landrat
Lebenshilfe für Behinderte e.V., Alsfeld	nach Bedarf	Mitglied	1982	51,00	Amt für soziale Sicherung
Lebenshilfe für Behinderte e.V., Lauterbach	nach Bedarf	Mitglied	1982	51,00	Amt für soziale Sicherung
Marketing-Projekt der hess. Volkshochschulen (über hvv)	Herr Oer	Mitglied	2003	592,96	Amt für vhs

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	Amt
Migrationsrecht.net	Herr Schrimpf, Frau Geisel, Frau Schlitt, Frau Kretschmer, Frau Dietz	Mitglied	2006	285,60	Amt für Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
Naturlandstiftung Vogelsberg e.V.	NN	Mitglied Vorstand	1985	250,00	Amt CFWN
Natur- und Lebensraum Vogelsberg e.V.	Landrat Marx	Vorstandsmitglied			Landrat
Netzwerk Migration Vogelsberg	Herr Schrimpf	Mitglied	2006	0,00	Amt für Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
Oberhessen Gas	Landrat Marx	Beiratsmitglied			Landrat
Präsidium der Planungsversammlung Regionalversammlung	Herr Künz (Präsident) Herr Kopp (Mitglied)	Mitglied		Umlage rd. 7.000,00	Hauptamt
Radio im Vogelsberg e.V.		Mitglied		30,00	Amt CFWN
Schutzgemeinschaft Vogelsberg	Landrat Marx	Mitglied	1990	130,00	Amt CFWN
Stiftung Heilanstalt für Kranke	Frau Meudt	beratendes Mitglied		0,00	Gesundheitsamt
Unfallkasse Hessen	Landrat Marx			73.318,75	Hauptamt
Verband Deutscher Naturparke	Landrat Marx	Vorsitzender AG Hess. Naturparke			Landrat
Verein Behindertenhilfe e.V.	Kreistagsabgeordnete/r	Mitglied Vertreterversammlung			Amt für soziale

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	Amt
					Sicherung
Verein Bonifatius-Route e.V.	Herr Greb	Mitglied des Vorstandes	2003	200,00	Amt CFWN
Verein für Strukturverbesserung im Vogelsberg e.V.	Landrat Marx	Mitglied	1973	61,36	Amt für Finanzen
Verein Klimabündnis e.V.	kein Vertreter	Mitglied	1993	604,00	Amt CFWN
Verein Mitte Hessen e.V.	Landrat Marx	Mitglied	2006	20.000,00	Amt CFWN
Verein Rotes Höhenvieh e.V.	Landrat Marx	Mitglied	1987	35,00	Amt für Finanzen
Verein zur Förderung der Jugend- und Drogenberatungsstelle e.V.	Frau Meudt	Mitglied	1987	51,13	Gesundheitsamt
Verein zur Förderung der Jugend- und Drogenberatungsstelle e.V.	Landrat Marx	Mitglied	1987	52,00	Amt für soziale Sicherung
Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.	kein Vertreter		1998	386,00	Amt für Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
Verkehrsgesellschaft Oberhessen	Landrat Marx	Aufsichtsratsmitglied			Landrat
Weiterbildungsdatenbank Vogelsberg (über VB Consult)	Herr Oer	Mitglied	2003	138,52	Amt für vhs

Die Informationen basieren auf Angaben der jeweiligen Gesellschaften, Eigenbetriebe, Verbände und Vereine und betreffen das Haushaltsjahr 2007. Änderungen wurden von uns nur im Rahmen der redaktionellen Anpassung bzw. nach Rücksprache vorgenommen.

© Kreisausschuss des Vogelsbergkreises 2008

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung und Quellenangabe unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen und die Einspeisung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Kreisausschuss des Vogelsbergkreises
Goldhelg 20
36341 Lauterbach
Telefon: 06641 / 977-0
Telefax: 06641 / 977-336
Homepage: www.vogelsbergkreis.de